

**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

VIII Legislatura - VIII. Gesetzgebungsperiode
1978-1983

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

SEDUTA **75.** SITZUNG

14. 1. 1982



Indice

Inhaltsangabe

Delibera n. 25:

“Bilancio del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1982”

pag. 5126

Beschlußfassungsvorschlag Nr. 25:

“Haushaltsvoranschlag des Regionalrates für das Finanzjahr 1982”

Seite 5126

Delibera n. 24:

“Modifica dell'art. 115 del Regolamento interno del Consiglio regionale”

pag. 5131

Beschlußfassungsvorschlag Nr. 24:

“Änderung des Artikels 115 der Geschäftsordnung”

Seite 5131

Dimissioni del prof. Aldo Ongari dalla carica di Assessore regionale effettivo

pag. 5133

Rücktritt des Prof. Aldo Ongari vom Amt eines wirklichen Regionalassessors

Seite 5133

Elezione di un Assessore regionale effettivo appartenente al gruppo linguistico italiano

pag. 5134

Wahl eines wirklichen Regionalassessors, der der italienischen Sprachgruppe angehört

Seite 5134

Nomina di componenti delle Commissioni consiliari in sostituzione di Consiglieri decaduti o dimissionari

pag. 5138

Ernennung von Mitgliedern der Regionalkommissionen als Ersatz für verfallene oder zurückgetretene Abgeordnete

Seite 5138

Nomina di un membro della Commissione di convalida, in sostituzione del dimissionario cons. Alexander Langer

pag. 5139

Ernennung eines Mitgliedes der Wahlprüfungskommission anstelle des zurückgetretenen Abgeordneten Alexander Langer

Seite 5139

Disegno di legge n. 54:

Modifiche ed integrazioni alla legge regionale 24 giugno 1977, n. 7, contenente norme per il trattamento giuridico ed economico degli impiegati regionali e di altri enti pubblici, eletti Consiglieri regionali o amministratori di Comuni o di altri enti pubblici"

(presentato dai consiglieri Ferretti, Bazzanella, Fedel, Avancini, Paolazzi, Pruner, Piccoli, Carli, Pasqualin, Ladurner-Parthanes, Grigolli, Tomazzoni, Cadonna, Valentin, Panza, Zingerle, Zelger, Buratti e Oberhauser)

pag. 5139

Gesetzentwurf Nr. 54:

"Änderungen und Ergänzungen zum Regionalgesetz vom 24. Juni 1977, Nr. 7, das Bestimmungen über den Rechtsstatus und die Besoldung jener Bediensteten der Region und anderer öffentlicher Körperschaften beinhaltet, die zu Regionalratsabgeordneten oder Verwaltern von Gemeinden oder anderen öffentlichen Körperschaften gewählt worden sind"

(eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Ferretti, Bazzanella, Fedel, Avancini, Paolazzi, Pruner, Piccoli, Carli, Pasqualin, Grigolli, Tomazzoni, Cadonna, Valentin, Panza, Zingerle, Ladurner-Parthanes, Zelger, Buratti, Oberhauser)

Seite 5139

Disegno di legge n. 60:

"Norme sullo scioglimento degli Enti comunali di assistenza "

(presentato dalla Giunta regionale)

pag. 5145

Gesetzentwurf Nr. 60:

"Bestimmungen über die Auflösung der Gemeindefürsorgewerke"

(eingebracht vom Regionalausschuß)

Seite 5145

Presidenza del Presidente Achmüller.

PRESIDENTE: Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte um den Namensaufruf.

La seduta è aperta. Appello nominale.

MARZIANI (Vicepresidente C.R. - D.C.): *(fa l'appello nominale).*

PRESIDENTE: Ich bitte um die Verlesung des Protokolls.

Lettura del processo verbale del 23 dicembre 1981.

MARZIANI (Vicepresidente C.R. - D.C.): *(legge il processo verbale)*

PRESIDENTE: Sind Bemerkungen zum Protokoll? Wenn nicht, dann ist das Protokoll genehmigt.

Osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

MITTEILUNGEN: Am 11. Jänner 1982 hat der Regierungskommissär das mit dem Sichtvermerk versehene Regionalgesetz über den "Haushaltsvoranschlag der Region Trentino-Südtirol für die Finanzgebarung 1982" zurückerstattet.

COMUNICAZIONI: In data 11 gennaio 1982 il Commissario del Governo ha restituito, munita del proprio visto, la legge regionale riguardante il "Bilancio di previsione della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1982".

Verehrte Abgeordnete! Am 30. November 1981 ist in Toblach der ehemalige Regionalratsabgeordnete Franz Strobl verstorben. Er wurde in der 1. Gesetzgebungsperiode als Vertreter der S.V.P. in den Regionalrat gewählt und gehörte in dieser Periode dem Regionalrat an. Ich möchte den Familiengehörigen im Namen des Regionalrats und in meinem persönlichen Namen das tiefste Beileid zum Ausdruck bringen. Ich bitte Sie, kurz in Stille zu verweilen.

Illustri Consiglieri! Il 30 novembre 1981 è deceduto a Dobbiaco l'ex Consigliere regionale Franz Strobl. Era stato eletto nella I^a legislatura come rappresentante della SVP e vi ha fatto parte del Consiglio regionale per tutto questo periodo. A nome del Consiglio regionale e mio personale desidero esprimere ai familiari le più sentite condoglianze. Prego Loro signori di voler

osservare alcuni attimi di silenzio.

(Il Consiglio osserva un minuto di silenzio)

Wir gehen zum Punkt Nr. 1 der Tagesordnung: "Genehmigung des Haushaltsvoranschlags des Regionalrats für das Rechnungsjahr 1982".

Punto 1. dell'ordine del giorno: **Delibera n. 25: "Bilancio del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1982"**.

Leggo la relazione:

Sehr geehrte Damen und Herren,
im Namen des Präsidiums lege ich Ihnen den Haushaltsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1982 zur Beratung vor.

Die Buchungsaufstellung verzeichnet eine Einnahme von 6.449.500.000 Lire.

Sie besteht im wesentlichen aus dem Ansatz zu Lasten des Haushalts der Region und aus den Abzügen von der Aufwandsentschädigung der Regionalratsabgeordneten, die unter dem Rechtstitel der Vorsorge vorgenommen worden sind.

Was die Ausgaben anbelangt, die sich auf 6.449.500.000 Lire belaufen, sind die größten Verpflichtungen in den Kategorien I - II - III und IV vorgesehen; sie betreffen folgende Posten:

- a) Dienste des Regionalrats;
- b) Regionalratsabgeordnete im Ruhestand;
- c) Dienstleistendes Personal;
- d) Personal im Ruhestand.

Der Betrag der Ausgabenrückstände beläuft sich auf 40.000.000 Lire, der jedoch im Gesamtbild des Haushalts einen unerheblichen Faktor darstellt.

Ich halte es für zweckdienlich, die wichtigsten Ausgabenposten zu erläutern, d.h. jene Kapitel, die vorwiegend den Haushaltsbetrag belasten

Kat. 1: "Dienste des Regionalrats"

Kap. 1: Aufwandsentschädigung an den Präsidenten, Vizepräsidenten, die Regionalratssekretäre, die Regionalratsabgeordneten (Entschädigungs- und Vergütungsordnung) und Vorschüsse gemäß Beschluß vom 28.5.1981.

Im Vergleich zum vorhergehenden Rechnungsjahr ist eine Erhöhung von 720.000.000 Lire zu verzeichnen.

Kap. 3 - Reisekosten des Präsidenten und der Regionalratsabgeordneten: Tagegeld für die Teilnahme an den Sitzungen des Regionalrats und der Kommissionen (Entschädigungs- und Vergütungsordnung).

Die vorgesehene Erhöhung beträgt 160.000.000 Lire.

Kap. 5: Subventionen an die Fraktionen. Es besteht eine Erhöhung von 250.000.000 Lire.

Kat. II "Regionalratsabgeordnete im Ruhestand"

Kap. 15: Ausgaben für die direkte und übertragbare Leibrente und für die mit Art. 16 der Versorgungsbestimmungen vorgesehenen Entschädigungen.

Die Erhöhung von 660.000.000 Lire ent-

spricht und ist eine Folge des Ansatzes von Kap. 1.

K

Kat. III - "Dienstleistendes Personal".

Kap. 20: Gehälter, Löhne, Entgelte und sonstige Zuwendungen ständigen Charakters und entsprechende Sozialversicherungskosten. Infolge der bekannten Gesetzgebungsmaßnahmen, die auf Staatsebene erlassen worden sind, hat auch die Region eine Überprüfung der Besoldung ihres Personals vorgenommen. Der Regionalrat ist in der Folge in entsprechender Weise gegenüber seinen Bediensteten vorgegangen. Dies ist der Grund für die vorgeschlagene Erhöhung von 110.550.000 Lire.

In bezug auf den Stand der Bediensteten muß ich darauf hinweisen, daß es eine gewisse Umstellung im kürzlich abgelaufenen Jahr gegeben hat.

Zwei Bedienstete der mittleren Laufbahn sind wegen Versetzung in den Ruhestand oder in den Wartestand nicht mehr im Dienst.

Es sind 3 Neueinstellungen vorgenommen worden: 2 Bedienstete, die der deutschen Volksgruppe angehören sowie 1 Bedienstete der italienischen Volksgruppe.

Derzeit ist das Personal aus 22 Bediensteten zusammengesetzt, von denen 7 der deutschen und 15 der italienischen Volksgruppe angehören.

Vor Beendigung dieses Berichtes betrachte ich es als meine Pflicht, auf ein Problem von großer Aktualität hinzuweisen: auf die Krankenfürsorge jener amtierenden und ehemaligen Regionalratsabgeordneten, die keinen Anspruch darauf haben.

Das Präsidium hat dieses Problem mehrere Male unter dem Gesichtspunkt der Gesetzesbestimmungen, Dekrete und Ministerialrundschreiben überprüft; es hat Kontakt mit den Ämtern der Abgeordnetenkammer und des Senats aufgenommen; es hat Gutachten und Informationen beim Ministerium für Gesundheitswesen und beim Schatzministerium sowie bei der Direktion des Nationalinstituts für Soziale Fürsorge (INPS) angefordert, um zu ermitteln, ob und welche Aufgaben dem Regionalrat in diesem Bereich zustehen.

Ich kann Ihnen versichern, daß das Präsidium nach Sammlung aller Informationsunterlagen und nach den erforderlichen Klarstellungen das Kollegium der Fraktionsvorsitzenden und eventuell die Regionalratsversammlung über die in der Folge zu treffenden Maßnahmen im einzelnen unterrichten wird.

Das Präsidium des Regionalrats

hat in der Sitzung vom 3. Dezember 1981; nach Einsicht in den vom Präsidenten des Regionalrats vorbereiteten Haushaltsentwurf für das Rechnungsjahr 1982;

nach Einsicht in die Ordnungsbestimmungen über die Verwaltung und Rechnungslegung des Regionalrats;

nach Einsicht in die Artikel 5 und 5 bis der Geschäftsordnung des Regionalrats;

auf Vorschlag des Regionalratspräsidenten mehrheitlich mit rechtsgültig abgegebenen Stimmen

b e s c h l o s s e n :

Der Haushaltsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1982 wird in der sich aus dem beiliegenden

Voranschlag der Einnahmen ergebenden Höhe genehmigt.

Es wird mit 6.449.500.000 Lire der Kompetenzgebarung und mit 6.477.500.000 Lire der Kassagebarung die Gesamtausgabe des Regionalrats für das Rechnungsjahr 1982 genehmigt.

Signori Consiglieri,

a nome dell'Ufficio di Presidenza sottopongo al Vostro esame il bilancio di previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1982.

Il documento contabile registra una somma in entrata pari a lire 6.499.500.000.

Essa è costituita, in maniera precipua, dallo stanziamento a carico del bilancio regionale e dalle trattenute operate sulla indennità regionale a titolo previdenziale.

Per quanto concerne la spesa, ammontante a lire 6.449.500.000, gli oneri maggiori sono previsti nelle Categoria I[^] - II[^] - III[^] e IV[^], riguardanti le seguenti voci:

- a) servizi del Consiglio regionale;
- b) Consiglieri in quiescenza;
- c) personale in attività di servizio;
- d) personale in quiescenza.

L'ammontare dei residui passivi assomma a lire 40.000.000; ciò rappresenta un elemento trascurabile nel quadro complessivo del bilancio.

Ritengo utile illustrare le principali voci della spesa, e cioè i capitoli, che incidono in misura prevalente sull'ammontare del bilancio.

Cat. I: "Servizi del Consiglio regionale".

Cap. 1: Indennità di carica del Presidente,

del Vicepresidente, dei Segretari questori, dei Consiglieri regionali (Regolamento delle indennità e dei compensi) e acconto di cui alla delibera 28.5.1981.

Rispetto al precedente esercizio finanziario si registra un aumento di Lire 720.000.000.

Cap. 3: Spese per viaggi del Presidente e dei Consiglieri regionali: indennità giornaliera per la partecipazione alle sedute del Consiglio e delle Commissioni (Regolamento indennità e compensi).

L'aumento proposto è di lire 160.000.000.

Cap. 5: Sovvenzione ai gruppi politici consiliari. Aumento di Lire 250.000.000.

Cat. II: "Consiglieri in quiescenza".

Cap. 15: Spese per assegni vitalizi diretti e di reversibilità ed indennità previste dall'art. 16 del Regolamento di previdenza.

L'aumento di lire 660.000.000 è proporzionale e conseguente allo stanziamento del cap. 1.

Cat. III: "Personale in attività di servizio".

Cap. 20: Stipendi, paghe, retribuzioni ed altri assegni di carattere continuativo e relativi oneri previdenziali e assistenziali.

A seguito dei noti provvedimenti legislativi emanati in sede statale, anche la Regione ha provveduto a rivedere il trattamento economico del proprio personale. Il Consiglio regionale ha operato di conseguenza nei confronti dei propri dipendenti. Questa la ragione dell'aumento proposto di lire 110.550.000.

Circa la situazione del personale dipendente debbo rilevare che vi è stato un certo movimento nell'anno recentemente trascorso.

Due dipendenti, appartenenti alla carriera esecutiva, hanno lasciato il servizio per collocamento in quiescenza o in aspettativa.

Sono state effettuate 3 nuove assunzioni: 2 del gruppo etnico tedesco e 1 del gruppo italiano.

Attualmente il personale dipendente si compone di 22 elementi, di cui 7 del gruppo etnico tedesco e 15 del gruppo etnico italiano.

Prima di concludere questa relazione, sento il dovere di accennare ad un problema di viva attualità: l'assistenza sanitaria ai Consiglieri e agli ex Consiglieri regionali, che ne siano privi.

La Presidenza ha più volte esaminato tale problema alla luce delle disposizioni di legge, dei decreti e delle circolari ministeriali; ha stabilito contatti con gli uffici della Camera dei deputati e del Senato; ha richiesto pareri e informazioni ai Ministeri della sanità e del tesoro nonché alla Direzione dell'I.N.P.S., allo scopo di accertare se e quali compiti spettano al Consiglio regionale in questo settore.

Posso assicurare che la Presidenza, quando avrà raccolto tutti gli elementi di informazione ed i chiarimenti necessari, informerà dettagliatamente il Collegio dei capigruppo ed eventualmente l'Assemblea per i provvedimenti conseguenti.

L'Ufficio di Presidenza
del Consiglio regionale

nella seduta del 3 dicembre 1981;

visto il progetto di bilancio per l'esercizio finanziario 1982, predisposto dal Presidente del Consiglio regionale;

visto il Regolamento di amministrazione e contabilità del Consiglio regionale;

visti gli articoli 5 e 5 bis del Regolamento interno del Consiglio regionale;

su proposta del Presidente del Consiglio regionale, a maggioranza di voti legalmente espressi,

d e l i b e r a

di approvare il progetto di bilancio per l'esercizio finanziario 1982 nelle misure risultanti dall'annesso stato di previsione dell'Entrata.

E' approvato in lire 6.449.500.000 in termini di competenza ed in lire 6.477.500.000 in termini di cassa il totale generale della spesa del Consiglio regionale per l'anno finanziario 1982.

Die Generaldebatte ist eröffnet! Sind Wortmeldungen? Abgeordneter Boato.

E' aperta la discussione generale. Qualcuno desidera intervenire? Consigliere Boato.

BOATO (N.S.-N.L.): Grazie, Presidente, solo una formale dichiarazione in discussione generale, per annunciare l'astensione di Nuova Sinistra - Neue Linke su questo bilancio, là dove vediamo complessivamente una gestione positiva da un punto di vista della Presidenza, nonostante alcune critiche, che si faranno sempre, penso, e anche da un punto di vista dell'organizzazione burocratica, gli uffici del Consiglio, mentre ribadiamo l'aspetto negativo su un insufficiente autocontrollo, soprattutto rispetto a certi privilegi recentemente autoattribuitoci come assemblea, che ha due aspetti: quello della dimensione finanziaria di questo privilegio, e quello della non pubblicità di queste tematiche, cioè la difficoltà o anche

la non volontà di esprimersi pubblicamente su queste cose, che è un po' il sintomo del distacco, rispetto al controllo, della popolazione sull'Assemblea. Noi rappresentiamo la popolazione, però quando si tratta di problemi che riguardano le nostre indennità, le nostre trasferite, i nostri gettoni ecc., dovremmo avere più capacità di rapportarci all'esterno, non per autoflagellarci, — non è questa assolutamente la nostra volontà come gruppo politico —, ma per tenere conto del quadro generale e anche di quello che all'esterno si dice o si pensa, non sempre giustamente, ma in certi casi meno giustamente proprio in quanto c'è poca trasparenza del Consiglio, rispetto appunto alla popolazione, che si dovrebbe rappresentare.

Ribadisco, quindi, l'astensione e questo equilibrato giudizio, che non vuole esagerare neanche nella critica, ma che non può accettare tutto quello che è passato, soprattutto per quanto riguarda il dibattito sul vitalizio, e per quanto riguarda le ultime modifiche al regolamento dell'indennità.

PRESIDENTE: Wer meldet sich noch zu Wort? Wenn niemand, dann verlese ich den Beschluß.

Chi chiede ancora la parola? Se nessuno chiede la parola, dò lettura della delibera:

IL CONSIGLIO REGIONALE

Nella seduta del

visto il progetto di bilancio per l'esercizio finanziario 1982 del Consiglio regionale;

vista la delibera dell'Ufficio di Presidenza del 3 dicembre 1981, che approva detto progetto di bilancio;

visti gli articoli 5 e 5 bis del Regolamento interno del Consiglio regionale;

visto il Regolamento interno di amministrazione e contabilità del Consiglio regionale;

a di voti legalmente espressi

d e l i b e r a

Art. 1

Sono autorizzati l'accertamento, la riscossione e il versamento nella cassa del Consiglio regionale delle somme e dei proventi devoluti per l'esercizio finanziario dal 1 gennaio al 31 dicembre 1982, giusta l'annesso stato di previsione dell'entrata.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza, con 3 astenuti.

Art. 2

E' approvato in lire 6.449.500.000 in termini di competenza ed in lire 6.477.500.000 in termini di cassa il totale generale della spesa del Consiglio regionale per l'anno finanziario 1982.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 3 astenuti.

Art. 3

E' autorizzato il pagamento delle spese per l'esercizio finanziario dal 1. gennaio al 31 dicembre 1982, in conformità all'annesso stato di previsione della spesa.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 3 astenuti.

Art. 4

Con decreti del P.C.R., previa delibera dell'Ufficio di Presidenza, viene provveduto all'istituzione di appositi capitoli aggiunti per le entrate e per le spese da effettuare in conto residui, per le quali non esistano in bilancio i capitoli corrispondenti. Con gli stessi decreti è prevista l'autorizzazione di cassa.

Con decreti del P.C.R., previa delibera dell'Ufficio di Presidenza, sono integrate le dotazioni di cassa dei capitoli relativi a spese di carattere obbligatorio, limitatamente ai maggiori residui risultanti alla chiusura dell'esercizio finanziario 1981 rispetto a quelli iscritti in preventivo 1982.

Tali decreti saranno allegati al rendiconto generale.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 3 astenuti.

Art. 5

E' approvato, in termini di competenza e di cassa, l'unito riepilogo, da cui risulta l'insieme della entrata e della spesa, previste per l'esercizio finanziario 1982.

Lo metto in votazione: è approvato a maggioranza con 3 astenuti.

Damit ist der Haushaltsvoranschlag des Regionalrats für das Rechnungsjahr 1982 genehmigt.

Il bilancio di previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1982 è così approvato.

Wir gehen über zum Tagesordnungspunkt Nr. 2: Beschlußfassungsvorschlag Nr. 24: Änderung des Artikels 115 der Geschäftsordnung".

Punto 2) dell'ordine del giorno: **Delibera n. 24: "Modifica dell'art. 115 del Regolamento interno del Consiglio regionale"**.

Sehr geehrte Damen und Herren,
in den letzten Sitzungen des Kollegiums der Fraktionsvorsitzenden wurde die Verfahrensweise bei der Debatte der Beschlußanträge besprochen und man ist über die Zweckdienlichkeit übereingekommen, eine dringende Änderung der Geschäftsordnung vorzuschlagen, um einen offenkundigen Widerspruch zwischen Artikel 110 und Artikel 115 einer Lösung zuzuführen: ersterer erlaubt die Replik des ersten Unterzeichners des Beschlußantrages, während letzterer dies untersagt; des weiteren, um den Grundsatz hervorzuheben, daß über Beschlußanträge jede Fraktion nur einmal sprechen kann, vorbehaltlich einer Debatte in verkürzter Form bei eventuellen Änderungsanträgen, die allerdings ohne die Zustimmung der Einbringer nicht vorgelegt werden können.

Nach Feststellung der allgemeinen Zustimmung der Fraktionsvorsitzenden über den Vorschlag, hat die Kommission für Geschäftsordnung, die aus dem Präsidenten des Regionalrats und aus den Fraktionsvorsitzenden zusammengesetzt war, in der Sitzung vom 3. Dezember 1981 folgenden Änderungsvorschlag gutgeheißen und legt ihn nun dem Regionalrat gemäß Artikel 21 der Geschäftsordnung zur Genehmigung vor.

Der Vorschlag muß mit absoluter Mehrheit der Mitglieder des Regionalrats genehmigt werden.

Beschlußfassungsvorschlag

Artikel 15 der Geschäftsordnung wird durch folgenden ersetzt:

“In der Debatte über die Beschlußanträge kann nach den von einem der Unterzeichner abgegebenen Erläuterungen nur ein Regionalratsabgeordneter für jede Regionalratsfraktion für die Dauer von nicht mehr als zwanzig Minuten sprechen.

Für die Debatte der von den Unterzeichnern angenommenen Änderungsanträge kann nur ein Regionalratsabgeordneter für jede Regionalratsfraktion für die Dauer von nicht mehr als zehn Minuten sprechen.

Die einem der Unterzeichner zugestandene Sprechzeit für die Replik darf zwanzig Minuten nicht überschreiten. Weitere Reden sind nicht zulässig, auch nicht als Stimmabgabeerklärung“.

Signori Consiglieri,

nelle ultime sedute del Collegio dei Capigruppo si è discusso sulla procedura per la discussione delle mozioni e si è concordato sulla opportunità di proporre una sollecita modifica del Regolamento interno per risolvere una palese contraddizione tra l'articolo 110 e l'articolo 115, il primo dei quali consente la replica al primo firmatario della mozione, mentre il secondo la nega; e per ribadire il principio che sulle mozioni ogni gruppo può parlare una volta sola, salva una discussione in forma ridotta a fronte di eventuali emendamenti, che comunque non possono essere presentati senza il consenso dei proponenti.

Rilevato il generale consenso dei capigruppo sulla proposta, la Commissione del Regolamento, composta dal Presidente del Consiglio re-

gionale e dai Capigruppo medesimi, riunita nella seduta del 3 dicembre 1981, ha approvato la seguente proposta di modifica e la presenta al Consiglio regionale per l'approvazione, a sensi dell'articolo 21 del Regolamento.

La proposta deve essere approvata dalla maggioranza assoluta dei componenti il Consiglio regionale.

Proposta di delibera

L'articolo 115 del Regolamento interno è sostituito dal seguente:

“Nella discussione delle mozioni, dopo l'illustrazione da parte di uno dei firmatari, può parlare un solo consigliere per ciascun gruppo consiliare, per un tempo non superiore ai venti minuti.

Per la discussione di emendamenti, accettati dai firmatari, può parlare un solo Consigliere per ciascun gruppo consiliare per un tempo non superiore ai dieci minuti.

Il tempo concesso a uno dei firmatari per la replica non può superare i venti minuti. Non sono ammessi altri interventi nemmeno per dichiarazioni di voto”.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand.

Chi chiede la parola? Nessuno.

Dann stimmen wir ab über den Änderungsvorschlag.

Pongo in votazione la proposta di modifica.

Der Beschlußfassungsvorschlag ist einstimmig genehmigt.

La proposta di deliberazione è approvata all'unanimità.

Wir gehen über zum Tagesordnungspunkt Nr. 3: Rücktritt des Prof. Aldo Ongari vom Amt eines wirklichen Regionalassessors.

Punto 3) dell'ordine del giorno: **"Dimissioni del prof. Aldo Ongari dalla carica di Assessore regionale effettivo"**.

Es ist hier folgendes Schreiben eingegangen: E' pervenuta la seguente lettera:

"Signor Presidente.

La recente nomina ad assessore provinciale e il nuovo gravoso incarico, che mi è stato assegnato nella Giunta provinciale di Trento, non mi consentono più di svolgere con il necessario impegno le funzioni di assessore regionale. La prego pertanto di voler sottoporre al Consiglio regionale le mie dimissioni da tale incarico, conferitomi a suo tempo dal Consiglio stesso".

Meldet sich jemand zu Wort?

Qualcuno chiede la parola?

Wenn nicht, bitte ich um Verteilung der Stimmzettel. Wer mit dem Rücktritt einverstanden ist, schreibt ja, wer nicht schreibt nein.

Se nessuno chiede la parola, prego distribuire le schede. Chi è d'accordo con l'accettazione delle dimissioni scrive sì, chi è contrario scrive no.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

Esito della votazione:

votanti 36

29 sì

1 no

6 schede bianche.

Abstimmende 36,

ja 29, nein 1, weiße Stimmzettel 6.

Der Rücktritt ist angenommen.

Le dimissioni sono accettate.

Bitte, Abgeordneter Boato.

Prego, cons. Boato.

BOATO (N.S.-N.L.): In questo momento non realizzo la norma di regolamento se c'è, ma il numero legale non è necessario?

PRESIDENTE: Il numero è di 36. Esatto.

BOATO (N.S.-N.L.): Pensavo 36 e 38. Scusi.

PRESIDENTE: Bitte, Abgeordneter Erschbaumer. Prego, cons. Erschbaumer.

ERSCHBAUMER (S.P.S.): Herr Präsident, wenn Sie gestatten zur Geschäftsordnung! Ich habe miterlebt, daß während der Abstimmung immer noch Wahlscheine verteilt wurden. Ich möchte ersuchen, daß das nicht mehr passiert; es gibt keine Kontrolle. Wenn man beginnt, die Wahlscheine in die Urne zu werfen, dann sollten keine neuen mehr ausgeteilt werden, ansonsten sollten wir so lange warten. Es war ein Kommen und Gehen; immer wieder wurde nach Wahlscheinen verlangt, ohne daß man prüfen konnte, ob jemand zwei, drei hatte usw. Ich möchte bitte, daß das Präsidium darauf achte, daß, wenn die Wahl beginnt, keine neuen Wahlscheine mehr ausgeteilt werden, ansonsten soll man mit der Wahl warten.

(Signor Presidente, se permette in merito al regolamento interno. Ho notato che durante la votazione si è continuato a distribuire le schede. Vorrei pregare che ciò non accada più, non essendovi a tal proposito un controllo. Dal momento in cui si inizia a deporre la scheda nell'urna, non si dovrebbe distribuire schede di votazione, altrimenti è meglio attendere che tutte le schede siano state distribuite. Vi è stato un andirivieni; vi è stata una continua richiesta di schede di votazione e non si poteva controllare, se un Consigliere ne aveva due o tre ecc. Vorrei pregare la Presidenza di fare attenzione che con l'inizio della votazione non si distribuiscano più schede, altrimenti è il caso di attendere con la votazione.)

PRESIDENTE: Abgeordneter Erschbaumer, ich kann damit nicht einverstanden sein. Wenn beispielsweise ein Abgeordneter während der Abstimmung noch hereinkommt, dann hat er meines Erachtens noch das Recht zu wählen. Eine andere Frage ist es, daß hier bei der Urne genau darüber gewacht wird, daß jeder natürlich nur einmal abstimmt. Das schon, aber wenn jemand während der Abstimmung hereinkommt, glaube ich, dann muß er das Recht haben, noch zu wählen.

Consigliere Erschbaumer, non posso essere d'accordo. Se un Consigliere, ad esempio, entra in aula durante la votazione, egli ha, a mio avviso, il diritto di parteciparvi. Altra questione è invece la sorveglianza dell'urna, affinché ogni Consigliere voti naturalmente un sola volta. Questo sì, ma se qualcuno entra nell'aula durante la votazione, credo che egli abbia il diritto di votare.

Punto 4) dell'ordine del giorno: "Elezione di un Assessore regionale effettivo appartenente al gruppo linguistico italiano".

Wir schreiten jetzt zur Wahl eines neuen Regionalassessors.

Procediamo all'elezione di un nuovo Assessore regionale.

Ich bitte um Vorschläge. Prego avanzare proposte.

Abgeordneter Pasquali. Consigliere Pasquali.

PASQUALI (D.C.): Propongo il collega a Beccara Antonio.

PRESIDENTE: Es ist der Abgeordnete a Beccara vorgeschlagen. Sind andere Vorschläge?

E' stato proposto il Consigliere a Beccara. Ci sono altre proposte?

BOATO: (N.S.-N.L.): Chiedo scusa. Chiedo la parola, ma non sulla proposta. Sull'argomento. Si può averla? Altrimenti aspetto.

PRESIDENTE: Wenn keine anderen Vorschläge mehr sind, dann würde ich dem Abgeordneten Boato das Wort erteilen. Sie haben das Wort.

Se non ci sono altre proposte, concedo la parola al Consigliere Boato. La parola al Consigliere Boato.

BOATO (N.S.-N.L.): Presidente! Avrei dovuto chiederla prima, ma sono rimasto allibito — e nel momento che si è iniziata la votazione, non si può più parlare —, del fatto che si dimetta un

assessore, che con tutto il rispetto, è un'auto-rità piccola, nell'ambito di questa Assemblea. Conta quel che conta, ma sembra che non conti nulla, mi sembra che non sia neanche presente e che non faccia un piccolo bilancio di tre minuti o di cinque minuti, non portando via troppo tempo al Consiglio, della sua attività assessorile. Mi sembra che questo è a disdoro dell'attività della Regione. Non voglio dire Regione, nè tra virgolette, nè sottolineato, nè nulla. Non riapro il dibattito del bilancio regionale, di tutta quella tematica grossa con cui abbiamo a che fare quotidianamente, fra Regione e Province, però mi sembra sia come dire: non ho fatto nulla, non si fa nulla — io lo dico provocatoriamente, magari pensando che la Giunta possa riprendere la parola su questa vicenda —, e me ne possa andare come sono venuto. Al che fra l'altro bisognerebbe dire: Allora non dimetterti neanche, perchè se non si fa nulla a fare l'assessore della sanità alla Regione, potresti anche restarci. Certo, dato che siamo contrari alle doppie pensioni, siamo anche contrari alle doppie o triple cariche pubbliche, a cui non si può poi rispondere e assolvere. Però questo lo dico provocatoriamente. Se c'è un minimo di senso istituzionale di questa carica, anche nella Regione, si deve rispondere di questo almeno in una situazione del genere. Adesso c'è un nuovo nome, è un nome della stessa forza politica, della stessa Giunta, non c'è rimpasto da questo punto di vista, c'è sostituzione, quindi si presume che ci sia continuità. Però vorremmo sapere anche: continuità in che cosa? Altrimenti si può anche ridimensionare la Giunta regionale, si possono cumulare gli incarichi, da questo punto di vista non sarebbe un cumulo, sarebbe una semplificazione delle responsabilità nell'esecutivo regionale. Però, almeno agli occhi della

gente, più ragionevole rispetto al ridimensionamento della Regione al secondo pacchetto e a quello che operativamente la Giunta ha da fare. Del Presidente in un certo senso si sa, perchè ha una presenza pubblica e anche sa farla valere, la stampa ci informa abbastanza, e poi siamo in una assemblea e sentiamo la sua risposta. Degli assessorati non si sa quasi nulla. In una situazione come questa, che succede raramente, all'interno della legislatura, si vorrebbe che due parole di resa dei conti ci fossero, almeno a livello di Consiglio, non dico di popolazione. Pretenderei troppo?

PRESIDENTE: Wer meldet sich zu Wort?
Präsident Pancheri.

Chi chiede la parola? Presidente Pancheri.

PANCHERI (Presidente G.R. - D.C.): Credo che non ci sia nessuna prassi, che chiede all'assessore dimissionario di relazionare sull'attività, che lui ha svolto, quale assessore provinciale o regionale. Sono contento però che il cons. Boato abbia sollevato questo problema, abbia aperto questo discorso, perchè avrei voluto dire due parole dopo la nomina del nuovo assessore, per ringraziare Ongari della sua attività, quale assessore regionale. Ongari oggi non è presente, ieri era a Roma non so se sia ritoranto, aveva degli impegni come assessore alla sanità.

Ma certamente Ongari non si sarebbe alzato in piedi per relazionare su quello che in questi tre anni, l'assessorato e lui come assessore hanno fatto. La attività che svolge l'assessore, che deve svolgere l'assessore risulta dalle relazioni che il Presidente fa ai bilanci annuali, e risulta dalle leggi che vengono presentate in Consiglio regionale. Nella mia relazione all'ultimo bilancio '82, ho parlato a lungo del problema dei

comuni, ho parlato del problema dei dipendenti degli enti locali, avevamo parlato prima delle necessità di modificare la legge dell'ineleggibilità e incompatibilità, di modificare la legge del referendum. Sono tutti disegni di legge che sono stati studiati dall'assessore Ongari, quale assessore agli enti locali.

Quei dati che vi sono stati distribuiti li hanno predisposti naturalmente gli uffici, ma sono stati predisposti su ordine dell'assessore Ongari. Anche oggi credo che vi verranno dati dei dati sulle preferenze alle ultime elezioni regionali, partito per partito, e sono stati predisposti dall'assessorato ricoperto da Ongari. Quindi, io ringrazio Ongari, anche se qui non è presente, l'ho già ringraziato in seduta di Giunta, per tutto quello che ha fatto, non solo come assessore agli enti locali, ma quale componente della Giunta regionale. Conosciamo Ongari, sappiamo come è capace di esporre con tranquillità le sue idee, non dico di imporle, ma è capace di sostenerle, discutendo non solo sui problemi che interessano il suo assessorato, ma sui problemi di tutta la Giunta regionale, che riguardino il Presidente o che riguardino anche gli altri assessori. Quindi, grazie ad Ongari di quello che ha fatto. "L'assessore che sarà eletto, il dott. a Beccara porterà avanti certamente l'attività già iniziata da Ongari, perchè è un'attività voluta dalla Giunta regionale e durante il 1982 saranno portati in Consiglio regionale alcuni disegni di legge, predisposti, studiati e non completati dall'assessore Ongari, ma che saranno completati dalla nuova Giunta, che sarà definita con la elezione che andremo a fare adesso.

PRESIDENTE: Wer meldet sich noch zu Wort?
Niemand.

Chi chiede ancora la parola? Nessuno.

Ich bitte um die Verteilung der Stimmzettel. Vorgeschlagen ist der Abgeordnete a Beccara. Jeder Abgeordnete möge den Namen des Vorgeschlagenen oder einen anderen Namen hinschreiben.

Prego distribuire le schede. E' stato proposto il Consigliere a Beccara. Ogni Consigliere scriva il nome del Consigliere proposto o il nome di qualche altro collega.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

Esito della votazione:

votanti 47 - maggioranza richiesta 36

a Beccara voti 34

schede bianche 13

Abstimmende 47,

erforderliche Mehrheit 36,

a Beccara ja 34,

weiße Stimmzettel 13.

Nachdem der Artikel 6 des Gesetzes Nr. 25 vom 20. August 1952 vorsieht, daß in den ersten zwei Wahlgängen die absolute Mehrheit erreicht werden muß, ist der Abgeordnete a Beccara nicht gewählt und die Wahl muß wiederholt werden.

Dobbiamo votare un'altra volta, perchè l'articolo 6 della legge n. 25 del '52 prevede che per la elezione ci vuole la maggioranza assoluta, solo nella terza votazione si passa poi al ballottaggio.

(Segue altra votazione a scrutinio segreto)

Esito della votazione:
 votanti 47 - maggioranza richiesta 36
 a Beccara voti 33
 Boato voti 1
 Cadonna voti 1
 schede bianche 12.
 Abgegebene Stimmzettel 47,
 erforderliche Mehrheit 36,
 erhaltene Stimmen: a Beccara 33,
 Boato 1,
 Cadonna 1,
 weiße Stimmzettel 12.

Damit muß noch einmal gewählt werden, muß noch eine Stichwahl durchgeführt werden zwischen den Abgeordneten mit den meisten Stimmen.

Si deve procedere ad un ballottaggio fra i due Consiglieri con il maggior numero di voti. In caso di parità di voti, viene eletto quello che ha la maggiore anzianità.

Nun frage ich den Abgeordneten Boato um sein Geburtsdatum.

Chiedo quindi al Consigliere Boato la sua data di nascita.

BOATO (N.S.-N.L.): Il 3 febbraio 1938.

PRESIDENTE: Cadonna?

Dann muß also zwischen a Beccara und Cadonna gewählt werden.

Il ballottaggio va effettuato tra a Beccara e Cadonna.

Abg. Betta hat das Wort.

Ha la parola il Consigliere Betta.

BETTA Claudio (P.R.I.): Signor Presidente!

PRESIDENTE: Prego mantenere silenzio!

BETTA Claudio (P.R.I.): Signor Presidente, lo vorrei fare una proposta, se permette. Non so se sia in regola con il regolamento, perchè lei sa che io il regolamento purtroppo lo conosco a volte molto poco. Chiedo se è possibile, prima di arrivare ad una votazione, ammesso e non concesso che la spuntasse il cons. Cadonna, non è possibile sentire dallo stesso se accetta l'eventuale incarico? Perchè altrimenti dobbiamo fare un'altra votazione. Anche perchè ritengo che...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Abgeordneter Betta, das Regionalgesetz — es handelt sich hier nicht um die Geschäftsordnung — sieht das vor; es handelt sich um ein Regionalgesetz, welches die Stichwahl vorsieht und bei der Stichwahl braucht es nur mehr eine einfache Mehrheit, keine absolute Mehrheit. Wer mit Mehrheit gewählt ist, ist gewählt.

Consigliere Betta, la legge regionale — non si tratta del regolamento interno — prevede un ballottaggio ed in questo caso è sufficiente la maggioranza semplice e non quella assoluta. Chi ottiene il maggior numero di voti, risulta eletto.

Dunque procediamo al ballottaggio fra questi due consiglieri. Prego!

BETTA Claudio (P.R.I.): Si può fare?

PRESIDENTE: No, non è previsto!

BETTA Claudio (P.R.I.): Non è previsto...

PRESIDENTE: La discussione sui candidati l'abbiamo già fatta prima. Adesso siamo in votazione. Siamo in votazione.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

L'esito della votazione è il seguente:

Votanti 51
a Beccara voti 31
Cadonna voti 17
schede bianche 2
schede nulle 1

Abstimmende 51,
a Beccara 31,
Cadonna 17,
weiße Stimmzettel 2,
1 nichtiger Stimmzettel.

Damit ist der Abgeordnete a Beccara zum Regionalassessor gewählt. Ich wünsche ihm in diesem Amt viel Erfolg.

E' eletto Assessore regionale il Consigliere a Beccara. Gli auguro successo nella sua nuova carica.

Punto 5) dell'ordine del giorno: **"Nomina di componenti delle Commissioni consiliari in sostituzione di Consiglieri decaduti o dimissionari"**.

Mit der Wahl zum Regionalassessor ist der Abgeordnete a Beccara von seinem Amt als Mitglied der Gesetzgebungskommission verfallen. Auch der Abgeordnete Angeli ist von seinem Amt als Mitglied der Gesetzgebungskommission zurückgetreten. Damit müssen zwei andere Mit-

glieder gewählt werden.

Con l'elezione ad Assessore regionale, il consigliere a Beccara decade da commissario della commissione legislativa. Anche il consigliere Angeli ha dato le dimissioni da commissario della rispettiva commissione legislativa. Si deve pertanto procedere all'elezione di due nuovi componenti.

La parola al cons. Pasquali.

PASQUALI (D.C.): Propongo i colleghi consiglieri Matuella e Piccoli.

PRESIDENTE: Es sind die Abgeordneten Matuella und Piccoli vorgeschlagen.

Sono stati proposti i Consiglieri Matuella e Piccoli.

Sind andere Vorschläge?

Ci sono altre proposte?

Wenn dies nicht der Fall ist, dann schreiten wir zur Abstimmung.

Se non ci sono altre proposte, procediamo con la votazione.

Zunächst über die Abgeordnete Piccoli. Wer damit einverstanden ist, möchte die Hand erheben.

Prima per il consigliere Piccoli. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano.

Mit 9 Stimmenthaltungen ist die Abgeordnete Piccoli zum Mitglied der Gesetzgebungskommission gewählt.

Con 9 astensioni il consigliere Piccoli è eletta componente della commissione legislativa.

Nun stimmen wir über den Abgeordneten Matuella ab. Wer damit einverstanden ist, möchte die Hand erheben.

Ora votiamo per il consigliere Matuella. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano.

Mit 10 Stimmenthaltungen ist der Abgeordnete Matuella gewählt.

Con 10 astensioni il consigliere Matuella risulta eletto.

Nomina di un membro della Commissione regionale di convalida, in sostituzione del dimissionario cons. Alexander Langer.

Weiters ergibt sich eine Veränderung in der Wahlprüfungskommission. Der Wahlprüfungskommission hat der Abgeordnete Langer angehört, der ersetzt werden muß. Ich möchte mitteilen, daß ich als Ersatz für den Abgeordneten Langer den Abgeordneten Costalbano zum Mitglied der Wahlprüfungskommission ernenne.

Risulta ora un cambiamento nella commissione di convalida, alla quale apparteneva il consigliere Langer, che va ora sostituito. Desidero comunicare che nomino quale sostituto del consigliere Langer il consigliere Costalbano come membro della commissione di convalida.

Wir gehen zum nächsten Tagesordnungspunkt über: Gesetzentwurf Nr. 54: Änderungen und Ergänzungen zum Regionalgesetz vom 24. Juni 1977, Nr. 7, das Bestimmungen über den Rechtsstatus und die Besoldung jener Bediensteten der Region und anderer öffentlicher Körperschaften beinhaltet, die zu Regionalratsabgeordneten oder Verwaltern von Gemeinden oder anderen öffentlichen Körperschaften gewählt worden

sind", eingebracht von den Abgeordneten Ferretti usw.

Passiamo al prossimo punto dell'ordine del giorno: *Disegno di legge n. 54: "Modifiche ed integrazioni alla legge regionale 24 giugno 1977 n. 7, contenente norme per il trattamento giuridico ed economico degli impiegati regionali e di altri enti pubblici, eletti consiglieri regionali o amministratori di Comuni o di altri enti pubblici"*, presentato dal Consigliere Ferretti ed altri.

Zur Geschäftsordnung, Abgeordneter Pruner.

In merito al regolamento interno, Consigliere Pruner.

PRUNER (P.P.T.T.-U.E.): In base all'art. 67 chiedo di poter prendere la parola sul regolamento. E riferendomi all'art. 40 debbo amaramente constatare che le Commissioni non lavorano; infatti noi abbiamo tre disegni di legge e un disegno di legge-voto che sono di gran lunga oltre i 40 giorni all'esame delle rispettive Commissioni e non sono ancora stati messi in discussione. Si tratta di un disegno di legge presentato il 27 novembre '81, l'altro il 20 novembre '81, l'altro il 6 giugno '81. Inoltre esiste un altro disegno di legge-voto sul credito, che giace da molto tempo. Pertanto io vorrei richiamare l'attenzione del signor Presidente affinché inviti queste Commissioni a vagliare, ad esaminare i disegni di legge entro i termini stabiliti, altrimenti ricorrano alla richiesta di una proroga. Ma non posso accettare che i disegni di legge vadano a finire nel nulla senza reclamare e senza elevare una protesta nei confronti delle Commissioni.

PRESIDENTE: Abgeordneter Pruner, das Prä-

sidium hat die Gesetzentwürfe, auf die Sie sich beziehen, rechtzeitig an die Kommissionsvorsitzenden weitergeleitet und die Kommission ist nicht einberufen worden — da gebe ich Ihnen recht bzw. das nehme ich zur Kenntnis —; wir werden als Präsidium an die Gesetzgebungskommission herantreten, mit der Bitte, sie möchte möglichst bald zusammentreten. Ich glaube, daß die Angesprochenen das auch selber bereits gehört haben.

Consigliere Pruner, la Presidenza ha inviato i disegni di legge, a cui Lei si riferisce, in tempo utile al Presidente della commissione e questa non è stata convocata. A tal proposito Le dò ragione, ossia ne prendo atto; come Presidenza solleciteremo la convocazione entro breve termine della commissione legislativa. Credo che gli interessati abbiano udito ora questo invito.

Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Peterlini zur Tagesordnung.

In merito all'ordine del giorno ha chiesto la parola il Consigliere Peterlini.

PETERLINI (S.V.P.): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Sie wissen, daß die S.V.P.-Fraktion bei der vergangenen Sitzung des Regionalrates eine Reihe von Abänderungsanträgen zum Gesetzentwurf Nr. 54 bezüglich der Pensionsregelung für ehemalige Bedienstete vorgelegt hat. Sie wollte und will damit eine gerechte Lösung anstreben, die auch in der Öffentlichkeit geradestehen kann. Wir haben inzwischen zu diesem Gesetzentwurf Gespräche aufgenommen, um eine möglichst breite Mehrheit im Regionalrat zu finden, die diesen Kompromiß teilt. Diese Gespräche sind im Gange und ich würde deshalb

bitten, daß man den Abschluß dieser Gespräche abwartet bzw. daß der Regionalrat inzwischen die Behandlung des Gesetzentwurfs aussetzt und mit der Behandlung des Gesetzentwurfes über die Auflösung der Grundfürsorgekörperschaften fortfährt.

(Signor Presidente! Cari colleghi! Loro sanno che il gruppo consiliare dello SVP nella scorsa seduta del Consiglio regionale ha presentato una serie di emendamenti al disegno di legge n. 54, concernente la regolazione del trattamento di quiescenza per gli ex lavoratori dipendenti. Intendeva e vuole tuttora giungere ad una equa soluzione, che possa essere sostenuta anche davanti alla opinione pubblica. A tal proposito abbiamo avviato colloqui, per trovare la più ampia maggioranza possibile in Consiglio regionale, che condivida questa soluzione di compromesso. I colloqui sono in pieno svolgimento, per cui prego di voler attendere la conclusione di tali colloqui e di sospendere nel frattempo la trattazione del disegno di legge e di continuare i lavori con il provvedimento legislativo che prevede lo scioglimento degli enti comunali di assistenza.)

PRESIDENTE: Es wurde also der Vorschlag auf neuerliche Vertagung dieses Gesetzentwurfes Nr. 54 gemacht. Laut Geschäftsordnung können zwei Abgeordnete dafür und zwei dagegen sprechen und dann werden wir über den Vorschlag abstimmen lassen.

E' stata fatta la proposta di rinviare nuovamente la trattazione del disegno di legge n. 54. A sensi del regolamento interno possono intervenire due Consiglieri pro e due contro ed infine si voterà la proposta.

Wer möchte das Wort ergreifen?

Chi chiede la parola?

PANZA (P.C.I.): Parlo contro la proposta.

PRESIDENTE: Prego, cons. Panza.

PANZA (P.C.I.): Contro la proposta di rinvio. Credo di dover chiarire, come ho già avuto occasione di dire, che si tratta di un disegno di legge che non riguarda alcun consigliere del nostro gruppo, che si tratta comunque di un disegno di legge, che vorrebbe rendere giustizia a una parte dei componenti il Consiglio regionale. E' un disegno di legge presentato a suo tempo dalla Giunta regionale, poi, per pressione di una determinata componente politica, ritirato, ripresentato per iniziativa consiliare da rappresentanti, non voglio dire di tutti i gruppi, ma di una larga parte del Consiglio, quindi uno schieramento molto ampio, che comprende anche rappresentanti della Volkspartei. Si è rinviato chissà quante volte ormai, ho perso il conto dei rinvii che sono stati fatti, e io non considero dignitoso per il Consiglio che si proceda ad un ulteriore rinvio. Di che cosa si tratta, lo conosciamo ormai da tempo. Mi pare che l'ultimo emendamento presentato dal cons. a Beccara, che avevo sottoscritto anch'io, proponeva puramente e semplicemente di estendere ai dipendenti della Regione, eletti consiglieri regionali, le norme dello statuto dei lavoratori, quindi non ci sono dubbi che sono norme che valgono già per altri consiglieri. Non vedo quali altre perdite di tempo ci possano essere e quale profitto si possa avere da un ulteriore rinvio su una legge, che, in definitiva, propone una scelta che è abbastanza chiara e semplice per tutti e che tende a perequare e non a sperequare il trattamento.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Marziani)

PRESIDENTE: La parola al cons. Pruner.

PRUNER (P.P.T.T.-U.E.): Sono quelle proposte che destano sul piano politico una certa perplessità. Io prendo la parola per sostenere la tesi del non rinvio, ma in questo caso forse la maggioranza ha pensato di chiedere il rinvio, perchè si tratta di un disegno di legge che è pervenuto qualche giorno fa in Consiglio, se non sbaglio, o qualche anno? Ecco, mi pare che sia qualche anno, invece. Per questa ragione, quindi, è necessario un'ulteriore presa in esame del disegno di legge. Forse sarà necessario, non oggi, ma fra qualche settimana sarà necessario chiedere una consulenza presso qualche giurista di fama nazionale e così dare giustificazione all'urgenza richiesta da qualcuno con un telegramma. E' vero, l'altra volta c'era un telegramma, del quale è meglio non ripetere la lettura per risparmiarci un po' di stiracchiamento di nervi o qualche arrabbiatura. Signor Presidente del Consiglio, signor Presidente della Giunta, anche se i singoli consiglieri hanno delle prese di posizione alle volte, per quanto riguarda il sottoscritto, un po' arrabbiate, un po' banali, un po' volgari, ma forse volgari no, ma vicino alla volgarità si arriva quando si vedono certe discriminazioni o ingiustizie, io credo che non siano da indicare a dito i vari consiglieri o i vari gruppi: qui non c'è maggioranza, qui non c'è minoranza. Abbiamo visto questo anche qualche dieci-venti minuti fa, ma penso che di questo ne venga a soffrire la istituzione. Qui adesso io non mi strappo le vesti, io non sono interessato, non è che insista perchè si discuta questo disegno di legge troppo affrettatamente, ma dico che è stato detto troppo dalla stampa, la quale non riesce

a capire nulla. Non è che faccia un'osservazione alla stampa, ma riferendomi a quanto fu il riassunto della stampa dopo l'ultima seduta, nella quale si trattò il disegno di legge n. 54, dico che ha riportato delle cose che nulla hanno a che vedere con questo disegno di legge, ma che furono discussi degli argomenti, che furono poi recepiti in modo errato. Prima di tutto perchè è difficile capire, se non si fa un po' di silenzio, ed anche perchè nelle tribune della stampa e del pubblico la voce credo sia maggiormente distorta. E' uscita da quest'aula qualche notizia distorta, sbagliata, che certamente ha offeso e forse in buona fede, ma ha offeso profondamente l'etica, il buon senso, il buon costume politico che ognuno di noi cerca di portare avanti nel miglior modo possibile, ed è stato tutto ciò svilito, distorto, annullato e degradato in maniera da non permettermi, in qualità di capogruppo del Partito del Popolo Trentino Tirolese per l'Unione Europea, di non permettermi ulteriormente di prendere la parola su argomenti che dovrebbero essere triti e ritriti, e dovrebbero essere accettati dalle forze politiche che hanno la maggioranza. Quindi, l'ulteriore richiesta di rinvio non fa altro che peggiorare il rapporto fra i consiglieri, il rapporto fra il Consiglio e l'esterno, il buon nome del Consiglio nell'opinione pubblica.

Pertanto fate pure, io chiedo però la votazione segreta per questo rinvio. Cinque persone chiedono la votazione segreta per questo rinvio. Le abbiamo già a disposizione, perchè non vorremo di nuovo il massacro del Consiglio. Qua dentro abbiamo bisogno di serietà. Il mio partito si impegna, e io mi impegno in prima persona, di diventare ogni giorno più serio, però non si metta nessuno nelle condizioni di diventare poco serio con la presentazione di queste richieste.

Dopo tre anni, due partiti che hanno 43 voti, poi hanno altri due voti, 45 voti di maggioranza su settanta, dovrebbero, in sede di Giunta, avere la bontà di venire qui con una definitiva decisione, una definitiva stesura, una definitiva formulazione dei disegni di legge, che questa Giunta elabora e che questa Giunta porta avanti. Questo è un disegno di legge del Consiglio, e pertanto potrebbe fare eccezione, ma anche il Consiglio ha bisogno e vuole, forse più della Giunta o almeno tanto quanto la Giunta, che qui si operi e si usi del tempo nella maniera la più razionale possibile, senza gli eterni rinvii, che sono dovuti, e lo ripeto ancora una volta, secondo me, a delle modeste prese di posizione, piuttosto poco democratiche, poco sagge forse, certamente poco virili. Perchè si dovrebbe avere il coraggio di dire alla propria gente interessata pane al pane, vino al vino, e chiudere un discorso immediatamente dopo che si è aperto con queste divergenze e con questi modi diversi di veder le cose.

PRESIDENTE: Hanno già parlato i conss. Panza e Pruner. Possono parlare due a favore. Il cons. Boato ha chiesto la parola.

BOATO (N.S.-N.L.): L'avevo chiesta prima, comunque siamo tutti e due con la possibilità di parlare, penso. Anche Pasquali, no?

PRESIDENTE: Illustri i motivi, prego!

BOATO (N.S.-N.L.): Certo, se no non l'avrei chiesta. A favore in un senso provocatorio, ma comunque a favore, perchè spero, auspico, propongo a chi ha chiesto la sospensione che questa cosa vada avanti, — nonostante il sorriso di a Beccara che continua a fare lettere comprensi-

bili solo a sè stesso sulla stampa su questa vicenda, nonostante il suo sorriso —, io auspico che o venga risolta più a fondo la questione, rimettendo in discussione il vitalizio, e dirò adesso in che senso, oppure almeno con l'accantonamento definitivo, almeno per questa legislatura, del testo di legge. Cioè mi rendo conto che rispetto alla proposta e agli emendamenti del cons. Peterlini, in quanto capogruppo della S.V.P., non tanto a titolo personale, l'ipotesi eventualmente più possibile sarebbe quella dello slittamento e della sospensione definitiva di questa legge. Però la nostra posizione, Nuova Sinistra-Neue Linke, non è stata mai del "tanto peggio tanto meglio" in nessuna situazione e neanche in questa, nonostante la battaglia che abbiamo cercato di fare, perchè è una battaglia di moralizzazione che va anche al di là di questa leggina. Noi riteniamo che il senso della proposta avrebbe un altro significato, qualora non si instaurasse il regime della doppia pensione, che è già instaurato per qualcuno. E non è spirito egualitario instaurarlo per tutti. Il problema è impedire, rispetto all'opinione pubblica, che ci sia un deterioramento ulteriore nel senso della autoattribuzione di privilegi di un'assemblea legislativa come questa, che può con un'alzata di mano farlo questo privilegio. Noi vorremmo che questo non venisse fatto. Il regime della doppia pensione è una cosa impedita almeno teoricamente proprio da quello statuto dei lavoratori che voi citate, per rimettere in discussione la situazione attuale. La situazione attuale certamente è ingarbugliata, ma lo statuto dei lavoratori vieta espressamente la duplice assicurazione del pensionamento, che è prodotto diretto o indiretto se volete, del vitalizio regionale.

La proposta che noi facciamo in termini com-

plexivi è che il vitalizio sia valido necessariamente per chi è sprovvisto di altre pensioni. Uno stato democratico non dovrebbe permettere una situazione di mancanza di pensione per nessuno, comunque la realtà è diversa e quindi sia sostitutiva di una mancanza di pensione per chi non ce l'ha, provenendo o dalla disoccupazione o da un lavoro precario...

MITOLO (MSI-DN): (interrompe)

BOATO (N.L.-N.S.): Cons. Mitolo, io glielo posso spiegare, l'ho spiegato all'inizio. Ho detto che, comunque lei mi ha interrotto e glielo spiegherò dopo —, che la direzione in cui si dovrebbe andare, ed il ritiro favorisce un ripensamento in questo senso, è duplice. C'è stato un rinvio cinque o sei volte, mi sembra, e può esserci anche un rinvio definitivo anzichè parziale, cui io sono favorevole come gruppo. La direzione dovrebbe essere quella di un rinvio che faccia riprendere, fra l'altro anche in accordo con certe sue considerazioni, rispetto alle sperequazioni tra pubblico impiego e impiego privato o libera professione, che faccia rispondere in considerazione il problema complessivo della pensione per i consiglieri, che non ci sia raddoppio e quindi valga per il pubblico impiego l'opzione o per il vitalizio regionale o per, conformemente a questa proposta che però è parziale, o per la pensione nel loro essere di pubblici dipendenti, ma in alternativa. Opzione significa che se la pensione del dipendente regionale sarà inferiore al vitalizio ma questa così come è, ripropone la questione del doppio pensionamento allora, sia pure in subordine, la richiesta di Peterlini...

(interruzione)

BOATO (N.L.-N.S.): Signori, io ho ascoltato sempre con tanta attenzione sia il rappresentante di un partito dell'estrema destra, e non vedo perchè non lo dovrei ascoltare, ma lo ribadisco che l'ho sempre ascoltato attentamente, sia il capogruppo oggi della SVP. Voi non vi siete posti la questione del fuori argomento di chi ha parlato prima di me, ve la ponete solo ora con me. Ma io non sono fuori argomento, io spero che Peterlini e il suo partito ripensino più a fondo a questo disegno di legge, che la sospensione possa favorire l'attuazione vera dello statuto dei lavoratori, che è impedire questo privilegio che la gente che noi dovremmo rappresentare, anche se voi da una parte e noi da un'altra, non può capire e non può accettare. Allora, io sono favorevole alla sospensione, perchè permette anche un ripensamento — scusate il gioco di parole —, rispetto al doppio pensionamento, in profondità. Sono favorevole, sia che vada male, nel senso che almeno non si riprenda più in discussione, ma non mi piace il tanto meglio tanto peggio, sia che questo porti a una legge che venga in subordine alla rimessa in discussione del vitalizio regionale, e questo non sia mai un raddoppio di pensione, ma solo la sostituzione per chi non ce l'ha o l'alternativa eventualmente...

(interruzione)

BOATO (N.L.-N.S.): Certo, io lo pongo come un problema di tutti, e quindi comincio da me a sostenere, perchè sono un personaggio pubblico, come te, a Beccara, e tu non te ne sei reso conto, che non siamo in un organismo di base dell'Azione cattolica, che io rispetto, di cui puoi dire "io personalmente faccio il bene, gli altri sono tutti cattivi", perchè sono stato

anch'io...

(assume la Presidenza il Presidente Achmüller)

PRESIDENTE: Bitte keine persönlichen Differenzen!

Prego nessuna differenza personale!

BOATO (N.S.-N.L.): ... ma siamo in un Consiglio regionale. Presidente, io accetto la sua raccomandazione, però le sottolineo che la meriterebbe qualche altro. Io accetto anche l'interlocutorio, però deve capire che devo riprendere anche l'argomento per spiegarmi, dal momento in cui vengo interrotto ripetutamente. Mi piace anche questo, non mi dispiace, però lei non può dirlo a me e non dirlo a quelli che mi hanno interrotto. Per cui sono favorevole a queste condizioni, perchè prevedo o spero, o auspico che ci sia un approfondimento in questo senso, perchè questa è la volontà non di un gruppo politico, ma di tanta parte di quella che si ama chiamare la nostra gente.

PRESIDENTE: Der Abgeordnete Pasquali hat sich zu Wort gemeldet. Dafür.

Il Consigliere Pasquali ha chiesto di parlare a favore.

PASQUALI (D.C.): A favore, signor Presidente, precisiamo brevissimamente. Riconosciamo tutti evidentemente che di questo argomento il Consiglio regionale se ne sta interessando da moltissimo tempo ormai, però la cosa non sorprende se si considera la delicatezza di una materia, che ha origini molto lontane, io voglio ricordare e voglio precisare. E quindi credo che non debba sorprendere l'attenzione, le perplessità, che, at-

torno ad una nuova definizione legislativa, intercorrono tra i partiti politici, posto anche che su questo argomento sono chiare ed evidenti a tutti le divergenze di fondo che esistono. Quindi credo sia più che utile il tentativo di trovare una composizione evidentemente anche tra i due partiti, che hanno la maggioranza in questo Consiglio regionale, ma anche coinvolgendo i firmatari, posto che l'iniziativa di questa legge è consiliare e non della Giunta regionale. Quindi io credo che sia giustificato, posto che, come è stato precisato, sono in corso ragionamenti, approfondimenti, un rinvio, che però mi rendo conto che non debba essere protratto in termini, che non consentirebbero un ulteriore approfondimento, se così posso esprimermi.

Quindi, noi siamo favorevoli al rinvio, però precisiamo che vorremmo che giovedì prossimo l'argomento comunque venisse esaminato e definito dal Consiglio regionale.

PRESIDENTE: Wir kommen nun zur Abstimmung. Der Abgeordnete Pruner hat die geheime Abstimmung verlangt. Dem kann nicht stattgegeben werden, weil der Art. 73 für diesen Fall ausdrücklich die Abstimmung mit Handaufheben vorsieht. Wenn dies der Fall ist, kann diesem Antrag nicht stattgegeben werden.

Passiamo alla votazione. Il Consigliere Pruner ha chiesto la votazione a scrutinio segreto. Tale richiesta non può essere accolta, in quanto l'art. 73 prevede in questo caso esclusivamente la votazione per alzata di mano. Se si chiede la votazione a scrutinio segreto, la richiesta non può essere accolta.

Wir stimmen ab. Passiamo alla votazione.

Mit 10 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen ist der Antrag Peterlini angenommen.

Con 10 voti contrari e 2 astensioni la proposta Peterlini è stata approvata.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt 7: Gesetzentwurf Nr. 60: "Bestimmungen über die Auflösung der Gemeindefürsorgewerke", eingebracht vom Regionalausschuß.

Punto 7 dell'ordine del giorno: *Disegno di legge n. 60: "Norme sullo scioglimento degli enti comunali di assistenza"*, presentato dalla Giunta regionale.

Wir sind in der Generaldebatte und es haben schon einige Abgeordnete, wie die Abgeordneten D'Ambrosio, Ziosi, Benedikter und Pruner bereits einmal gesprochen.

Siamo in discussione generale e sono già intervenuti i signori consiglieri D'Ambrosio, Ziosi, Benedikter e Pruner.

Wer meldet sich in der Generaldebatte zu Wort?

Chi desidera intervenire nella discussione generale?

Abgeordnete Franzelin.

Consigliere Franzelin.

FRANZELIN (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Mit diesem Gesetz wird wieder eine Institution abgeschafft, die ihren Dienst, zumindest was die Provinz Bozen betrifft — über andere kann ich nicht urteilen —, zur allgemeinen Zufriedenheit ausgeübt hat. Vorweg möchte ich sagen, daß ich dem Wunsch Ausdruck verleihe, daß der Übergang der Zuständigkeiten der Gemeindefürsorgewerke auf die Körperschaften,

die dann die Provinzen vornehmen werden, reibungsloser über die Bühne geht und mit weniger Unannehmlichkeiten, als es die Sanitätseinheiten mit sich gebracht haben, als es bei der Errichtung der Sanitätseinheiten der Fall war. Es ist, glaube ich, zu diesem Zeitpunkt sehr schwierig, wieder hier ein Gremium abzuschaffen, ins Ungewisse zu gehen, wie es morgen dann weitergeht; wir sehen die Auswirkungen eben des vorher Genannten. In diesem Zusammenhang ersuche ich die Regionalregierung, zumindest die Termine zu überdenken, die hier in der Gesetzesvorlage aufscheinen. Ich glaube, mit diesen Terminen, die hier aufscheinen, kann man niemals einverstanden sein, sei es mit der Auflösung, sei es mit der Übernahme der Zuständigkeiten durch die neuen Körperschaften. Ich glaube, daß es auch notwendig ist, den Termin zu verlängern, damit die Herkunftskörperschaften ihre Abrechnungen machen und von sich aus das Vermögen übergeben können, denn ich glaube, daß diese es besser machen werden, als wenn von Amts wegen ein Kommissar ernannt wird. Also versuchen wir, diese Termine zu strecken, nachdem wir ohnedies mit Verzögerung dieses Gesetz vorlegen; dann kommt es sicher auf ein halbes Jahr nicht an.

Für mich bleiben sehr wohl einige Zweifel bestehen, auch wenn man das Gesetz einige Male durchliest, wie bei uns zumindest in der Provinz Bozen diese Aufgaben, die die Gemeindefürsorgestellen gehabt haben, auch weitergeführt werden. Es wäre sicher sehr beruhigend, wenn man bereits jetzt schon eine Ausrichtung dessen was kommen wird als Vorlage hätte, dann würde man sich wesentlich leichter tun, einem Gesetz zuzustimmen, das bestimmte Voraussetzungen schafft, um das nächste Gesetz zu machen. Ich darf hier er-

wähnen, daß in unserer Provinz Bozen zum Unterschied von der Provinz Trient die ECA eine andere zusätzliche Aufgabe hatte, als eventuell nur ab und zu Fürsorgemaßnahmen ad hoc zu gewähren bzw. Altersheime zu führen. Es wurden Gemeindefürsorgekonsortien errichtet, die eine einheitliche Ausrichtung hatten, um das Lebensminimum in der Provinz Bozen denjenigen, welche es nicht haben, zu geben. Ich möchte den Antrag stellen, daß auf jeden Fall dieses Gremium, das heute wirklich seine Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit der Bürger durchgeführt hat, zumindest in der Zusammensetzung bleibt. Wir haben funktionelle Einheiten als Gemeindefürsorgekonsortien geschaffen, die einheitlich versucht haben, dem Bürger das zu geben, was ihm zusteht. Wir sind einfach der Meinung, daß in einer Zeit, wo es einen allgemeinen Wohlstand — ich möchte es vorsichtig formulieren — zumindest gegeben hat, aber wir haben noch einen bestimmten Wohlstand, es einfach nicht angeht, daß Bürger da sind, die vom Wohlstand vergessen sind und daß diese Bürger, welche vom Wohlstand vergessen sind, nicht betteln gehen müssen, auch wenn es nur von einem Amt zum anderen ist, sondern daß sie wissen, es steht ihnen eine Hilfe zu und sie können sich an ein Amt wenden, das in etwa, möchte ich sagen, unbürokratisch Hilfe gewährt hat. Wir wissen doch alle, daß es bisher unbedingt notwendig war, daß auch private Institutionen da waren, die auch in der heutigen Zeit noch finanzielle Unterstützungen geben, weil die öffentlichen Körperschaften bei Beihilfen immer sehr langsam waren und viele dann eben noch schwerer getroffen wurden als es bei schneller Hilfe gewesen wäre.

Den Grundfürsorgekonsortien der Provinz

Bozen kann man jedenfalls bescheinigen, daß sie wirklich hervorragende Leistungen erbracht haben, daß die Grundfürsorger bestrebt waren, das Beste zu geben und objektiv die Anträge zu überprüfen, um halbwegs, möchte ich sagen, den Anforderungen gerecht zu werden, daß nicht nach einem Klientelismus, sondern wirklich nach objektiven Ermittlungen die Beiträge ausbezahlt wurden. Dies muß wirklich hier auch gesagt werden, wenn etwas abgeschafft wird und wir einer ungewissen Zukunft entgegengehen.

Ich bin deshalb froh, daß im Artikel 1 alle Möglichkeiten offen bleiben, daß die Provinzen dann selbst den besten Weg wählen können, um das zu gewährleisten, was man eigentlich will. Für mich wäre der Vorschlag jedenfalls der, daß nicht unbedingt diese Gemeindefürsorgestellen als solche aufgelöst werden und sie als Gemeindekompetenz übernommen werden, sondern daß auf jeden Fall, was die Grundfürsorge betrifft, ein Zusammenschluß der Gemeinden nach dem heutigen Muster der Gemeindefürsorgewerke gemacht wird und daß diese ad hoc-Gremien dann diese Arbeit übernehmen. Ich glaube, so sinnvoll es auch wäre, diese Obliegenheiten im Rahmen der Sanitätseinheiten durchzuführen, daß diese jedenfalls jetzt überfordert wären und daß wir der Bevölkerung keinen guten Dienst erweisen würden, würden wir diese Zuständigkeiten jetzt dann unter Umständen in die Sanitätseinheiten miteinbeziehen. Ich glaube, die Sanitätseinheiten müssen versuchen mit den Aufgaben, die sie bereits haben, fertig zu werden, bevor man ihnen noch zusätzliche Aufgaben übermittelt. So gut es wäre, daß die einzelnen Gemeinden zuständig wären für die Wohlfahrt der einzelnen Bürger, bin ich aber doch nicht dafür, daß man

dies wieder den einzelnen Gemeinden zurückgibt, weil dann sicher von Gemeinde zu Gemeinde, unterschiedlich die Durchführung sein wird; daß es in einer Gemeinde, wo aufgeschlossene Gemeindeverwalter sind, wo vielleicht die einzelnen Personen, die mit dieser Aufgabe betraut werden, sich mehr in die Situation der einzelnen hineindenken können, besser gehen wird, in einer anderen Gemeinde weniger. Deshalb plädiere ich jedenfalls, daß das Modell, das wir heute haben, nur unter einem anderen Vorzeichen, daß es Gemeindekonsortien sind anstelle von Gemeindefürsorgekonsortien, den Dienst weiterführen.

Es wird sicher eine schwierige Aufgabe sein, die einzelnen Rechtstitel der einzelnen Altersheime festzustellen, aber auch in diesem Zusammenhang soll eine vernünftige Zeit vorgesehen werden, daß diese Arbeit zuerst ordentlich erhoben werden kann und dann erst die Gremien aufgelöst werden, um nicht immer denselben Fehler zu machen: sofort etwas abschaffen, alles einer ungewissen Zulauf zu überlassen und schließlich ist die Leidtragende die Bevölkerung. Ich glaube, wenn wir immer wieder sagen, im Mittelpunkt soll der Mensch stehen, dann müssen wir versuchen auch bei unseren Gesetzen zuerst das Ziel zu sehen und auf dem aufzubauen. Um etwas abzuschaffen, müssen wir zuerst wissen, wie endgültig die Lösung ausschaut, dann können wir das abschaffen, was wir bisher hatten.

(Illustrissimo Signor Presidente! Con il presente provvedimento si scioglie nuovamente un'istituzione che ha esercitato la propria funzione, almeno per quanto riguarda la Provincia di Bolzano — in merito ad altre non è possibile esprimere un giudizio — in maniera soddisfa-

cente per tutti. Desidero subito anticipare di voler esprimere il desiderio, che il passaggio delle competenze dagli ECA agli enti, che verranno assunti dalle Province, avvenga in maniera più liscia e meno difficoltosa, cioè con meno disagi, di quanto è avvenuto per le unità sanitarie locali e nella fase della loro istituzione. In questo momento ritengo sia difficile sciogliere un ente, per affrontare l'incertezza, senza sapere come andranno le cose all'indomani; vediamo ora gli effetti degli enti pocanzi menzionati. A tal proposito prego la Giunta regionale di voler almeno rivedere i termini indicati in questo disegno di legge. Credo, che non si potrà essere d'accordo con questi termini, sia per quanto riguarda i momenti di scioglimento e l'assunzione delle competenze da parte dei nuovi enti. Ritengo necessario una proroga dei termini, onde permettere all'ente di provenienza di predisporre i propri conti e consegnare il patrimonio, essendo io dell'avviso che gli enti stessi riuscirebbero a fare un lavoro migliore, rispetto ad un commissario straordinario. Cerchiamo quindi di ampliare questi termini, dato che presentiamo questa legge con un certo ritardo, per cui sei mesi prima o dopo rappresentano incidenza alcuna.

Rimangono tuttavia alcuni dubbi, anche dopo un'attenta lettura della legge in merito al come si continueranno a svolgere i servizi, curati finora dagli ECA, almeno per quanto concerne la Provincia di Bolzano. Sarebbe più facile approvare questa legge, se si sapesse sin d'ora l'orientamento del dopo, cioè intendo dire, se sin d'ora si creassero determinate premesse per legifera in seguito. Mi permetto fare presente che a differenza della Provincia di Trento, in Alto Adige gli ECA avevano un compito aggiuntivo, oltre ai provvedimenti di assistenza da prendere ad hoc, amministravano anche case di riposo. Da

noi, a partire dal 1973 questi enti sono stati una valida istituzione. Sono sorti consorzi fra gli enti comunali di assistenza, che seguivano un unico orientamento e cioè di garantire il minimo vitale a tutti coloro che ne erano privi. Desidero proporre che in ogni caso questo consesso, che ha soddisfatto veramente le aspettative dei cittadini, rimanga almeno intanto nella sua composizione. Abbiamo creato unità funzionali come i consorzi predetti, che hanno cercato unitariamente di offrire al cittadino quanto gli competeva. Siamo semplicemente dell'opinione che in una epoca, contrassegnata da un benessere generale — desidero essere cauta — od almeno che risultava contrassegnata da un benessere, un certo benessere esiste tuttora, non è possibile che esistono cittadini dimenticati dal benessere e che questi non siano costretti a chiedere la carità, senza dover peregrinare da un ufficio all'altro, ma questi cittadini devono sapere che hanno diritto di essere aiutati e che possono rivolgersi ad un determinato ufficio, che eroga aiuti senza tante difficoltà burocratiche. E' noto a noi tutti che fino ad ora è stato necessario l'intervento di istituzioni private, che tuttora erogano aiuti finanziari, poichè gli enti pubblici sono ancor sempre molto lenti ad assistere finanziariamente questa gente, la qual cosa crea ancora problemi maggiori rispetto ad un pronto intervento con denaro.

Ai consorzi degli ECA della Provincia di Bolzano si deve comunque riconoscere che hanno svolto la loro funzione in maniera esemplare, che l'assistenza di base si è sforzata di dare il meglio di se stessa, esaminando obiettivamente le richieste ed è riuscita soddisfare in certo qual modo tutti, applicando criteri unitari, senza clientelismo, poichè, ripeto, i vari contributi sono stati erogati con obiettività. E' giusto fare questa af-

fermazione, dato che ci stiamo accingendo a sciogliere un qualche cosa, che ci proietta in un futuro incerto.

Sono pertanto soddisfatta che l'articolo 1 lascia aperte tutte le possibilità alle Province di scegliere l'orientamento migliore per garantire ciò che si desidera. Per quanto riguarda la mia persona propongo che non si giunga ad un assoluto scioglimento degli ECA, conferendo tale competenza ai Comuni, sulla falsariga degli attuali consorzi summenzionati e che questi consorzi creati ad hoc assumino questo lavoro. Riten-go che per quanto sensato fosse, che tali impegni venissero assunti dalle unità sanitarie locali, queste siano talmente oberate di lavoro e che pertanto non offriremmo alla popolazione un buon servizio, se inglobassimo subito queste competenze nell'ambito delle unità in parola. Credo che le unità sanitarie dovrebbero cercare di soddisfare le incombenze che sono state loro imposte ora. Sebbene fosse auspicabile che gli stessi Comuni provvedessero all'assistenza dei propri cittadini, non sono favorevole ritornare queste competenze ai Comuni, onde evitare trattamenti differenziati da Comune a Comune. Può accadere che un Comune retto da amministratori che sentono più di altri questo problema e forse gli stessi addetti a tale servizio riescano a porsi meglio di altri nelle condizioni delle persone bisognose e pertanto un Comune potrebbe svolgere questo servizio meglio di un altro, sebbene la necessità sia uguale. Per questo motivo io sostegno il modello fino ad oggi creato, con l'unica differenza che non si tratta più di consorzi fra gli ECA, ma di consorzi fra i Comuni.

Sarà certamente un lavoro difficile, dare alle singole case di riposo la propria adeguata personalità giuridica, ma anche a tal proposito è

giusto prevedere un lasso di tempo ragionevole, per poter prima rilevare la complessità del lavoro e quindi provvedere allo scioglimento di questi enti, per non ripetere l'errore già compiuto e cioè di scegliere subito un'istituzione, lasciando il tutto nelle mani di un futuro incerto, poichè in definitiva gli effetti negativi si ripercuotono unicamente sulla popolazione. Credo che dobbiamo cercare di legiferare in modo di identificare prima il punto d'arrivo ed edificare su questa base, dato che noi siamo soliti ad affermare che il centro di tutto deve essere l'individuo. Prima di sciogliere un qualche cosa dobbiamo conoscere la soluzione definitiva e soltanto allora potremo sciogliere quanto avevamo finora.)

PRESIDENTE: Wer meldet sich in der Generaldebatte zu Wort? Abgeordneter Tomazzoni.

Chi desidera intervenire nella discussione generale? Consigliere Tomazzoni.

TOMAZZONI (P.S.I.): Non ricordo bene lo stato della precedente discussione, perchè è passato già molto tempo.

Noi avevamo fatto parecchie osservazioni a questo disegno di legge in sede di Commissione legislativa e avevamo aperto una discussione. Voglio dire subito però che il gruppo socialista è favorevole al principio contenuto nel disegno di legge, che è lo scioglimento degli ECA e il trasferimento delle funzioni che essi svolgevano, anche perchè è ormai superato il vecchio concetto di assistenza, il concetto contenuto nella legge del '37 che aveva istituito gli ECA e che si rivolgeva più al bisogno della singola persona, che ai bisogni della collettività, vista nel suo insieme. Credo che il nuovo concetto di assistenza vada visto come un intervento pub-

blico, che considera la globalità dei bisogni personali, qualunque sia il tipo di assistenza richiesto, soprattutto che vada superato quel concetto contenuto nella legge del '37 della presa in esame dello stato di bisogno del singolo, e che vada invece riformata l'assistenza con la visione d'insieme di tutti i servizi che gli enti pubblici devono rendere alla collettività nel quadro della sicurezza sociale. Quei servizi devono comprendere ogni forma di assistenza anche se riservata a categorie determinate di persone, evidentemente senza distinzione di cittadinanza, di età, di residenza, escluse evidentemente le prestazioni economiche di natura previdenziale.

Tale definizione organica del settore dell'assistenza e beneficenza avrebbe dovuto comportare anche l'esplicita attribuzione, alla Regione o alle Province, di precisi poteri di programmazione, coordinamento e promozione nell'ambito di una attività di fissazione di standard, di determinazione dei rapporti fra esigenze di sicurezza sociale e risorse di utilizzazione di bilanci sociali di area e quindi di corrispondenti strutture integrative a livello sovracomunale, perchè senza il corretto esercizio di tale attività si corre il rischio, mi pare accennato appena adesso dalla collega, di accentuare le discriminazioni o le differenze fra diverse aree geografiche all'interno della stessa provincia. In questo senso mi pare che il disegno di legge sia estremamente carente. La Regione cioè non utilizza che in minima parte, proprio per quanto non può sottrarsi alla sua competenza, a disciplinare con proprie leggi il modello di organizzazione e di funzionamento di questi servizi, come è previsto dal DPR del '75 n. 469, se non vado errato, che dà alla Regione questo compito ordinamentale. In questo disegno di legge la Regione non esplica nessuno compito ordinamentale, dice

soltanto: "Sono sciolti gli ECA, trasferiamo i beni di proprietà degli ECA ai comuni", e per quanto riguarda le IPAB non si vuole legiferare, su questo torno brevemente; per quanto riguarda l'ordinamento, l'organizzazione, il coordinamento, la fissazione degli standards, e tutti questi elementi a cui scennavo prima, si lascia totale campo aperto alle due Province.

Io credo che sia sbagliato non utilizzare questa competenza per un minimo di attività legislativa ordinamentale da parte della Regione. Era necessario che la Regione utilizzasse queste competenze e le utilizzasse anche nel settore delle IPAB. Qui c'è tutta la controversia sulla 616, sulla legge nazionale che affidava alle Regioni il compito anche di scioglimento delle IPAB e che è stata poi impugnata, perchè c'era un vizio di forma nella delega. La Corte costituzionale ha detto che la legge non era applicabile per questo settore delle IPAB, perchè c'era un vizio di forma nella delega che il Governo ha dato alle Regioni. Però quello che è preminente per noi dovrebbe essere la legge di delega che sta a monte, vale a dire: quello che è preminente per noi, non è tanto l'applicabilità o meno della 616, che riguarda le regioni a statuto ordinario e non riguarda noi ma nella legislazione nazionale il principio della necessità di sciogliere le IPAB è stato affermato. Se le altre regioni non possono operare, perchè c'è stato un vizio formale nel trasferimento della delega, non è detto che la Regione Trentino-Alto Adige, avendo proprie competenze al di fuori della 382 e della 616, non possa legiferare per conto proprio, utilizzare la propria competenza in questo campo. In commissione legislativa è stato detto che probabilmente il Governo non ci farebbe passare la legge. Io non ci credo, io vorrei andare alla riprova;

io credo che dietro ci sia invece una volontà politica di non intervenire nel settore delle IPAB, e quindi di lasciare intatto questo settore, perchè sappiamo quali motivazioni di ordine ideologico, politico e di interessi vari ci sono dietro per non toccare questo settore, e sappiamo quale è stata la battaglia che si è scatenata su tutto il territorio nazionale per questo settore. Qui abbiamo ancora una volta la dimostrazione che non utilizziamo o non vogliamo, per una volontà politica, utilizzare le possibilità di legiferare anche affermate nel DPR 469, per quanto riguarda il settore dell'assistenza. E' ancora una volta una dimostrazione della rinuncia alla legiferazione in campo regionale, e quindi all'utilizzo della autonomia e dello strumento Regione.

Tornando al problema ECA, la scelta che è stata fatta è anche qui estremamente limitata. Non si dà nessuna indicazione di carattere ordinamentale, si fa solo e puramente lo scioglimento. Altra, quindi, rinuncia a legiferare nel settore dell'assistenza da parte della Regione, e a utilizzare le proprie competenze. Svuotamento, quindi, anche in questo campo di quel minimo di ruolo che la Regione poteva svolgere.

Ci sono poi dei prossimi un po' più particolari. Prima di tutto il problema del trasferimento dei beni ai comuni. Questo può far nascere delle difficoltà. Può far nascere delle difficoltà nell'utilizzo di questi beni, tanto più se, come nel disegno di legge, i beni vengono destinati esclusivamente all'assistenza, come era precedentemente. In quanto noi trasferiamo i beni ai comuni, però le Province possono legiferare nella riforma dell'assistenza e per conto proprio, e probabilmente in provincia di Trento per esempio le funzioni, che attualmente sono svolte dagli ECA, non verranno trasferite ai comuni, ma verranno

trasferite ai comprensori. Ci sarà un collegamento con le unità sanitarie locali, ma verranno trasferite ai comprensori per dare uniformità al problema della sicurezza sociale, e quindi trovare anche punti di raccordo tra sanità e assistenza sociale, che sono indispensabili, pur lasciando che ci siano, dal punto di vista operativo, le dovute distinzioni, le dovute anche caratterizzazioni dei due servizi. Ma è evidente che ci deve essere una osmosi, una collaborazione, una partecipazione reciproca dei due settori — sanità e assistenza — nello svolgimento di questo compito della sicurezza sociale e quindi presuppongo che anche nella riforma che si farà dell'assistenza, le funzioni non saranno dei comuni, ma saranno dei comprensori. Per questo noi avevamo proposto di abrogare quella parte dell'articolo che diceva che i beni devono essere utilizzati esclusivamente a fini di assistenza: per questa ragione e per l'altra ragione che, se permane il concetto vecchio di assistenza, quello contenuto nella legge del '37, c'è una limitazione enorme per i comuni nell'utilizzo di questi beni. Preferiamo allora, visto che i beni vanno ai comuni, che i comuni abbiano un maggiore spazio nell'utilizzo di questi beni, e che, accanto all'assistenza, si dica che servono per usi sociali, che servono cioè per svolgere quelle funzioni che non sono strettamente connesse a quel concetto ristretto di assistenza, ma che possono allargare la loro operatività su un campo sociale più vasto, non ancora ben definito perchè non c'è stata la riforma, perchè ancora non siamo arrivati a definire quello che è il servizio sociale, anche se c'è un disegno di legge nazionale, che l'ha definito abbastanza bene, e che era ormai pronto per essere varato, ma che è ancora lì bloccato per una serie di ragioni. Comunque, ripeto, se noi diamo ai comuni la possibilità di utilizzare

questi beni, senza alienarli impropriamente, ma per la sicurezza sociale, e cioè per servizi sociali in genere, credo che faremo il vantaggio dei comuni, faremo il vantaggio del servizio nel suo insieme e anche apriremo una strada più percorribile per la riforma dell'assistenza, che le Province dovranno a un certo punto affrontare. C'è anche il problema del personale, perchè attualmente il personale degli ECA, o in certi ECA' o in molti ECA, il personale opera non in modo diviso per le IPAB o per gli ECA, opera congiuntamente, per cui c'è una specie di gerarchia, si sono organizzati questi uffici in modo che c'è chi fa il lavoro generale di coordinamento, di amministrazione e così via, e poi ci sono i vari dipendenti che si occupano dell'uno o dell'altro problema, ma indipendentemente se il problema attiene solo alle IPAB o attiene solo agli Eca. Portando via il personale dipendente per quanto riguarda gli ECA e lasciando l'altro si creeranno certamente delle grosse disfunzioni, dei grossi problemi nel funzionamento di queste amministrazioni delle IPAB, perchè non ci sarà personale qualificato, non troveranno il personale adeguato a svolgere determinate funzioni, bisognerà per lo meno riqualificare il personale esistente. Questi sono i problemi principali. C'era un ultimo problema che è stato affrontato in commissione, e che era quello dell'urgenza del disegno di legge. Perchè nel mentre si attende, stiamo attendendo da molto, che questo disegno di legge venga varato dal Consiglio regionale, molti comitati ECA stanno alienando i patrimoni. Io potrei portare una serie di esempi di alienazione di patrimoni. Quindi rischiamo di andare poi a legiferare su un patrimonio, che ormai non esiste quasi più, esiste solo ridottissimo o in minima parte, perchè è già stato alienato. Quindi noi lamentiamo questo lungo ritardo,

questo rinvio e crediamo sia bene inserire quella norma di salvaguardia, che avevamo proposto in commissione legislativa, in modo che, al momento del varo della legge, fino a quando non diventerà operativa, questa salvaguardia sia operante e quindi non si possono più toccare i beni degli ECA.

Queste sono le nostre osservazioni e, in base a queste osservazioni, abbiamo una certa perplessità nel dare il voto positivo al disegno di legge, pur essendo convinti che questo argomento andava affrontato, trattato e che gli ECA dovevano essere sciolti e trasferiti alle funzioni. Però abbiamo riserve sul limite che la Regione si autoimpone nel legiferare, sia a proposito delle IPAB, sia a proposito dello stesso ordinamento degli ECA, e quindi sulle conseguenze che questo comporta sul funzionamento dell'insieme del sistema di assistenza, oltre che sul funzionamento delle IPAB, che resteranno private del personale che concorreva ad amministrarle.

PRESIDENTE: Wer meldet sich noch zu Wort?
Abgeordneter Betta.

Chi chiede ancora la parola? Consigliere Betta.

BETTA Claudio (PRI): Brevemente, per dire che, in via di massima, noi siamo d'accordo su questo disegno di legge, anche se non dobbiamo dimenticare la funzione e l'importanza che hanno avuti questi Enti Comunali di Assistenza in tutti questi anni passati, dove, per la verità, forse più che sulle funzioni tecniche di singola preparazione, prevaleva la buona volontà, il buon senso, la conoscenza dei vari fatti; ma credo che non ci siano stati, o, se ci sono stati, ce ne sono stati molto pochi, degli appunti che si son potuti fare a chi nei vari comuni amministrava questi Enti Comunali di assistenza.

Dirò però che un paio di articoli mi trovano un po' perplesso. Prima di tutto l'articolo 1, quando dice che saranno poi le Province che legiféreranno esattamente sul chi dovrà subentrare, se saranno i comuni, se saranno i consorzi di comuni, se saranno gli altri enti di cui al DPR ecc.

Ora io dico che si troverà sicuramente una soluzione valida su questo punto, su questo tema, però non vorrei che, come in tantissimi altri casi in cui la Regione segue una strada, la Provincia di Trento ne segue un'altra, la Provincia di Bolzano ne segue una terza ecc., ci si trova poi a dover legiferare in maniera differente o addirittura arrivino, — e qua non è ben spiegato dove si possa arrivare —, a legiferare in modo che nello stesso ambito di una Provincia in certi casi subentrano i comuni, in certi i consorzi, ecc. Qui non è spiegato bene. Io mi auguro, comunque, che ci siano delle direttive da parte della Regione, senza con questo interferire nelle competenze delle Province evidentemente, per arrivare ad una linea concorde, che dovrebbe essere l'ideale.

Un altro punto, che mi pare sia stato toccato, sono stato un po' assente, ma mi pare sia stato toccato anche dal cons. Tomazzoni, è sempre l'art. 2, dove si parla di patrimonio ai comuni e di funzioni ad eventuali altri enti, che possono essere i consorzi, i comuni. E qui non ci sarebbe niente da dire, "Altri enti": io chiedo come fa a funzionare un altro ente quando il patrimonio, ad esempio, è del comune. Ci saranno sicuramente delle interferenze, delle sovrapposizioni, e cose di questo genere che sicuramente non andranno a favore di un buon funzionamento degli enti che subentreranno. Io trovo giusto che il patrimonio sia dato ai comuni, perchè è sempre stato patrimonio dei comuni, e benchè le Province abbiano dato una mano, almeno per quan-

to riguarda la Provincia di Trento, gli ECA sono sempre stati sostenuti in grandissima parte dai comuni stessi, i quali hanno dato i contributi i quali hanno dato semmai gli edifici, i quali hanno dato dei terreni, i quali hanno creato appunto un patrimonio. Però non dimentichiamo che certi Enti comunali di assistenza sono enti comunali di assistenza cominciando da sè stessi, hanno poco o niente, ma ci sono di quelli che hanno dei patrimoni notevolissimi, soprattutto quelli che hanno dei terreni, che, se ricadono urbanisticamente in zone di costruzione ecc., hanno dei prezzi veramente eccezionali. Quindi io avrei piacere di sentire nella replica dell'assessore, se riterà opportuno di farla, cosa si pensa di fare per non arrivare proprio a questa distinzione di un ente, cioè comune, titolare del patrimonio, perchè in gran parte era suo, e invece le funzioni ad altri enti.

Terzo punto, sempre di perplessità, è quello sul personale. Personale che, almeno per i casi di mia conoscenza, non era un personale a tempo pieno o qualificato, si trattava di qualche brava persona o magari di un impiegato del comune, un impiegato della cassa rurale, che dava una mano, quasi sempre gratuitamente o, al limite, quasi completamente gratis, perchè gli amministratori erano privi di competenza amministrative o giuridiche particolari, cercavano solo di portare avanti la gestione di questi enti. All'art. 2 si parla di "personale addetto in modo esclusivo o prevalente". Io penso che in modo esclusivo non ci sia mai stato nessuno, salvo forse in grossi comuni tipo Bolzano, tipo Trento, tipo Rovereto, Bressanone, e Merano, ma negli altri, nella gran parte degli altri, personale in modo esclusivo non c'è stato, in modo prevalente neanche, se per prevalente si intende che su due tipi di lavoro quello più importante era

quello a disposizione dell'amministrazione degli ECA. Quindi noi ci troveremmo probabilmente nella soluzione che tutto questo personale non potrà passare ai nuovi enti. E fin qui torno a ripetere che non è un gran male dal momento che lo faceva più come volontariato. Ma coloro che potranno dimostrare in qualche modo, — e sappiamo benissimo che in Italia e quindi nel Trentino e nell'Alto Adige, perchè se non vado errato, almeno fino a prova contraria, siamo in Italia, si può dimostrare sempre e comunque tutto quello che si vuole —, coloro che potranno dimostrare di aver espletato in maniera prevalente un'attività a favore di questi ECA, verranno passati.... Ma quale qualificazione, quale preparazione potrà avere un personale di questo genere con nuove leggi, con tutte le nuove istruzioni che verranno fornite ecc? Sono dei punti di perplessità, che non è che mi facciamo dire di no all'approvazione di un disegno di legge di questo genere, necessario proprio perchè ormai sono enti superati dai tempi e dalle riforme, che nei vari settori dell'assistenza ecc., ci sono state, ma avrei il piacere che questi punti di perplessità mi venissero chiariti o superati, o fatti superare quanto meno dall'assessore quando prenderà la parola per rispondere, oltre che a me, evidentemente anche agli altri miei colleghi. Grazie.

PRESIDENTE: Der Abgeordnete Matuella hat das Wort.

La parola al Consigliere Matuella.

MATUELLA (DC): Il disegno di legge, che stiamo esaminando, si colloca fra quei provvedimenti, alcuni già approvati, altri che dovranno ancora essere affrontati e sottoposti all'esame nella sede del Consiglio regionale e dei Consigli provinciali, e che riguardano i provvedimenti legi-

slativi necessari per dare attuazione, nell'ambito della nostra Regione, alla riforma sanitaria, alla riforma dell'assistenza. E' un provvedimento in sé che non ha un rilievo notevolissimo, ma è indubbiamente un aspetto importante e necessario, in quanto fino ad oggi, nella realtà della nostra Regione, quindi poi delle due province, gli ECA, sia pure con modalità diverse nelle due province, svolgono ancora una funzione che forse può essere considerata più rilevante nella provincia di Bolzano che in quella di Trento, posto che già nella provincia di Trento da qualche tempo alcune funzioni assistenziali sono già svolte dai comprensori. Comunque, qualunque sia il rilievo dell'attività svolta, non c'è dubbio che quelle funzioni, che ancora svolgono gli ECA, necessitino di una regolamentazione, per la quale mi pare opportuna la strada scelta dalla Giunta regionale in questo disegno di legge, che stiamo esaminando. Cioè quello di fare alcune scelte fondamentali, demandando poi alle due province autonome di legiferare per dare attuazione, in modo che tenga conto delle rispettive situazioni, delle rispettive realtà e di come si intende organizzare la gestione dell'assistenza rispetto alla gestione della sanità. Abbiamo sentito prima la cons. Franzelin sostenere la inopportunità di attribuire alle unità sanitarie locali la gestione dell'assistenza. Io potrei qui esprimere le ragioni, per le quali ritengo che sia opportuno, che siano le unità sanitarie locali a gestire sia la sanità che l'assistenza, per ragioni che credo non faticherei a trovare nè ad esprimere anche in maniera molto sintetica, se è vero che molte volte constatiamo come il gestire l'assistenza, o il gestire la sanità comportino molte volte, per dare risposta ai problemi, risposte che sono e che debbono essere, perchè la risposta sia adeguata, e di tipo sanitario e di tipo assistenziale. Non è

difficile rendersi conto, anche sulla base dell'esperienza fin qui fatta, che se non c'è una coincidenza anche istituzionale, se così posso dire, nel dare una risposta, si rischia di trovarsi di fronte a discrasie, comunque a non solo differenti valutazioni, ma al fatto che la risposta non viene data in maniera contestuale, non viene data in maniera coordinata. Non dico che questo sia assolutamente inevitabile se non c'è la coincidenza istituzionale, ma credo che questo, sulla scorta anche dell'esperienza, sia certamente molto più difficile. Questo poi anche per ragioni, che attengono alla gestione degli aspetti amministrativi che sono rilevanti nella gestione dell'assistenza e per le quali una opportuna e corretta impostazione della unità sanitaria locale può consentire di evitare quei doppioni amministrativi, che l'affidamento della gestione a soggetti diversi inevitabilmente comporta. Siano i comuni, siano i consorzi di comuni, come mi pare di capire sia l'intendimento della Provincia autonoma di Bolzano, questo evidentemente mi pare che può rischiare di comportare uno sviluppo maggiore dell'apparato burocratico nell'affidamento della gestione dell'assistenza a un soggetto diverso dal soggetto, che gestisce la sanità.

Questa non è materia da discutere in questa sede. Il disegno di legge, mi pare giustamente, la demanda alle due Province autonome; mi sono un attimo soffermato per dire come si possono trovare, accanto alle ragioni espresse prima a favore di una scelta che non coincida con l'unità sanitaria locale, per dire come se ne possano trovare altre, a mio avviso anche prevalenti rispetto alle altre, per farla coincidere. Di qui l'opportunità di una scelta non fatta in questa sede, che allora dovrebbe scegliere fra le due o trovare una terza, ma che vincolerebbe poi le province in una situazione che è già, anche come esperienza, di-

versa, come esperienza precedente diversa, pure nella stessa legislazione nazionale, regionale, ma che anche in prospettiva pare si orienti in maniera diversa. Credo non vi sia nulla di che scandalizzarsi, in quanto questo mi pare rientri opportunamente nella valutazione da parte delle due Province autonome di come intendono organizzare la gestione di servizi e di un servizio rilevante come quello dell'assistenza. Quindi, a proposito di questa scelta, di questo indirizzo, mi pare certamente di convenire e di concordare. Io ritengo peraltro di esprimere alla Giunta regionale una mia perplessità in ordine a quell'art. 2 del disegno di legge, dove si prevede, e qui sono d'accordo, che il patrimonio venga trasferito ai rispettivi comuni. Ritengo giusto, opportuno, che anche laddove, come nella Provincia autonoma di Trento, si dovesse scegliere per trasferire le funzioni degli ECA ai comprensori delle Unità sanitarie locali, il patrimonio venga trasferito ai comuni. Sappiamo fra il resto che questo patrimonio, a parte il patrimonio che riguarda le case di riposo,— e sulle quali mi soffermerò poi in rapporto al problema IPAB, e IPAB in questo caso significa soprattutto, forse direi esclusivamente le case di riposo —, convergo, dicevo, che questo patrimonio è soprattutto un patrimonio immobiliare edilizio, nella gran parte dei casi almeno in Provincia di Trento si tratta di appartamenti, e credo sia opportuno che questo venga trasferito ai comuni rispettivi, come l'art. 2 correttamente prevede. Aggiunge però poi il primo comma che questo patrimonio conserva la destinazione a favore dei servizi di assistenza sociale. Ecco, qui francamente io sono perplesso. Ho già detto che nella destinazione così restrittiva, di difficile applicazione, domani ancor più in provincia di Trento se il patrimonio sarà dei comuni, per la gestione del servizio del

comprendorio, diventa veramente difficile il dare attuazione a questo vincolo di destinazione, perchè di un vincolo di destinazione si tratta. In questo senso, fra una formulazione così vincolante e una formulazione liberatoria sarei per una soluzione che lascia ai comuni una libertà di destinazione, pur rendendomi conto che vi è una parte, e forse anche non trascurabile di questo patrimonio, che è stato a suo tempo oggetto di donazioni, di lasciti, e di donazioni e di lasciti agli ECA con espresso o tacito, un vincolo di destinazione certamente al comparto assistenziale. Credo che si dovrebbe trovare peraltro il modo, essendoci la possibilità della legislazione provinciale, di dare una regolamentazione più precisa, prevedendo anche la possibilità di togliere il vincolo a determinate condizioni, di prevedere, se si vuol mantenere un certo vincolo e per un rispetto ai cosiddetti originari testatori, che comunque avevano fatto questi lasciti, di prevedere una formula più ampia, quella per esempio che invece di essere servizi di assistenza sociale, che è una formulazione ristretta, quello di prevedere ai servizi non di assistenza sociale in forma ristretta, ma di "assistenza e servizi sociali", nel qual caso vengono a comprendere anche i servizi tipo scuole, anche i servizi tipo abitazioni, case.

Così allora diventa certamente più ampio e quindi consente domani anche ai comuni di poter far fronte a questo vincolo, che non deve rimanere un vincolo inapplicabile, con un patrimonio che domani, per non poter essere adeguatamente destinato, rimane magari lì inutilizzato. Sarebbe veramente una cosa assolutamente assurda e che deve essere evitata.

Quindi, fra una formula così ristretta e quell'altra, alla quale francamente io sarei anche disponibile ad accedere, di togliere completamente

quella conservazione del vincolo, sarei del parere di trovare una formula non dico intermedia, ma comunque che può tenere conto di esigenze che mi sembrano rispettabili e meritevoli di essere prese in considerazione; trovare cioè una formulazione così più ampia "assistenziale e sociale" che allarga la possibilità di destinazione e tiene conto di servizi che sono proprio, in gran parte dei casi, di responsabilità e competenza dei comuni.

Sul problema delle IPAB, sul quale si è soffermato prima il cons. Tomazzoni e poi l'ha ripreso mi pare anche il cons. Betta, indubbiamente non c'è dubbio che la soluzione preferibile sarebbe quella di poter legiferare nella competenza regionale, ECA e IPAB contemporaneamente. Questo per una ragione di carattere generale, che consenta di dare attuazione alla riforma dell'assistenza, che ha un suo ancora notevole caposaldo nelle IPAB, nelle case di riposo in particolare, e farlo in maniera contestuale. Fino a quando non si sarà legiferato in materia di IPAB, non c'è dubbio che rimane ancora un grosso nodo, un grosso aspetto da dirimere agli effetti di una completa attuazione della riforma della assistenza. Mi rendo conto che esistono problemi di ordine giuridico, riferibili ad una mancata legislazione e livello nazionale, in maniera precisa per quanto riguarda le IPAB, e all'intervento, in rapporto a questa situazione, anche di decisioni da parte della Corte di Cassazione che hanno indubbiamente determinato una situazione di confusione nel settore. Non so le ultimissime notizie in merito allo stato di avanzamento della legge a livello nazionale. Nel mese di novembre le notizie che avevo erano nel senso che si era fatto anche lì un grosso passo avanti nella predisposizione di quella specie di legge - quadro, che da tempo si invoca, che era arrivata a buon pun-

to, che poi si è incagliata proprio sul nodo delle IPAB, sul grosso nodo delle IPAB. Quindi ritengo probabilmente che non facilmente in questo stadio il Governo visterebbe una legge regionale, che entrasse in questa materia. Però non c'è dubbio che questo comporterà una serie di problemi, anche quello al quale si riferiva il cons. Tomazzoni a proposito del personale, nella sua destinazione e le conseguenze in ordine alla gestione delle competenze che questi enti dovranno ancora continuare a gestire, come poi l'articolo 5, in maniera più precisa e opportunamente dispone, laddove vi sono ECA, e sono parecchi in provincia di Trento, ma credo anche in provincia di Bolzano, che gestiscono IPAB, case di riposo, siano queste concentrate o amministrate. Quindi qui c'è una richiesta perchè a questo problema delle IPAB si possa dare, in tempi e con modalità ragionevoli, una risposta anche nella nostra regione.

Per il resto, anche in ordine ad emendamenti previsti, a parte quello proposto dalla Giunta e che inserisce un'articolo 5 ter, non mi pare che siano problemi rilevanti tranne quello di cui all'emendamento presentato dal gruppo comunista, e che, coerentemente con una posizione sempre sostenuta, porta avanti il problema, per cui non si ha da parlare qui di enti di cui all'articolo 7, ma si parla dei comuni. Per la coerenza del gruppo comunista nella loro posizione, a suo tempo sostenuta anche a proposito della legge di riforma sanitaria, ci sarebbe stato da sorprendersi se non fosse stato presentato. Ma credo altrettanto di dover sottolineare che la posizione del disegno di legge va avanti coerentemente, e con la legislazione regionale a proposito della riforma sanitaria, che ha previsto queste possibilità, e credo che a questo punto essendo così impostata la legge di riforma sanitaria, non dare attua-

zione coerente per l'assistenza sarebbe la conseguenza quella di spaccare una gestione unitaria di assistenza e di sanità, che io ritengo sia caposaldo importante, se vogliamo che tutti i discorsi molte volte fatti sulla gestione della sanità e dell'assistenza, pur con canali i quali abbiano la loro autonomia, possono però trovare, nella unicità dell'ente che gestisce, una loro possibilità di coordinamento e di gestione unificata.

Questa è la posizione del gruppo della Democrazia Cristiana, e questa è una posizione ragionevole, che abbiamo a suo tempo ancora adeguatamente motivata, per cui credo io sia anche esentato dal farne qui una illustrazione più ampia e riproporre ancora temi e argomentazioni, che sono già stati anche in questa sede adeguatamente sviscerati.

Ci riserviamo poi, ove occorra, di dire qualcosa di più preciso in ordine agli emendamenti che sono stati proposti, e con queste valutazioni e con queste considerazioni io preannuncio il voto favorevole da parte del gruppo della Democrazia Cristiana.

PRESIDENTE: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Boato.

Il prossimo oratore è il Consigliere Boato.

BOATO (NS-NL): Voglio fare una dichiarazione di voto. Volevo dire alla relatrice Franzelin, che in fondo presenta una legge non presentandola o non sostenendola, anche se poi la voterà, perchè ci sono questi meccanismi di allineamento, volevo dire che le sue critiche mi lasciano perplesso. Non voglio etichettare, ma mi sembrano un po' delle critiche da destra. Lei diceva che si va a sciogliere qualcosa di buono, per andare nell'incerto, e l'ha ribadito con diverse motivazioni, tre o quattro volte. Su questo testo di

legge forse si asterrà, non lo so, forse si asterrà anche il suo gruppo, lo dico provocatoriamente, perchè mi immagino invece che passerà. Noi ci asterremo, ed è una astensione molto benevola, perchè riteniamo che la nostra Regione sia l'ultima in Italia che legifera su questo tema. Alle perplessità della Franzelin dovrei replicare: voi SVP e anche voi Democrazia Cristiana e tutta la Giunta comunque, anche il PSDI, che cosa avete fatto, che cosa abbiamo fatto come Assemblea per riempire questo vuoto? Lei si chiedeva qual è l'obiettivo verso cui andiamo, prima bisogna definire la strada, sapere dove si arriva e poi fare lo scioglimento.

Ecco, io ci vedo un eccesso di perplessità e mi dispiace che proprio l'al sociale della S.V.P. abbia questa perplessità, rispetto allo scioglimento, che invece è un po' in ritardo. Qualche altro della SVP ci spiegherà che non c'è questa perplessità, invece; però sottolineo che questo obiettivo è una carenza della maggioranza non averlo definito e in tutti gli intervenuti, cito l'ultimo di Matuella, anche se è della Democrazia Cristiana, cito Claudio Betta prima la stessa Franzelin, è stato detto che non c'è chiarezza su come andrà a Trento e su come andrà a Bolzano, hanno rilevato delle differenze. Non voglio sottolineare il problema dei rapporti fra Regione e Province, però un lavoro di chiarificazione poteva essere fatto, pur nell'autonomia e nel rispetto, noi sosteniamo anche un punto di vista di principio, delle due Province. Matuella a questo proposito ha rilevato "L'anticipo" ma comunque è un anticipo politico, della Provincia di Trento, che avrebbe già in parte assunto la competenza nei comprensori. Ci sono due osservazioni da fare a questo proposito. Uno, che è un grande pasticcio, proprio questo settore nella gestione della Provincia di Trento e nella gestione dei com-

presori. Il comprensorio è tutto un grande pasticcio. Io non so come risolverà Bolzano questo problema, perchè ho sentito ancora la Franzelin, non ho sentito altri dire perentoriamente cose più chiare e alternative: non dovrà essere gestito dai comuni quest'ambito, ex ECA, chiamiamolo così, assistenza, e non dovrà essere gestito dalle USL, unità sanitarie locali, che poverine hanno già troppo da gestire.

In termini di troppo o di troppo poco, credo che siano troppo generici mi sembra, perchè si tratta di vedere se c'è o non c'è omogeneità e se è assimilabile o no il tipo di lavoro, perchè non potremmo fare una doppia burocrazia per lo stesso tipo di competenza, supposto che fosse così. Io non sostengo questo, però mi sembra veramente, per una Giunta che presente un testo di legge, mi sembra troppo poco. Troppo lavoro nelle USL, troppo poco lo sforzo della Giunta regionale nella chiarificazione degli indirizzi.

La seconda cosa in negativo riguarda Trento ancora. Ho visto che c'è un emendamento del PCI, sul quale mi asterrò, non per opportunismo, ma proprio perchè ho delle perplessità. Mi piacerebbe votare un emendamento di una forza di sinistra, che toglie o tende a distogliere la possibilità che la Provincia di Trento in particolare attribuisca al comprensorio questo residuo di competenza, o questo surplus o neocompetenza. Io sostengo che dei comprensori democratici sarebbero un passo avanti per la Provincia di Trento e forse anche per una revisione complessiva della pubblica amministrazione nell'Italia intera,— non so da questo punto di vista il Sudtirolo cosa potrebbe o vorrebbe fare, non credo che debba andare al traino di Trento per carità, ma caso mai assimilare una riforma, se fosse una vera riforma, perchè è un passo

avanti —, però oggi i comprensori sono tutt'altra che democratici e non mi sembra certamente di attribuire loro anche un'ulteriore parte di competenza. La loro attuale gestione è una gestione delegata di fatto da un punto di vista al di là delle questioni giuridico-amministrative, lo è sul piano politico, è una longa manus della Presidenza della Giunta provinciale di Trento, e mi dispiace, ma preferisco allora che vengano gestiti dai comuni in questa situazione, finchè non viene risolto il grosso nodo del comprensorio in parallelo anche dell'unità sanitaria locale, ma il comprensorio dovrebbe essere l'ente intermedio vero e proprio. Ecco perchè c'è questo grosso nodo e non certo per fare polemica o altro; dal suo punto di vista la proposta è coerente, perchè ha sempre detto no a questa ipotesi comprensoriale. Ecco quindi che direi alla Franzelin: siete voi che dovrete dirlo l'obiettivo e anche nelle sue articolazioni. Perchè non è detto che qualche cosa che viene già preparato a livello di Consiglio e a livello di esecutivo a Trento e a Bolzano rispettivamente, non possa poi essere cambiato in quest'aula, dove si dovrebbe votare non alla cieca, ma anche rispettando le differenze, rispettando anche le divergenze, sia pure divergenze di area territoriale in questo caso e non strettamente divergenze politiche fra Giunta e opposizione, cioè divergenze di altra natura, che hanno radici storiche.

Un'ultima osservazione è che si sta svendendo il patrimonio degli ECA. E arriviamo molto tardi anche da questo punto di vista, credo che ci sono troppi interessi, troppi pasticci, troppe speculazioni anche sulle spalle di un patrimonio che avrebbe dovuto diventare pubblico in toto, nella sua totalità. Bene l'osservazione che ha fatto ancora Matuella e che è il rispecchio di un

emendamento del PSI sul fatto della amplificazione, della utilizzabilità di questo patrimonio, non restringendo al termine "assistenza", che vuol dire minimo vitale poi, e quindi l'area sociale che potrà utilizzarla e la gestione pubblica possano essere anche non strettamente limitata in questo anche da un punto di vista complessivo e che la visione dei servizi sia più complementare rispetto alle diverse aree di servizi, però resti pubblica. Però la questione del patrimonio non è più importante della gestione del servizio, però rischi di diventare più importante nel momento in cui questo patrimonio si è andato perdendo in diversi anni di ritardo di gestione. Arriviamo ultimi, dovremmo almeno arrivare buoni ultimi, mentre mi sembra che arriviamo, per bocca stessa delle dichiarazioni della presentatrice, arriviamo nell'incertezza e con una certa confusione, forse anche per diverse motivazioni ideologiche, cioè forse qualcuno è anche sulle posizioni di perplessità di fondo sul fatto che si sciolgono questi enti. Io direi che un ente può essere inutile o può essere diventato inutile se la pubblica amministrazione è in grado di sostituirlo correttamente e quindi non c'è infamia storica nel giudizio, nel dire che ha concluso una sua fase, mi sembra nel discorso della Franzelin che invece non si riconosca che ha concluso una sua fase, che ha funzionato fin troppo bene, che sarebbe quasi meglio che continuasse a funzionare. Penso che questo sia anche un retaggio da prendere in considerazione, ma non da assolutizzare, che riguarda le nostre Province e altre, dove hanno avuto un grosso peso anche le IPAB e anche la presenza di un certo tessuto non pubblico, che poteva avere finalità sostituire dell'autorità pubblica, ma che oggi non l'ha più. Quindi ribadisco una astensione che è forse anche troppo benevola, ma che sta a dimostrare

che noi vorremmo che le cose andassero avanti, noi di Nuova Sinistra Neue Linke, in questo caso non posso esprimermi per altri, però ci sembra che il ruolino di marcia sia proprio al rallentatore. Si rimanda alla discussione alle Province, ma non si è fatto molto lavoro, nè molta chiarezza certamente.

PRESIDENTE: Damit sind wir am Ende der vormittägigen Sitzung angelangt. Ich bitte die Abgeordneten, pünktlich um 15.00 Uhr hier zu sein. Die Sitzung ist geschlossen.

Siamo giunti così alla conclusione della seduta antimeridiana. Prego i signori Consiglieri di voler intervenire puntualmente alle ore 15. La seduta è tolta.

(ore 12.30)

ore 15.15

PRESIDENTE: Wir fahren weiter mit der Behandlung des Gesetzentwurfes Nr. 60. Wer meldet sich in der Generaldebatte zu Wort? Abgeordneter Fedel.

Proseguiamo la trattazione del disegno di legge n. 60. Chi desidera intervenire nella discussione generale? Consigliere Fedel.

FEDEL (segretario - PPTT-UE): Signor Presidente, signori colleghi, siamo qui a discutere il disegno di legge n. 60, che ha come oggetto "norme sullo scioglimento degli enti comunali di assistenza". Questo disegno di legge fin dalle prime righe della relazione appare quasi un atto dovuto, in conseguenza di una legge e di un decreto presidenziale, che sono appunto contenuti nelle prime righe della relazione.

Noi abbiamo ascoltato questa mattina gli inter-

venti di altri colleghi, e mi pare di aver capito che all'unanimità, salvo con qualche perplessità di forma e di modo, sono tutti non dico disponibilissimi, ma assai disponibili alla approvazione di questo disegno di legge, che riguarda la soppressione degli Enti comunali di assistenza. Il gruppo consiliare del PPTT credo che senz'altro si avvicina anche quello ad un voto positivo a questo disegno di legge, si avvicina ad un voto positivo con qualche emendamento alla legge stessa, con qualche osservazione, che crediamo essere doverosa. Vogliamo comunque fin d'ora dire, fin dalle prime battute del nostro intervento, che noi non siamo, come qualcuno ha detto questa mattina, così entusiasti della abolizione degli Enti comunali di assistenza. Magari andremo a votare questo disegno di legge fine con qualche osservazione, o con qualche emendamento, però non siamo pervasi di entusiasmo per l'abolizione degli Enti comunali di assistenza e non certo perchè non siamo pronti a ricevere il nuovo, come non siamo pronti ad accettare delle riforme, che sono o razionali o imposte. In questo caso sono l'uno e l'altro, da una parte imposte, per altra parte razionali, non sappiamo se più imposte che razionali, ma andremo poi ad approfondire le cose.

Abbiamo fatto qualche riflessione mentre ascoltavamo questa mattina i colleghi che sono intervenuti, riflessione su che cosa era l'Ente comunale di assistenza e come ha funzionato e quali risultati ha dato. Evidentemente ci riferiamo ad esperienze che noi abbiamo toccato con mano, con la nostra esperienza e dobbiamo dire che, salvo rarissime eccezioni, gli Enti comunali di assistenza e quindi gli uomini che hanno amministrato gli Enti comunali di assistenza sono stati validi, hanno saputo ...

PRESIDENTE: (*interrompe*)

FEDEL (segretario - PPTT-UE): ho preso un po' di freddo, mi preme di dover parlare forte, anche perchè vorrei proprio parlare in modo che si possa capire il nostro modestissimo pensiero, ma che si possa capire. Ringrazio.

Dicevo appunto che mentre i colleghi questa mattina parlavano, abbiamo affrontato la relazione di questo disegno di legge e abbiamo fatto qualche riflessione attorno a quelli che erano e che sono ancora oggi, fino al luglio dell'82, gli Enti comunali di assistenza; e dobbiamo dire che la nostra esperienza ci dice che non è che abbiamo funzionato proprio così male da dover essere eliminati. Hanno fatto la loro storia se vogliamo, ma sono stati in grado di risolvere molti problemi dei nostri piccoli comuni in modo particolare. Non so nei grandi comuni, ove probabilmente il discorso, anzichè essere prettamente amministrativo e assistenziale, poteva essere anche politicizzato,— poniamo il caso del comune di Trento, noi conosciamo quello —, ma nei nostri piccoli comuni sia gli uomini, come gli enti da essi guidati, hanno svolto un'opera secondo noi encomiabile. Può darsi, e io non esprimo un giudizio definitivo quanto meno, che il tempo abbia superato queste istituzioni, che però noi dobbiamo riconoscere, e dobbiamo dire, secondo il nostro punto di vista che sono state benemerite. E perchè lo furono? Perchè noi crediamo ancora un po' a queste istituzioni? Prima di tutto sappiamo come erano fatti i comitati. Comitanti che erano scelti tra persone di estremo buon senso e conoscitrici in genere della vera realtà dei paesi e dei comuni della nostra provincia e credo anche della provincia di Bolzano. Non mancava mai il medico, non mancava mai un insegnante, non mancavano mai cioè que-

gli operatori della nostra piccola società comunale o di paese, che conoscevano dentro e fuori la vera realtà delle nostre famiglie, delle nostre piccole minisocietà. E questi operatori che abbiamo menzionati, unitamente agli altri componenti del comitato, hanno sempre, secondo il nostro punto di vista, guardato con una certa obiettività alle reali esigenze delle famiglie o degli individui, che andavano ad assistere, ad aiutare, a confortare.

La nostra perplessità di fronte a questo disegno di legge può nascere dal fatto che, dopo un'esperienza collaudata di questi Enti comunali di assistenza, vediamo un disegno di legge che trasfonde le competenze ai comuni o associazioni di comuni, ecc. che in definitiva altro non vuol dire, per noi della Provincia di Trento, che i comprensori, nei quali si identificano le Unità sanitarie locali. Ora di fronte a un'esperienza positiva, ripeto, andiamo incontro ad un'esperienza, quella dell'USL, almeno per quanto riguarda la Provincia di Trento, che non è certamente altrettanto positiva, anche se la possiamo definire un'esperienza all'inizio, ma la identificazione, per quanto ci riguarda come provincia di Trento, fra comprensori e Unità sanitarie locali, fino ad oggi, a detta generale, collocazione della gente in generale, senza voler toccare i partiti, dà come negativa l'esperienza delle Unità sanitarie locali. Nella relazione al bilancio della Provincia autonoma di Trento si parla della riforma sanitaria. Sia da parte dell'opposizione, come da parte della minoranza in modo particolare, nella provincia di Trento esistono documenti che chiedono se non è il caso di ridisegnare la mappa delle 11 Unità sanitarie locali. Ed ecco il perchè, signor Presidente, della nostra perplessità, che, ripeto e risottolineo, vuole essere una perplessità riferita solo e soltanto, almeno

per quanto ci riguarda, della Provincia di Trento. E quindi non vuole toccare la realtà e la situazione della provincia di Bolzano, tanto che noi non convidiamo coloro che criticano, a pag. 3 della relazione, il fatto che le iniziative siano prese dalle due Province autonome. Secondo il nostro punto di vista è corretto che così sia, perchè diverse e mutevoli sono le realtà delle due Province. Rimane, comunque, il fatto che graviamo ulteriormente di lavoro queste Unità sanitarie locali, le quali non riescono a svolgere neppure il lavoro che già hanno. Ecco la domanda e la perplessità che noi ci poniamo, indipendentemente dal fatto se poi alla fine daremo, con qualche condizione, il voto positivo al disegno di legge n. 60. Ma queste cose è sembrato doveroso dirle e sottolinearle.

Pertanto, fatte queste premesse di natura generale, noi vogliamo ancora sottolineare qualche punto di questo disegno di legge. Abbiamo detto che siamo probabilmente disposti a uno scioglimento degli ECA, però con una certa cautela, che significa magari l'accettazione di uno o due nostri emendamenti, emendamenti che tendono a garantire la proprietà ai comuni. La proprietà ai comuni è sì garantita dall'art. 2 e dall'art. 4 di questo disegno di legge, però ci lascia molto perplessi l'art. 1, dove dice: "da parte dei comuni, singoli o associati, o degli enti previsti dall'art. 7 del DPR 22 marzo '74, n. 279". Questo ci lascia perplessi, e già abbiamo presentato alla Presidenza del Consiglio un emendamento. Perchè ci lascia perplessi? Perchè questo primo articolo potrebbe negare almeno la garanzia della proprietà ai sancita dall'art. 2 e dell. art. 4 di questo disegno di legge. Se non lo nega come titolo o diritto di proprietà, lo nega però di fatto in questo senso: io sono proprietario di una casa, e pago le imposte, le tasse, ma il canone che mi

danno gli inquilini lo riceve un'altra persona, cioè il cosiddetto amministratore, e se lo tiene e se lo amministra. Pertanto ci troviamo di fronte ad un falso diritto di proprietà, perchè la proprietà o è totale, nel senso che, oltre a essere intavolata presso il catasto e il fondiario, dà anche titolo e diritto ad usufruire dei proventi, oppure è una proprietà decurtata, è una proprietà monca, è una proprietà solo di titolo, ma non di fatto. Ora lasciando l'art. 1 come è, noi ci troviamo di fronte ad un falso ideologico sul titolo di proprietà. E qui non voglio fare un discorso sulla proprietà, perchè apparirebbe evidentemente un discorso non calzante, in quanto ci troviamo di fronte ad enti che hanno ricevuto dei beni, dei benefici, delle proprietà, che sono stati loro regalati al 99 per cento, al 95 per cento con la finalità di assistere la povera gente di quel comune, di quel paese, di quella frazione. Quindi parlo di una proprietà socializzata. Però nel momento nel quale con questo disegno di legge si lascia la proprietà ai comuni, che di fatto, quindi, dovranno pagare le tasse di questa proprietà, che può essere una casa, il lascito di un bosco, il lascito di un prato, di un campo, non ha nessuna importanza —, l'amministrazione di queste proprietà viene delegata alle associazioni dei comuni o a quanto previsto dall'art. 279 del decreto sopra citato. Che cosa succede di fatto? Che l'amministrazione di questi beni viene fatta dal comprensorio per noi in Provincia di Trento, che viene poi trasmessa alle USL, che coincide con i comprensori. C'è quindi la incapacità di funzionalità da parte delle USL, e caricarle di ulteriori oneri, quali quelli dell'assistenza, che oggi sono garantiti dagli ECA, dare a loro l'amministrazione di queste proprietà, che rimangono proprietà del comune, ma di fatto sono una proprietà monca, perchè le

amministra altro ente ci rende molto perplessi. Ora per maggiormente rafforzare le mie tesi, le tesi del nostro gruppo consiliare, non le mie personalmente, dovrei ancora portare esemplificazioni sul fallimento delle Unità sanitarie locali, sulla necessità di ridisegnare di nuovo la mappa, il numero, ecc., ma lasciamo stare ciò e facciamo invece qualche riflessione di altro tipo. Perché vogliamo buttare a mare proprio in toto l'esperienza degli Enti comunali di assistenza? Perché ce lo impone il decreto presidenziale 24 luglio '77, n. 616, derivante dalla legge 22 luglio '75, n. 382? Oppure perchè ne siamo noi convinti? Ed ecco perchè all'inizio del mio intervento ho detto: bisogna vedere se questa legge è emanazione più di un obbligo di rispetto di decreti presidenziali e di leggi nazionali, oppure se invece è frutto e risultato di nostra convinzione politica. Abbiamo visto che le riforme fatte in questo senso, sia la 180 come la 833, non hanno dato i frutti che si sperava, assolutamente, anzi hanno deluso. A fronte abbiamo un'esperienza positiva degli ECA, magari superati dal tempo e in questo posso anche condividere quanto ha detto il collega Tomazzoni. Però, come diceva la collega Franzelin questa mattina: che cosa rimane dopo la soppressione? Qual è il futuro di questi patrimoni, il futuro di queste opere di assistenza, dopo la soppressione? Questa domanda non posso non farla anche mia, perchè quando abbiamo fatto riforme di questo tipo, senza una prospettiva ben precisa, ci siamo trovati di fronte alle mancate risposte. Sono domande che io faccio a me stesso e che pongo a lei e agli altri colleghi, se qualcuno vuole farle proprie evidentemente. Noi diciamo: chi meglio dei comuni, chi meglio degli amministratori comunali conoscono la realtà del proprio comune, della propria frazione? Io prendo, per esempio, il comprensorio

dell'Alta Valsugana, che è il mio comprensorio. Io non so che cosa conosca di Regnana di Pinè, che è un piccolo paese sperduto a 1350 m; che cosa conosca di quella realtà l'assessore comprensoriale di Levico, probabilmente sarà di Levico. Ma capovolgo poi la situazione: Non so che cosa conosca della realtà di Barco di Levico l'assessore comprensoriale ipotetico che è di Baselga di Pinè? Queste sono le domande, mentre quando avevamo gli ECA la realtà era diversa, perchè ci si conosceva meglio. Ed ecco perchè io dico: non è forse possibile, con qualche espediente legislativo, con qualche atto di buona volontà, con un colpo di fantasia, far sì che, non solo le proprietà rimangano ai comuni, e questo almeno è garantito, ma che anche le possibilità di intervento siano il meno possibile burocratizzato? C'è la conoscenza vera e reale profonda del bisogno reale? Scusate il bisticcio di parole o la ripetizione. E questa è un'altra perplessità. Quindi, se oltre alla proprietà, lasciassimo ai comuni anche la amministrazione, la capacità di individuazione dei bisogni e delle necessità ai comuni, sarebbe già un passo avanti. Se questa abolizione degli Enti comunali di assistenza è stata fatta o si vuol fare sull'onda della eliminazione degli enti inutili o dei doppioni di enti, direi che proprio ce ne sarebbero a migliaia da eliminare. Quindi una piccola riflessione anche su questo. Dobbiamo stare attenti di non lasciarci guidare, portando avanti questo disegno di legge, dalla limitazione della nostra autonomia portataci dalle cosiddette leggi-quadro e dai vari decreti, che qui tante volte, anche da parte del Presidente della Giunta, sono stati contestati.

Nella prima pagina della relazione si dice: "Nel capo terzo del citato decreto è definito, all'art. 22, un nuovo e moderno concetto di bene-

ficenza pubblica ed è previsto, all'art. 25, l'attribuzione ai comuni di tutte le funzioni amministrative relative all'organizzazione ed alla erogazione di servizi di assistenza". Scusatemi, lo devo rileggere: "Nel capo terzo del citato decreto è definito, all'art. 22, un nuovo e moderno concetto di beneficenza pubblica ed è prevista, all'art. 25, l'attribuzione ai comuni di tutte le funzioni amministrative relative all'organizzazione ed alla erogazione dei servizi di assistenza".

Signor Presidente, signori colleghi, qui ci sarebbe da discutere che cosa significa questo moderno concetto di beneficenza pubblica, perchè, secondo me, il povero era povero cent'anni fa, come povero è povero anche quello dell'82. Ma forse si vuol parlare del tipo di erogazione della beneficenza, cioè dargli le 100 lire chiuse in una busta, anzichè dargliele in mano; magari, senza burocratizzazione, si potrebbe dargliene 150, nella forma vecchia, mentre nella forma moderna 50 se le mangia il servizio, la burocrazia. Certe cose le abbiamo anche viste e quindi non so se questa ridisegnazione del concetto di beneficenza pubblica sia più a favore dei poveri, che non invece di strutture parassitarie. Ma questo non è compito nostro, è il decreto che vuole "un nuovo moderno concetto di beneficenza". Ma quello che stride con il disegno di legge è invece la seconda parte: l'art. 25 prevede l'attribuzione ai comuni di tutte le funzioni amministrative relative all'organizzazione ed alla erogazione dei servizi di assistenza, quando invece voi, Giunta, chi ha presentato questo disegno di all'art. 1 contraddice totalmente il decreto. Ora siamo per la accettazione del decreto? Lo dobbiamo subire tutto, dobbiamo subirlo solo in parte, dobbiamo subire solo quello che ci piace? Queste sono le domande, perchè la penultima ed

ultima riga dell'art. 1 contraddicono totalmente quanto dice l'art. 25 del decreto, e si verrebbe così a dare ragione a quanto ho detto io, che forse sarebbe il caso, non solo di lasciare la proprietà ai comuni, ma anche la amministrazione, per le motivazioni di merito che ho detto sopra, quelle cioè della conoscenza reale della situazione della popolazione di questo o di quel comune. In poche parole, o noi entriamo nel concetto che possiamo assistere chiunque riesce a fare il furbo, oppure dobbiamo assistere invece chi veramente ne ha bisogno. Ora sappiamo che per fare questa scelta assai delicata è indispensabile una seria conoscenza della realtà. Ho detto prima che l'esperienza degli ECA non è stata per me un'esperienza negativa, ma credo per nessuno, perchè proprio queste cinque o sei persone conoscevano la realtà delle frazioni, dei paesi, delle famiglie, e credo che al 90 per cento siano state date risposte positive alla funzione degli Enti comunali di assistenza. Ora in questo disegno di legge — lo voglio risottolineare un'altra volta —, ci troviamo di fronte a un equivoco, equivoco ideologico, per cui garantiamo la proprietà ai comuni, però deleghiamo l'amministrazione di questi beni ad altri, pertanto non diamo l'effettiva proprietà ai comuni. Questa interpretazione ambigua e monca della proprietà solleverà certamente notevole malcontento, notevole subbuglio nelle nostre popolazioni, poichè si vedrà come i proventi di quella proprietà o di quel tipo di stabile, anzichè essere usati per la comunità originaria, saranno usati per altre comunità ecc. Questo, mi si potrebbe dire, corrisponde ad un concetto di uguaglianza distributiva, ma noi sappiamo anche che nel 98 per cento dei casi ci troviamo di fronte a comunità povere e a fronte hanno questa poca proprietà, che può sollevare la

loro indigenza, la loro povertà. E' lo stesso discorso degli usi civici, è identico. Perché gli usi civici li troviamo nelle comunità più deboli, di montagna ecc.? Perché lì sono stati fatti come salvadanaio per i momenti di difficoltà. Un altro problema, e poi chiudo il mio intervento, è quello del vincolo che è stato sollevato anche da qualche altro collega, mi pare dal collega Matuella. Si dice: "Gli articoli 2 e 5 disciplinano il procedimento di attuazione concreto della soppressione dell'ECA, in ordine al quale è importante sottolineare che il patrimonio è in ogni caso attribuito in proprietà al comune, e mantiene il vincolo di destinazione a favore dell'assistenza sociale". Ecco, questo vincolo di destinazione lascia perplessi anche noi, nel senso che è così restrittivo che difficilmente si riuscirà talvolta a distinguere se questa è assistenza o no. Sarebbe opportuno trovare anche qui una formula nuova affinché non nascano dei dubbi sulla interpretazione della utilizzazione di questi patrimoni e dei vincoli di destinazione. Sarebbe quindi importante, secondo noi, chiarire maggiormente la cosa, perché altrimenti ci potremmo trovare in tanti casi non sapendo se si può o no usare questo bene ed esso magari rimane lì inutilizzato. Detto questo, signor Presidente e signori colleghi, crediamo di aver espresso con sufficiente chiarezza le nostre osservazioni attorno a questo disegno di legge. Ricapitoliamo: sì allo scioglimento con una cautela, vogliamo la identificazione fra la proprietà e la gestione, affinché sia chiaro l'effettivo diritto di proprietà.

Voglio ricordare ancora che il discorso di proprietà in questo caso non significa un diritto di proprietà privato, ma un diritto di proprietà collettivo. I comprensori e le USL hanno dimostrato di non essere all'altezza della loro situa-

zione fino adesso, hanno già incarichi sufficienti, parlo delle USL, che non sanno espletare positivamente; pertanto se noi le ricarichiamo ancora, probabilmente aggiungeremo al fallimento altro fallimento.

Altra considerazione di merito: chi meglio dei consiglieri comunali, visto che vogliamo eliminare il comitato ECA, chi meglio dei consiglieri comunali può conoscere la realtà del proprio comune? Ho già fatto degli esempi in questo campo.

PRESIDENTE: Das Wort hat Abgeordneter Pasqualin.

La Parola al Consigliere Pasqualin.

PASQUALIN (DC): Signor Presidente, signori colleghi, indubbiamente il disegno di legge regionale, che prevede lo scioglimento degli E.C.A., è per la provincia di Bolzano un fatto molto importante, perché era inevitabile che in un discorso di contesto anche nazionale si arrivasse a una ristrutturazione generale dei servizi socio-assistenziali, perché, in secondo luogo, negli E.C.A. e nei consorzi degli E.C.A. la provincia di Bolzano, già dal '73, aveva costruito un tipo di servizio sociale. Io mi rendo conto che è difficile per le due province, per la realtà delle due province, trovare un metodo comune di lavoro, perché hanno tradizioni diverse e metodi di lavoro probabilmente e impostazioni diverse. Non c'è dubbio però che, al di là di quelle che sono le impostazioni di carattere particolare, e dovrà il Consiglio provinciale legiferare in proposito, c'è un discorso di fondo di carattere generale. L'esperienza, che noi abbiamo fatto, e ho sentito attentamente il collega Fedel, è stata quella di apprezzare certamente il lavoro degli E.C.A., ma la frantumazione dell'assistenza ha

portato l'assistenza stessa a essere la cenerentola nell'amministrazione comunale, non avendo una struttura formale di servizio, di funzionari. Infatti quando l'addetto all'assistenza nel comune aveva tempo a voglia e possibilità, allora si dedicava anche all'assistenza. Noi abbiamo ritenuto, istituendo il cosiddetto servizio di base con una legge già, come ho detto prima, del '73, partire da criteri oggettivi, da una situazione di territorio definito e da un'autonomia finanziaria da parte dei consorzi degli E.C.A. Non sarei favorevole a mantenere il servizio di assistenza agli E.C.A. o addirittura ai comuni singoli, perchè per l'esperienza, quasi decennale, che noi abbiamo fatto, abbiamo individuato nel consorzio degli E.C.A.,— che potrà essere poi consorzio dei comuni, su questo non entro nel merito —, di un territorio di circa 12.000 abitanti, abbiamo trovato una dimensione ottimale, in modo tale che non è nè troppo grande nè troppo piccolo per poter creare e operare in una struttura, che abbia del personale qualificato, anche per l'assistenza. Perchè partiamo dal principio che il problema dell'assistenza è un problema di carità, ma è anche un problema di dovere della società e di un diritto da parte del bisognoso, che ha bisogno dell'assistenza, tant'è che da alcune statistiche, che noi abbiamo individuato durante lo scorso anno, vediamo che in provincia di Bolzano con una spesa di 4 miliardi e di 9.000 assistiti, pro-capite possiamo dare un'assistenza di 450.000 lire e per nucleo familiare circa un milione. Questo significa che, partendo da un presupposto di diritto, con circa 500.000 lire l'individuo o la famiglia con un milione può avere una vita decorosa. Questo indubbiamente prevede però un servizio serio, capillare, obiettivo, con assistenti sociali, che indubbiamente il comune singolo non è in grado di fare. Noi ab-

biamo visto che, dopo la creazione di questo sistema di assistenza, abbiamo fatto confluire tutte le fonti assistenziali con leggi apposite sul servizio sociale di base, per cui l'ex O.N.M.I., gli infermi di mente, l'ex O.N.M.I., gli illegittimi sono confluiti su questo fondo e quindi l'assistenza non è più data a chi è più arguto a chi è più astuto per ottenerla 3 o 4 volte, ma attraverso l'unica fonte dell'assistenza in base a requisiti precisi e a un metodo di individuazione dell'assistito analitico. Indubbiamente questo ha provocato che ci sia una precisione e una correttezza anche nell'erogazione dell'assistenza. Certo che è necessario prevedere un servizio sociale ben definito, quindi un'organizzazione anche giuridica al limite e di funzionari in sede locale, che abbiano sensibilità e capacità; certo che sarebbe grave, ma questa è nella responsabilità delle Province, sarebbe grave che un servizio, che in Alto Adige, io parlo quindi soprattutto per la provincia di Bolzano, in Alto Adige funziona se non perfettamente, certamente in modo buono, dovesse essere vanificato per un'impostazione, che si volesse dare, del tutto diversa, di retroguardia direi. Perchè ritornare ai comuni, con tutto il rispetto che ho degli amministratori comunali, significherebbe vanificare una struttura valida, che va dal dovere di dare l'assistenza al diritto da parte dell'assistito di avere l'assistenza perchè il comune non sarà mai in grado di creare una struttura tecnico-organizzativa, quale lo può creare invece una dimensione, come ho detto prima, di consorzio dei comuni, che potrebbe avere una qualità di popolazione di circa 12.000 abitanti.

Quindi, secondo noi, questa legge va bene, perchè lascia spazio alle due Province di esaminare le loro realtà, così come le hanno consegnate da molto tempo, potranno anche avere la possi-

bilità di sorreggere alcuni errori, che possono essere vanificati, e per quanto riguarda gli emendamenti mi pare che sia estremamente importante quello di mantenere l'esercizio e la destinazione d'uso al settore sociale e assistenziale per poterlo mantenere direttamente. Credo che, entro poco tempo, si possa legiferare anche nei Consigli nei Consigli provinciali e quindi questa legge era importante; è stato importante anche rinviarla di qualche momento per poter correggere e attingere indicazioni precise.

PRESIDENTE: Das Wort hat Abgeordneter Ziosi.

La parola al Consigliere Ziosi.

ZIOSI (PCI): Signor Presidente, io intervengo per la seconda volta,. Purtroppo le vicende di questo Consiglio hanno portato a dilungare la discussione generale sull'arco di circa due mesi, e quindi io dovrò in parte riprendere alcune osservazioni, che ho fatto a suo tempo, e probabilmente oggi corrono il rischio di cadere nel dimenticatoio. Comunque, io credo qui di dover precisare la posizione del Partito comunista per quanto riguarda una legge, che noi reputiamo certamente importante, anche se non ci trova consenzienti del tutto. Non ci trova consenzienti ovviamente anche per ragioni esterne alle possibilità della Giunta stessa, per il ritardo in particolare con cui viene avanti a livello nazionale la legge di riforma dell'assistenza, che ci avrebbe consentito ovviamente, qualora avesse trovato concreta definizione a livello parlamentare, ci avrebbe consentito per lo meno di arrivare ad affrontare in termini unitari lo scioglimento ECA e IPAB, in modo da ricondurre ad unità il sistema assistenziale e soprattutto la possibilità di collegare e coordinare questo settore

certamente importante con quello, certamente non da meno, della sanità. Io credo che ancora una volta a livello regionale si debba fare una distinzione purtroppo fra quello che è il discorso di merito, e il discorso di ordinamento per quanto riguarda la sanità, vivendo ancora una volta la sfasatura o la frattura fra quelli che sono i problemi appunto di carattere ordinamentale e quelle che saranno le competenze di merito che spettano alle Province, e quindi avremmo successivamente occasione per intervenire a questo livello. Mi sia consentito però in questa sede di avanzare una sottolineatura per quanto riguarda questa legge, una sottolineatura che va a toccare anche quello che è l'elemento di qualità, il salto di qualità che l'assistenza, rispetto alla tradizionale concezione caritativa, oggi è costretta a subire stante la qualità diversa della vita moderna e quindi anche stante il salto di qualità che i bisogni dei singoli cittadini e dei gruppi registrano. Non c'è dubbio che la concezione assistenzialistica opera soprattutto in una dimensione individuale; quella che poco fa Pasqualin forse, riproponendo uno stereotipo, parlava di una dimensione di carità; è certamente una dimensione di carità e quindi si rivolge soprattutto all'individuo. Credo che l'ECA,— e qui le benemeritenze credo non siano contestate da nessuno —, sia stato un ente, che soprattutto ha avuto come compito di istituire l'assistenza, in particolare economica, a una serie di cittadini in difficoltà. Oggi però, credo che di fronte all'organizzazione nuova della vita moderna, anche il settore dell'assistenza debba compiere un salto di qualità sotto il profilo culturale e sotto il profilo organizzativo, passando così da una concezione assistenzialistica prettamente individuale, quasi di intervento solidaristico, quasi una concessione da parte della collettività ai bisogni del sin-

golo, spostando quest'ottica sul piano del diritto, rappresentando l'esigenza di fruire di servizi, di trovare soddisfacimento per una serie di bisogni sotto il profilo individuale da una parte e dei singoli gruppi dall'altra. Quindi siamo passati dal terreno della concessione al terreno del diritto dei singoli e dei gruppi. E allora è abbastanza evidente, io credo, che da questo punto di vista si debba anche operare una necessaria trasposizione del terreno assistenziale, trovando i parallelismi, le forme di coordinamento necessarie con altri settori, nei quali la tutela della salute fisica e psichica dell'individuo trova soddisfazione. Allora io credo che vada detto a chiare lettere, che da parte nostra c'è certamente il convincimento che l'assistenza deve procedere di pari passo con l'organizzazione del servizio sanitario. Su questo non c'è ombra, non c'è ombra di dubbio. Ci sarà semmai da discutere sul modo in cui questo parallelismo viene realizzato. Io credo che nasca qui, semmai il problema, la differenziazione, che ci rinvia anche ad un modello di assistenza, di servizi, comunque istituzionale diverso. E qui torna fuori la vecchia, tradizionale, coerente posizione dei comunisti, come è stata definita qui ancora stamane, circa il ruolo del comune, un comune che però anche noi conosciamo sempre quale comune singolo o associato. Mi sia consentito di fare una breve sottolineatura su questa associazione dei comuni, perchè qui sta una risposta all'altezza dei problemi attuali, senza nulla togliere a quella che è la storia, la tradizione dei comuni, quali enti che sono stati chiamati a fornire le prime risposte ai bisogni delle comunità, delle collettività locali. Io credo che quando parliamo di efficienza dei servizi dobbiamo sempre tener presente dei soggetti istituzionali e della qualità di questi, per dare risposta ai bisogni avanzati da parte dei cittadini e da

parte delle comunità locali. Quando parliamo di adeguare i servizi alla dimensione nuova dei problemi, non possiamo mai dimenticare che il problema dell'efficienza di un servizio è fortemente intrecciato e non può prescindere mai da quelli che sono forme di coinvolgimento diretto dei cittadini. Non esiste una dimensione, è stata smentita ormai dai fatti, l'abbiamo visto anche in episodi drammatici della vita di questo paese; non esiste forma di decentramento che regga all'urgenza dei problemi, quando questo decentramento non si sposa, non si collega strettamente alla partecipazione dei cittadini. Per parte nostra certamente il decentramento è valido soltanto in funzione di una partecipazione, non è concepibile soltanto in funzione di una razionalizzazione dei processi o dei servizi. Nasce quindi qui il discorso del ruolo del comune, certamente non un comune ovviamente disarmato, impotente, avvilito, lasciato nella situazione che conosciamo, e le cui responsabilità dovrebbero essere note anche alla stessa maggioranza. Comunque resta il fatto che questo comune va in qualche modo rivalutato, e noi diciamo che nella associazione dei comuni sta una dimensione operativa, organizzativa, per porre i comuni all'altezza dei problemi, senza togliere a questi la titolarità di alcune funzioni che la storia, prima che la legge, ha affidato loro per rispondere in modo adeguato ai bisogni dei cittadini. Io mi rivolgo a degli amministratori regionali, a dei legislatori regionali, che hanno per competenza l'ordinamento dei comuni: io vorrei, signor Presidente, sollevarle questo problema, mettere questa pulce negli orecchie a voi, che avete sempre sostenuto di voler difendere le prerogative della Regione, le sue competenze, poche o tante che siano. Voi non avete per lo meno mai smentito, se non apertamente condiviso, il fatto che

il DPR 279, art. 7, lì dove parla di ordinamento delle Comunità montane affidate alle province, ha rappresentato in qualche modo un colpo di mano nei confronti delle competenze di questa Regione. Allora io vorrei porre a voi questo interrogativo: è vero o non è vero che la norma di attuazione, perchè nel DPR si parla di Comunità montana, è una norma di carattere regolamentare e come tale non può sostituire mai e comunque una norma di carattere statutario e quindi di rango costituzionale? Ma allora, se così è, signor Presidente, le chiedo: è pensabile che questa Regione, che ha competenza in materia di ordinamento dei comuni, recepisca in una sua legge un meccanismo, una dimensione che è frutto di una norma regolamentare, la norma di attuazione, invece che dello Statuto? Non trova una contraddizione? Non c'è un nodo politico che voi come legislatori regionali dovete sciogliere, rivendicando la vostra competenza? E allora, parlare di comuni associati è un ragionamento che va bene per la Regione, certo è un'indicazione anche di carattere ordinamentale, è un modello che la Regione può indicare alle Province, ma rivendicare e fare proprio, avallare di fatto in una vostra legge regionale, una norma regolamentare, qual è la norma di attuazione, a me non pare francamente corretto e comunque apre una contraddizione politica tra le vostre affermazioni, fatte qui dentro più volte, e il concreto operare. E vorrei ricordare, signor Presidente, che il gruppo comunista ha già vinto una battaglia a proposito delle elezioni dirette delle comunità montane, proprio sostenendo che la comunità montana non è un ente intermedio, ma è un'organizzazione dei comuni. E quindi non vorrei che la Regione, questa volta trovandosi in contraddizione con sè stessa, ripetesse quell'esperienza, che di fronte al Governo è già

stata chiaramente smentita. Questa è un'osservazione, che io credo di poter portare qui, oltretutto a sostegno anche dell'emendamento, che noi abbiamo coerentemente proposto all'art. 1 del disegno di legge in discussione. Certo, accanto a questo, c'è una serie di altre osservazioni, che certamente ci trovano consenzienti, sono già state avanzate da altri gruppi. Io mi limito qui a ricordarle, anche perchè soprattutto saranno delle osservazioni, che troveranno una miglior definizione in sede di dibattito provinciale, lì dove appunto definiremo anche il merito del settore assistenziale. Certamente c'è un problema di personale, di omogeneizzazione dello stesso, anche perchè purtroppo oggi l'assistenza è frantumata fra enti diversi, e quindi il personale si trova anche ad operare con contratti normativi e salariali differenziati. Certamente c'è un problema di urgenza per quanto riguarda lo scioglimento degli ECA, per evitare la tentazione di liquidare un patrimonio, che è stato frutto certamente di lasciti, di impegno delle comunità locali, e che magari, nelle more dell'intervento di una nuova legge di scioglimento degli ECA, potrebbe anche trovare impieghi non sempre coerenti con le volontà di coloro che si erano impegnati a suo tempo su questo terreno. Io credo che si potrebbe discutere ancora molto a lungo sugli aspetti dell'assistenza. Mi premeva comunque sottolineare che la nostra posizione di fondo è quella certamente che spinge ad una unificazione, a una revisione della concezione del settore, a una sua collimazione o, comunque, stretto collegamento con il settore della sanità, proprio perchè ormai l'esperienza sta a dimostrare che ci sono bisogni che trovano soddisfacimento non solo sul settore sanitario, ma anche sul terreno del servizio sociale, e che devono marciare di pari passo. Quindi, certa-

mente siamo anche convinti che non sempre il comune, così come oggi si trova, è all'altezza per rispondere positivamente a questi problemi, ci pare però che il nodo politico sia quello di trovare delle dimensioni organizzative, tali che non risultino in alcun momento mortificatrici della volontà di partecipare, di farsi carico del problema degli altri, di quel tanto di solidarietà, che l'esperienza, come è stato ricordato da tutti, ha caratterizzato la vita degli Enti comunali di assistenza, da quando questi sono nati fino alla fase in cui oggi ci proponiamo di sciogliere. Quindi, c'è il discorso prettamente istituzionale al fondo, ma è sempre un discorso che si rapporta strettamente a quella che è una concezione del ruolo del comune; un ruolo politico, prima ancora che organizzativo, al quale il comune, come prima espressione delle comunità locali, ha sempre mostrato di essere in condizioni di soddisfare, un comune che semmai oggi ha l'esigenza, la necessità di trovare nuovi aiuti, nuovo rilancio, nuove capacità e modalità, non solo organizzative, ma anche possibilità di intervento finanziario, per essere posto all'altezza oggi di rispondere ancora e meglio, se possibilmente, ai bisogni dei propri amministrati. Quindi questa è la posizione nostra sugli ECA. Questa è sostanzialmente la posizione nostra che rinvia alla battaglia istituzionale, che ci ha caratterizzato questi anni, e che io credo ci guiderà ancora. Quindi, io credo che, a sostegno di questa nostra ipotesi, stia anche l'esperienza certamente non entusiasmante, non voglio dire esplicitamente fallimentare, ma certamente non entusiasmante, che i comprensori nella provincia di Trento hanno vissuto in tutti questi anni. Quell'esperienza, che non è soltanto dovuta a carenze di capacità di intervento, ma è soprattutto una esperienza che denuncia un fallimento,

perchè è stata sostanzialmente, a nostro avviso, abbandonata a sè stessa, è piombata nel disinteresse più assoluto da parte dei cittadini singoli, delle comunità locali, è stata sostanzialmente esposta all'arbitrio e alla discrezionalità di singoli amministratori, spesso anche oberati da una serie di problemi, che non potevano ovviamente essere affrontati in modo organico, anche perchè, di fronte a comunità o ai bisogni di numerosi comuni in qualche modo conglobati all'interno dei comprensori, questi amministratori, isolati dal contesto sociale nel quale operavano, dalla sensibilità, dalla volontà di essere protagonisti delle comunità locali, era inevitabile che dovessero far naufragare o fallire i problemi troppo grandi per la loro capacità operative. Queste sono le nostre valutazioni. Credo in questo modo di avere anche espresso una valutazione sugli emendamenti, nel senso che certamente l'emendamento nostro sull'art. 1 è sostanzialmente analogo a quello del PPTT, e credo di non dover riprendere le motivazioni, che qui ho addotto, circa la differenza tra comune associato o comunità mantana. Dall'altra io debbo dire che condividiamo quella sottolieatura espressa dall'emendamento socialista all'art. 2 lì dove, in effetti, riferirci soltanto all'assistenza sociale per quanto riguarda il patrimonio ci sembra eccessivamente vincolante, e quindi sarebbe più opportuno, come diceva esttamente Matuella stamane, far riferimento ad un servizio sociale, perchè ci sembra questo ampliare la gamma delle possibilità di intervento, senza ovviamente nulla togliere a quello che è il mantenimento del patrimonio comunale.

Vorrei poi sottolineare come elemento di dettaglio, signor assessore, l'esigenza di chiarire meglio il significato di quella norma sanatoria di fatto che si legge all'art. 2 al penultimo

comma, lì dove si parla, che "L'approvazione del rendiconto comporta, in deroga alle disposizioni vigenti, l'approvazione in sanatoria a tutti gli effetti dei rendiconti pregressi". Noi su questo diciamo molto esplicitamente che non siamo d'accordo. Noi vogliamo vedere i conti fino in fondo, trovare giustificazione agli stessi, anche nel momento in cui questi enti sono alla vigilia di essere sciolti. Coerentemente poi con le osservazioni che io ho svolto, all'art. 5 bis, nella norma di salvaguardia introdotta dalla commissione, credo sia opportuno aggiungere, dopo le parole: "senza specifica autorizzazione della Giunta provinciale", le parole: "su parere conforme dei comuni interessati". Cioè noi riteniamo, che per quanto riguarda gli atti di trasformazione patrimoniale, di modificazione delle piante organiche, di assunzione di nuovo personale e qualsiasi titolo, questa fase di salvaguardia sia pure decisa dalla Giunta provinciale competente, ma ci sia anche per lo meno il parere dei comuni interessati, che in qualche modo dovrebbero poter dire una loro parola. E' chiaro che sulla base di queste osservazioni, la valutazione del gruppo comunista dipenderà anche dall'atteggiamento che la Giunta regionale assumerà sugli emendamenti proposti.

Quindi, mi riservo poi, in dichiarazione di voto, di definire in modo compiuto la posizione del gruppo comunista.

(assume la Presidenza il Vicepresidente Marziani)

PRESIDENTE: Era iscritto il cons. Pruner. Ne ha facoltà! Prego!

PRUNER (PPTT-UE): Chiedo scusa se vengo con una proposta che mi viene dal profondo dell'anima. La fattispecie è questa. E' un tema

molto delicato. Il disegno di legge n. 60 contiene dei principi molto delicati e importanti, e pertanto sarebbe bene soprassedere per qualche seduta, per qualche breve tempo, per prendere delle decisioni più illuminate di quelle che stiamo per prendere. Questo disegno di legge, anche se apparentemente non sembra, inizia a gettare dei principi che, una volta radicati, una volta introdotti e anche seguiti, difficilmente possono essere cambiati. Qui si assiste a una operazione, che da parte dell'assessore Müller, io capisco la sua reazione negativa a questa mia proposta, non è conosciuta. Sinceramente io conosco un precedente analogo a questo, e vorrei farle l'esempio. In provincia di Trento, un po' più che in provincia di Bolzano, abbiamo le istituzioni delle amministrazioni separate di uso civico. L'Assessore Paolazzi ricorderà che dieci, dodici, tredici anni fa, nel '69, dovevano essere soppresse per volontà dell'allora Presidente della Giunta provinciale, per passarne l'amministrazione, e non la proprietà, ai comuni, anziché lasciarle alle frazioni. Ho molta stima del collega, vicepresidente della Giunta regionale, dott. Müller, e vorrei raccontarle questo fatto, che è analogo, preciso, identico fino all'ultima molecola, a quello che succederà con la presente proposta di legge. Le amministrazioni separate di uso civico sono le frazioni, giuridicamente sono proprietà private collettive, le quali dovevano essere secondo un disegno di legge che poi è morto, ora è defunto e seppellito, trasferite come amministrazione, non come proprietà, perchè la proprietà è sacra. Ma anche qui la proprietà si vuole santificare, si vuole mantenere intatta. L'amministrazione però doveva essere data ad altri, dando così dell'incapaci ai frazionisti, dichiarando invece capaci di amministrare meglio i consiglieri comunali. Stia attento a quello che

segue adesso. Nel disegno di legge era prevista, oltre all'amministrazione dei beni, cioè il taglio del legname, la destinazione del reddito, ecc., era prevista la possibilità di alienare, cioè di comperare, di vendere, sempre soggiacendo a quelle che sono le disposizioni del commissariato degli usi civici, il quale vieta sempre di vendere e di comperare all'infuori di quelli che sono i casi di permuta. Comunque, l'alienazione in senso lato, pur limitata dal commissariato degli usi civici, era affidata anche al comune. Stia attento adesso, cosa segue! Contemporaneamente, a Roma con un disegno di legge si stabilì che i beni amministrati dai comuni e da tutti gli enti pubblici, silvopastorali, di uso civico, dovevano passare all'ANAF, cioè all'azienda nazionale amministrazione foreste. Cioè veniva costituito il demanio forestale in un'azienda nazionale per l'amministrazione delle foreste, che incorporava questi due signori, Simonacci e Frattacci, che per caso sono di Democrazia Cristiana. Il Presidente di Trento era per caso democristiano! Il disegno di legge dei due onorevoli, dava facoltà all'INAF: azienda nazionale amministrazione foreste, di amministrare tutte le proprietà silvopastorali pubbliche dei comuni e degli altri enti pubblici. Siccome l'ASUC non era riconosciuto come entità, non aveva personalità giuridica di alcun genere, purtroppo era anomalo, passava ai comuni e ci pensava qualcuno a Roma, con l'ANAF, ed amministrare le foreste. Nel disegno di legge Simonacci e Frattacci stava scritto che la ANAF ha facoltà di allineare i patrimoni in amministrazione, pur non essendo proprietaria. Il proprietario è sempre il poveraccio, quello della frazione di Lanza, di Mocenigo, di Cologna di Tenno, però l'amministratore è il comune, il quale viene ad essere incorporato in un'azienda generale nazionale foreste,

dove la potestà è del presidente. Penso che non sia il presidente di un partito debole, che poi magari scompare e le cose tornano come prima, penso che per fare il presidente di un'azienda come quella dell'ANAF non avrebbero scelto uno di Democrazia Proletaria, nè di Nuova Sinistra, nè del PPTT, ma certamente uno di partito forte. Qui succede la stessa cosa! Si prende il patrimonio, si dice che c'è uno statuto di autonomia, quando si vuole c'è, si dice che all'art. 8, al punto 25, l'assistenza e la beneficenza pubblica spettano alla Provincia, si dice che bisogna adeguarsi allo statuto, quando fa comodo, quando non fa comodo non si fa niente. Per TAR, per esempio, non si fa niente, per quanto riguarda le norme di attuazione per le problematiche d'ordine fiscale e finanziario nei confronti della Provincia, della Regione, fra Stato e Provincia, non si fa niente; qui invece si dice che bisogna obbedire, bisogna ottemperare alle disposizioni della Costituzione italiana, dello Statuto di autonomia, e si asserisce che questo statuto ci obbliga a passare il patrimonio degli ECA ai comuni, perchè i comuni sono più validi. Io non ho niente contro lei, signor assessore, contro il Presidente, ma devo dire le cose come le vedo, e come sono secondo la mia ottica, senza gli occhiali.

La proprietà la si lascia ai comuni, ma l'amministrazione si dà ad un altro. Io conoscevo uno, che, non essendo ben visto dalla società, fu dichiarato interdetto, e si affidò il suo patrimonio in amministrazione ad un avvocato, figlio di nobile famiglia, un avvocato di grido, non faccio il nome, ce ne sono tanti. Il Sepp Thaler o Weithaler in prigione, oppure al manicomio a Pergine, non poteva amministrare i suoi beni, ma la società provvede a farli amministrare dall'avvocato di buona famiglia, il quale però l'ab-

biamo visto una sera a Venezia, l'altra sera a Sanremo, a Baden-Baden, poi a Seefeld, in Val d'Aosta a Saint Vicent a giocare, ad Arco, poi non si è più visto questo avvocato. Aveva dilapidato il bene del suo interdetto, che è ancora all'ospedale, non so se a quello psichiatrico o al ricovero o in prigione, non lo so. Fatto si è che questo patrimonio è scomparso. Ma quanti non ce ne sono nel Sudtirolo di questi casi? Pensateci bene. Quanti sono stati dichiarati interdetti, e quanti hanno approfittato di questo fenomeno, di questi fatti sul piano privato? Sul piano pubblico è peggio. Andiamo fuori nella sala delle riunioni. Voi volete pubblicizzare, siete sulla strada sbagliata completamente.

Entriamo nell'esempio del pubblico. Sono ora le 16.39, se andate fuori nell'aula dove si tengono le sedute di Commissione, sull'orologio leggiamo che sono le 17.39, perchè l'orologio è ancora fermo sull'ora legale, anzichè sull'ora solare. Ecco, un esempio. Poi ho sentito nei corridoi, cioè mi hanno detto che non riuscendo più a mettere assieme un Governo, non si è ancora fatto, non si è ancora decretato, ma si parla di affidare l'amministrazione dello Stato, cioè i ministeri, lo stesso Cossiga, il Parlamento cioè pur rimanendo la democrazia in Italia, si parla di affidare la dirigenza del Governo e l'amministrazione di tutti i ministeri ad una ditta privata di Milano o di New York, non lo so esattamente. Questa è la verità! Di queste cose se ne parla ovunque. Dobbiamo appaltare i servizi pubblici, perchè in mano al pubblico siamo costretti a pagarne il fio ogni volta che facciamo i conti. Il pubblico dilapida, non è capace di amministrare, è ingovernabile, anche la provincia di Trento non è più l'isola felice, si dice, sembra che non sia più governabile. Vediamo certi fenomeni, certi fatti, la maggio-

ranza non c'è! Signori, questo "scherzo" sta diventando realtà, e molti cittadini dicono: ma sarebbe meglio affidare l'amministrazione di tutto ad una ditta, compreso Cossiga, dovrebbe scomparire anche lui, dovrebbe rimanere come deputato, e il Presidente del Consiglio dei Ministri dovrebbe essere sostituito con la ditta tal dei lati, che amministrerà poi l'Italia. Spadolini, è un lapsus. Grazie!

(Interruzione)

PRUNER (PPTT-UE): Non si riesce a tenere il conto. Io non riesco a tenere il conto. Comunque anche questo è un fatto. Ma ricordatevi dell'orologio, di Spadolini, delle ASUC, di quel ragazzo della val Sarentino, dei tanti ragazzi della val di Fersina, della val Rendena, di Caldaro, di Appiano, di tanti altri paesi, della val d'Adige, sia italiana che tedesca, che sono al manicomio e l'avvocato gestisce il loro patrimonio. Potremmo fare nomi e cognomi degli ammalati e degli avvocati, ma qui non lo facciamo, lo faremo altrove. Ci sono coloro che hanno accumulato nei secoli e che hanno amministrato per secoli dei beni per il pubblico interesse senza mai rubare. Avete mai sentito che un presidente dell'ECA sia stato sbattuto in prigione o che sia stato denunciato per aver rubato le mele, le pere, oppure perchè si è fatto trovare con le mani nel sacco? No! Mai! Però ci sono stati dei sandaci di città che superano i 30.000 abitanti che sono finiti sul banco degli accusati, sono stati puniti a severissime pene, poi amnistrate, e questi sindaci di grandi città ne sono usciti indenni, come se nulla fosse accaduto. Ma un presidente dell'ECA, non ho mai sentito che sia stato denunciato e condannato. Questi ECA sono stati bene amministrati da gente che ha lavorato volontariamen-

te, il volontario ha accumulato questi beni, li ha amministrati come poteva, senza ricevere un soldo di compenso. Ma era arriva un'assessore, lineare, coerente, della massima severità, della massima onestà, e con la massima buona volontà pensa di poter fare amministrare meglio una cosa che è stata sempre amministrata bene, e non ricorda il proverbio "che il meglio è nemico del bene". Cosa avete da addebitare agli ECA di oggi? Cosa hanno fatto di male, se non tramandato nei secoli, indenni e integre proprietà e patrimoni? O volete voi seguire la linea della socializzazione di tutto, tutto nel pubblico? Anche dei miei impiegati, quando dipendevano dal mio ufficio di partito, potevo disporre di loro tutto il giorno; oggi dipendono dalla Provincia, non posso più disporre di loro, perchè mi dicono: "Tu non comandi nulla; io non sono più dipendente della famiglia del tuo partito, ma sono dipendente della Provincia, perciò se voglio vado a prenderti questo foglio, e se non voglio non lo vado a prendere il foglio". La stessa cosa succede con quegli impiegati, con quei preti, con quei sacerdoti, con quelle suore che gratuitamente hanno tenuto senza bolli, senza timbri, senza niente, ma con onestà massima, il libro della contabilità di quel beneficio, di quel patrimonio, di quella campagna, di quelle case, di quell'ospedale, di quel ricovero, ecc. Cercano anche loro di passare alla Provincia, al comprensorio, cercano in un modo o nell'altro di passare nell'amministrazione, diminuire le spese correnti, entrare nella Provincia e essere quindi stipendiati come tutti gli altri, e vivere più tranquillamente, senza responsabilità, perchè la responsabilità ce l'ha il presidente del comprensorio. Il quale potrebbe essere anche uguale a quell'avvocato, di cui dicevo prima, che dilapida i beni del suo

interdetto.

Signori, non è per far e dello spirito, io non sono capace di spirito fra il resto!

(interruzione)

PRUNER (PPTT-UE): Vorrei che lei si renda conto in pratica di cosa può succedere, quando noi diamo l'amministrazione ad altri. Io ho quattro figli, uno migliore dell'altro, ma finchè io vivo, non dò nè a loro nè a mia moglie l'amministrazione dei miei beni. Chi comincia a cedere l'amministrazione ad altri è già dichiarato interdetto e scemo. Noi dichiariamo interdetti e scemi molta gente. Lei dovrebbe stare molto su con le orecchie, è gente della sua parrocchia, gente che domani la vede entrare nel pubblico con uno stipendio e rifiutarsi magari di fare il proprio dovere perchè dicono: "Lavora o non lavora, metti l'orologio sull'ora legale o lascialo su quella solare è la stessa cosa, perchè il Consiglio va avanti lo stesso, tira avanti lo stesso ecc.". E' vero, l'amministrazione della cosa pubblica va avanti lo stesso, ma io non vorrei assistere poi al rendiconto. Io morirò, ma qualcheduno assisterà al rendiconto di tutto questo andazzo, di tutto questo pubblicizzare per non lavorare. Altro sarebbe pubblicizzare e lavorare meglio, nel senso come è descritto, e come è portato avanti da certi politologi. Ma in pratica, nella nostra terra e nel nostro paese ciò non avviene! Parliamo di piccole proprietà, di piccoli patrimoni, accumulati nei secoli, e che adesso, per virtù di un qualche cosa che non esiste, stanno sfumando. Io sfido chiunque a dimostrare che noi siamo tenuti a fare questo disegno di legge! Noi siamo tenuti a lasciare le cose come stanno, l'assessore competente della Provincia può fare una riunione con questi amministratori per ag-

giornarli per quanto riguarda il pagamento delle tasse, IVA e tante altre cose, in modo che questi enti rispettino le leggi fiscali, si attengano ai provvedimenti finanziari dello Stato, non evadono il fisco e via dicendo. Ma quello si può fare ugualmente, si può fare galvanizzando o sensibilizzando l'opinione pubblica in genere, compresi questi amministratori, sul fatto di dover compiere moralmente il loro dovere nei confronti dello Stato e della collettività.

Vorrei finire, ma allora lei mi deve dire che ritira questo disegno di legge e lo riporta in Commissione, per esaminarlo ancora una volta a fondo, come stiamo esaminando a fondo il disegno di legge n. 54.

(Mitolo interrompe)

PRUNER (PPTT-UE): Riportandolo in Commissione potremmo riprendere i nostri discorsi. Forse io sarò distrutto, la mia impostazione non sarà condivisa da altri, subirò la mia disfatta con onore e vincerà il più forte, vincerà quello che avrà le migliori tesi da sostenere. Ma qui dentro, signor assessore, siamo tutti incerti. I consiglieri della Provincia di Bolzano sono certi, perchè sono in una gabbia di ferro. Ma della Provincia di Trento qui dentro non c'è nessuno, chi per un verso e chi per un altro, che sia certo di fare il proprio dovere votando questo disegno di legge così come è, senza tener conto dei ripensamenti di molti colleghi. Io credo che questa incertezza e questo stato di dubbio siamo in tutti i consiglieri della provincia di Trento, e forse anche in qualcuno della provincia di Bolzano; la Democrazia Cristiana vota il suo disegno di legge, ma lo vota contro la propria convinzione, la propria anima. Il collega Tretter, che conosce l'ambiente meglio di me, ed è ansioso di dare un vo-

to, ad un disegno di legge del collega Müller. L'abbiamo dato più di una volta, anche se non richiesto, convinti di fare bene, potevamo anche astenerci perchè noi siamo dell'opposizione. I nostri rapporti sono buoni anche con il Presidente Pancheri, come sono buoni con tutta la Giunta e anche con la Giunta provinciale di Trento, ed è proprio lì il momento in cui si evidenzia e si salda e si collauda un'amicizia. Io le consiglio con il cuore di fare una cosa. Noi commetteremmo un'azione non convinta se dovessimo dare un voto negativo o un voto positivo o un voto di astensione, perchè così come è organizzata questa proposta di legge, non che sia stata fatta male, è fatta da tecnici, ma è fatta con malizia da parte di qualcuno. Non da parte sua, è per questo che io le consiglio di ritirarlo e di riportarlo in sede di discussione in Commissione, se non vogliamo stare qui otto giorni a discuterla in Consiglio regionale. Non possiamo accettare il disegno di legge così com'è, perchè è la fine di questi patrimoni, è la fine della carica per compiere un atto di bontà, o un atto di collaborazione per il pubblico-bene da parte di coloro che hanno in mano questi strutture, questi proprietà, queste amministrazioni. E' un atto di sfiducia, è un voto di sfiducia, è una dichiarazione di sfiducia che diamo al volontariato. Ma, signor assessore, si rende conto lei quale influenza potrà avere questo disegno di legge se verrà approvato, e credo che non verrà approvato, sul corpo volontario dei vigili del fuoco, su quelli che donano il sangue, su quelli che intervengono nei casi di pubblica calamità, su tutto il volontariato che esiste nella nostra provincia, sulle guardie ecologiche volontarie che mettono a disposizione il sabato e la domenica gratuitamente, dopo essere stati istruiti alla bene e meglio dall'ente pubblico? Distruggiamo tutto quello che è lo

spirito del volontariato nella nostra terra! Lo spirito di volontariato nella nostra terra è iniziato tanti e tanti secoli fa e ha lasciato dietro di sé le bande musicali, gli Schützen, i vigili del fuoco volontari, le guardie ecologiche. Ma noi distruggiamo un patrimonio immenso di volontariato se facciamo queste leggi, Presidente comm. Pancheri! Vicino a tutte queste associazioni volontaristiche, mettete anche quelli dell'ECA, che con un libro vecchio, tutto sgualcito di dieci o venti anni fa, tengono la contabilità senza tante paghe al ragioniere, senza tante paghe mensili al direttore, senza assunzione di personale ecc., cosa che scomparirebbe e verrebbe a essere inquadrata nella camera di combustione del denaro pubblico e nella camera di combustione della volontà del cittadino di fare qualcosa per il pubblico, che sono gli enti USL, i comprensori e quant'altro. Lei potrà sorridere, perché in provincia di Bolzano in qualche modo si può trincere dietro a qualche cosa ed evitare forse l'entrata di questa gente in questa camera di combustione. Ma noi no! Noi sappiamo che dopodomani, cioè il giorno dopo dell'approvazione e il giorno dopo del visto di un eventuale disegno di legge come questo e di quell'altro che farà la Provincia, questi patrimoni vanno a finire nelle mani di coloro che già sono pronti a digerire, a fare il bel pasto, e sono pronti anche ad assumere il personale, non più la suora o il prete, ma altre persone, che meritano, che hanno affisso i manifesti murali alle elezioni del 1978, e che aspettano ancora il favore, che è quello di un posto nell'ente pubblico. Ecco questi sforzi che lei fa, signor assessore, li fa esclusivamente per beneficiare coloro che vogliono parassiticamente vivere sulla società, a carico della società e via dicendo. Ce ne sono tanti enti, sembra che arrivino a diecimila nel Trentino. Quando

saranno sistemate un pò tutte le USL e le SAUB i comprensori e tutte le circostanti strutture, si parla di diecimila persone che vivranno dal pubblico. Cosa vuol dire? Vuol dire che avremo peggiorato quello che è lo stato economico e produttivo di una provincia e avremo rovinato, sotto il profilo morale sotto il profilo dell'etica, una popolazione abituata ai sacrifici, abituata al lavoro, che capisce che si può vivere anche senza lavorare, basta entrare nel pubblico; avremo quindi insinuato nella mente, nel sangue, nell'anima nella psiche della nostra gente quel tarlo dello sfruttamento del pubblico, del vivere parassiticamente a carico del pubblico, lavorando il meno possibile, obbidendo il meno possibile, non rendendo conto mai. Perché lei non sa, signor assessore, che ci sono comuni nel Trentino che alla fine della guerra, cioè dall'inizio della democrazia post-bellica, non hanno ancora presentato neanche un bilancio consuntivo in 36 anni, dal 1946, nonostante petizioni, interrogazioni, pressioni che si fanno presso la Giunta provinciale, nonostante che la Giunta provinciale si dia da fare. E noi vogliamo affidare a gente con tutto il rispetto dei comuni, ma fra questi ci sono quelli che non meritano il rispetto, l'amministrazione di un bene che per secoli è stato amministrato eccellentemente, lo vogliamo affidare a chi non ha la credibilità? Ma non è tutto qui io vorrei dirle che questo disegno di legge ho ancora da leggerlo, devo ancora leggerlo, poi interverrò. Quanto ho detto, l'ho detto in termini così generici, per quanto ho detto, l'ho detto in termini così generici, per quanto ho sentito dire, per quanto di legge al titolo e entrando poi nei particolari, che chissà quali osservazioni si potranno fare? Ma già senza leggerlo, mi vengono dei dubbi e mi viene spontanea l'esigenza di chiederle per

favore di volerlo riportare in Commissione, di volerlo riportare in discussione fra gli amici, fra i colleghi. Vorrei sapere da questo giurista se esiste la possibilità da parte dell'amministrazione comunale, cioè dall'amministrazione del bene, non del proprietario, se esiste la possibilità di aliare proprietà. Io non l'ho letto, lei mi faccia un segno di assenso o di dissenso: è lei, dottor Müller, in grado di giurare che con questo disegno di legge così come è fatto, l'amministrazione comunale di Tenna, di Tuenno o di Tenno,— ne prendo tre perchè tutte è tre sono col T —, se fossero allettate dalla tentazione di peccare, nel senso di vendere il patrimonio, con questo disegno di legge viene impedita questa manovra? Lei dice di sì. Potrebbe gentilmente dirmi dove è scritto questo?

(interruzione)

PRUNER (PPTT-UE): Guardo subito!

(interruzione)

PRUNER (PPTT-UE): 5 bis, non c'è qui!

(interruzione)

PRUNER (PPTT-UE): Io non ho letto mai questo disegno di legge! Mai letto. Però il peccato c'era. Il peccato c'era! Me l'ha detto il collega Tomazzoni, hanno corretto in Commissione. Quindi il suo consulente, come dicevo prima, che deve un avvocato di quelli; ha tentato di fare quello che ha tentato il grosso avvocato Kessler, in provincia di Trento, di dare la possibilità ai comuni, amministratori del patrimonio delle frazioni non proprietari, di alineare il patrimonio delle frazioni. Però....

(interruzione)

PRUNER(PPTT-UE): No, no, lasciami parlare, io non vengo a darti torto! Ma ha avuto per fortuna dei commissari più onesti del suo legale, più onesti del suo consulente, perchè le hanno dato un consiglio e hanno trovato l'errore. Mi hanno dato adesso la relazione e in Commissione avete fatto cosa ottima. Ma come avete fatto cosa ottima nella ricerca e nell'aver anche trovato l'errore,— lei dovrebbe ringraziare i commissari e offrire questa sera un piccolo rinfresco, non a tutti noi, solo ai commissari —, lei dovrebbe pregare ancora gli stessi commissari, possibilmente gli stessi, di rivedere la materia, per trovare, se ci sono, oltre imperfezioni. Altre imperfezioni ci sono. Io mi offro, quale consulente dei cinque minuti, per sapere questi nostri gravi dubbi sull'impostazione generale, sui principi su cui poggia questo disegno di legge. Se questo disegno di legge fosse passato con l'alterigia, con l'arroganza, non di questa Giunta, ma di un'altra assemblea, di un altro organismo, sarebbe passato anche l'errore. Pertanto, mi creda, c'è molto da rimediare in questo disegno di legge, anche nell'impostazione generale. Noi non possiamo accettare che i patrimoni, salvaguardati per decenni e per secoli, vengano a essere buttati nella voragine, nella camera di combustione del comprensorio. Io non conosco la provincia di Bolzano. Noi abbiamo una camera di combustione a Cles, una a Cavalese, una a Vigo di Fassa, una a Primiero e giù, abbiamo undici camere di combustione, dove si brucia il ...

(interruzione)

PRUNER (PPTT-UE): Si chiamano USL, si chiamano SAUB a Trento, si chiamano poi

questo ciclo di nomi tramonterà, verrà la controriforma, e poi ci saranno altri tipi di USL, altri tipi di fornaci, perchè dopo la camera di combustione della nafta è venuta quella del gasolio, e a Trento mi dicono che si può con maggiore economia avere la camera di combustione con il gas metano della SNAM, che rende di più, costa di meno, ecc. Quindi le camere di combustione di questi comprensori varieranno di nome, ma ci saranno sempre e saranno voraci: non vogliono gasolio, non vogliono metano, ma vogliono soldi, vogliono case, vogliono immobili, vogliono ricchezza, perchè poi si trasformano in semisocietà immobiliari per lo sviluppo turistico, per la creazione di centri a sviluppo turistico, tipo Fassa Laurina, che voi non avete, e noi siamo fieri di poter avere per darvele come esempio, per imparare, perchè voi dovete imparare dal male degli altri. Abbiamo tante di queste fornaci, che bruciano il denaro pubblico a miliardi e miliardi, di gente che è in galera, perchè hanno amministrato male il denaro pubblico e non si riesce mai abbastanza a sottolineare e a portare a conoscenza del pubblico questo tipo di disamministrazione, che viene fatta con minintelligenza, con malafede, che viene fatta per speculazione, che viene fatta con l'appoggio del politico, però lì noi non ci siamo. Questa costantemente a voi, se non cambiate rotta, perchè noi distinguiamo il politico in due categorie: quelli che hanno il potere e quelli che servono il potere, come noi. Vi diamo l'opportunità di giustificarvi di fronte all'opinione pubblica, che un dato problema, discusso in Consiglio regionale, è stato depurato dalle scorie, che possono esserci in ogni provvedimento di legge o amministrativo. C'è ancora qualcuno che crede che i consiglieri di minoranza possano liberare dalla scorie e rendere maggiormente pulite le azioni dell'ente

pubblico, Provincia o Regione. Noi vogliamo distinguere, e perciò facciamo un discorso chiaro. Se lei vuole associarsi a noi e accettare la nostra collaborazione per discutere fino in fondo un disegno di legge come questo, domani se andasse male potrà dire: "io ho avuto l'assenso anche delle opposizioni". Quindi le diamo il confronto di potersi coprire le spalle, se le diamo la possibilità di esaminare questo disegno di legge un'altra volta, liberandolo da tutte quelle impurità che ci sono ancora dentro. Altrimenti, signor assessore, non me ne voglia, le debbo attribuire minintelligenza, non l'intelligenza di una miss, ma minintelligenza, che è grave. E' un termine che uso appropriatamente, è un termine che userò anche domani, quando sulle piazze saremo presi per il braccio e quando ci diranno.... Ma non dovrei dire queste cose, ma ormai ci sono dentro!

(interruzione)

PRUNER (PPTT-UE): Certo, ci sono quelli che ci prendono per il braccio, e danno la colpa a noi di tutto, perchè dicono: "Ma cosa avete fatto a Bolzano il 14 gennaio 1982, quando avete dato un assenso per la distruzione di patrimoni morali prima e poi economici e finanziari, senza garantirvi che questi patrimoni morali e finanziari vengano affidati in gestione a gente migliore di quella che li ha conservati per secoli?" Tirano per la giacca l'avvocato Lunger, tanto quanto il dr. Müller, perchè la gente non sa distinguere chi è in Giunta o chi è fuori, chi è il potere esecutivo e chi il potere legislativo.

Ma verrà il giorno in cui sapremo informare questa gente che ci sollecita ogni tanto per sapere come vanno le cose, qual è tipo di gestione della cosa pubblica, perchè c'è il potere come lei,

e c'è il non potere, l'impotenza come noi. L'impotente deve rassegnarsi a accettare le cose come le vuole il potente.

(interruzione)

PRUNER (PPTT-UE): Noi siamo tutti impotenti, i potenti sono la Democrazia Cristiana, il Partito Socialdemocratico e la Volkspartei.

Forse voi speculate un pochino sulla reale situazione del paese, sulla reale situazione della nostra gente in provincia, che non sa distinguere fra il dietro responsabile della gestione del potere e quello che fa umilmente quanto è prescritto o concesso dallo statuto di autonomia, cioè il potere ispettivo e di controllo che abbiamo attraverso le mozioni, le interrogazioni e anche le interpellanze. Non illudetevi, arriveremo pian piano a spiegare alla nostra gente quali sono le funzioni del partito dell'opposizione, e le funzioni di un partito al potere. Partito al potere, che io non ho mai accusato qui dentro, ma comincio ad accusare, comincio a condannare presso l'opinione pubblica qualora dovesse passare un disegno di legge, che travolge in maniera spaventosa quelli che sono i principi del nostro popolo, che sono la buona amministrazione, la corresponsabilizzazione, l'interesse per la cosa pubblica nel senso che vada a favore del pubblico e non nel senso che vada nel proprio portafoglio. L'amore al lavoro viene, man mano che si fanno di queste leggi, a scomparire di giorno in giorno, di ora in ora. Andiamo sempre più avvicinandoci all'agnosticismo, all'indifferenza, allo schifo che il popolo prova quando si parla di cosa pubblica. Mi dica, signor assessore, quale settore della pubblica amministrazione in Italia, o all'estero, va bene? In quale settore del pubblico finora, non ci sono stati grossissimi scandali?

Mi dica un settore che va bene. Me ne dica uno, poi mi seggo, e dico: "Continui sulla strada della pubblicazione di organismi, di enti, di strutture varie, come possono essere gli ECA". Me ne dica uno.

(interruzione)

PRUNER (PPTT-UE): Idrocarburi, i carboidrati ancora non so, mi pare che anche lì ci sia stato qualcosa.

(interruzione)

PRUNER (PPTT-UE): Avrei bisogno di un libro di chimica per orientarmi, perchè in tutte le branche della chimica, Montedison, Chimica alluminio, chimica organica, chimica inorganica ecc. ecc., in tutti i settori, mi dica dove non c'è stato disamministrazione? Io le dò l'ultimo esempio, assessore. Lasciamo stare gli idrocarburi, i carboidrati, l'alluminio, la siderurgia e tante fornaci che hanno divorato centinaia e migliaia di miliardi del denaro pubblico, messi insieme, ma guardiamo a quelli di oggi, a quelli che stanno sorgendo, come le USL e le SAUB che sono i comprensori e i consorzi dei comuni, attorno ai comprensori, perchè non si è sufficientemente sfruttato ancora questo settore della società e del consorzio umano e si è inventato anche qualcosa di diverso, non il vostro consorzio dei comuni. Voi siete sempre, in qualche modo in un'isola felice. Ma il vostro consorzio dei comuni va bene, vanno bene le vostre USL! Ma lei deve pensare che metà,— mi scusi, lo faccio tanto per essere chiaro —, metà dell'indennità, che noi paghiamo a lei, signor assessore, serve perchè dia un'occhiata....

BOATO (NS-NL): Non noi, la gente paga l'indennità!

PRUNER (PPTT-UE): No, la gente.

(interruzione)

PRUNER (PPTT-UE): Certo, la gente che paga l'indennità a lei, lo faccio per chiarire un po' l'esempio, pretende che dia un'occhiata anche al territorio a sud di Salerno, e che si renda conto cosa sta avvenendo. Lei deve abbonarsi ai due giornali, ma anche loro non riescono a sapere tutto, con la cronaca di Trento e si tenga aggiornato con la cronaca di Trento dei due giornali, si abboni per un mese, poi ne avrà abbastanza per dieci anni. Cosa sta accadendo oggi nelle cosiddette unità sanitarie locali, che ho definito come camere di combustione, alle quali lei vuole affidare altro ambito compito e funzione che sarebbe quella di amministrare un patrimonio che va poi al sociale? Ecco, non ha saputo nel frattempo dirmi quale settore della pubblica amministrazione ha dato risultati tali, da poter dire che merita l'assegnazione di un altro compito come questo. Quali? Ma allora, perchè non lo lasciamo come è? Perchè io, ripeto, non ho mai visto in prigione, sul banco degli accusati, alcun presidente degli ECA, nè che si copra della veste o sia un laico, o sia un anticlericale, o un clericale. Ho visto invece altri, molti, comparire davanti ai giudici, essere condannati, aver commesso veramente cose che non hanno commesso i privati che hanno in mano queste amministrazioni. Perchè posto che in queste amministrazioni ci sia anche qualche persona meno che coscienziosa, meno che onesta, perchè tutto il mondo è paese, fra le tante persone ci può essere quella meno onesta, quella viene immediatamen-

te evidenziata nel paese. Quando si tratta di amministrazioni pubbliche c'è sempre di mezzo la politica, la politica copre molto, mentre diverse sono le cose se l'amministrazione è privata perchè questi personaggi che lavorano gratis ecc., sanno controllare, riescono a trovare immediatamente l'errore e, anzichè andare dal giudice, vanno direttamente dall'interessato a chiarire le cose. Quando si parla di patrimoni affidati già a un comune, è difficile superare le sbarre del partito dei vari partiti al potere, di quelli che si autodefiniscono intramontabili e intramontabili sono stati finora. Stiamo quindi attenti a non fare entrare nell'ambito di quella che è la sfera d'azione e la potestà decisoria del partito, dei partiti, lo che è un patrimonio pubblico, quello che è un patrimonio della società, quello che è un patrimonio che deve vertere al sociale. Se dovesse vertere verso il politico è diverso, ma non ci sono istituzioni di questo genere, non ci sono di queste volontà, eppure, anche se non ci sono queste possibilità, voi le create, senza la volontà magari, create la possibilità di dare ciò in mano a partiti, che a malapena riescono a reggersi in piedi. Questo è il discorso che ho dimenticato prima. Lei dovrebbe leggere i giornali degli ultimi due o tre mesi. Barcollano, vanno di traverso come quelli che hanno bevuto un po' troppo, le nostre amministrazioni comprensoriali, territoriali, ecc. Ci sono quattro, cinque sedute di assemblea che devono essere ripetute inutilmente, pagando fior di gettoni di presenze, perchè manca il numero legale.

(interruzione)

PRUNER (PPTT-UE): Non parlo troppo, se l'Assessore mi avesse detto che ritira questo disegno di legge e lo porta in Commissione, io mi sederei.

Parlo finchè posso, ho forza. Le assemblee comprensoriali, delle quali lei è responsabile, e mi appello alla sua coscienza in questo momento, queste assemblee comprensoriali da mesi e semestri non fanno nulla, perchè non c'è il numero legale, tale è l'attaccamento a un qualche cosa che viene definito incapacità di gestire la cosa pubblica. Questo comprensorio, noi l'abbiamo visto volentieri nascere, lo vediamo ancora progredire bene, ma non ci sono state le premesse che noi abbiamo desiderato, e oggi si trova in crisi. In quello di Trento, dove un partito ha la maggioranza assoluta, e in un altro dove c'è la maggioranza assoluta, siamo stati noi, una settimana fa, venerdì scorso, per via del buon senso dei nostri rappresentanti nel comprensorio, nel cosiddetto C5, che è quello di Trento, siamo stati noi a far svolgere finalmente un'assemblea comprensoriale. Queste istituzioni che dovevano richiamarsi ai distretti di una volta, le abbiamo volute anche noi, però non sono venute come le abbiamo volute noi, perchè non c'è l'elezione e quindi non c'è una rappresentanza proporzionale popolare e quindi queste elementi vengono introdotti per forza dai vari partiti.

Forse il signor Presidente del Consiglio mi maledice, ma io ho una funzione qua dentro, io ho un compito, e finchè le mie forze fisiche me lo permettono, lo devo portare a termine: il mio compito è quello di non fare passare questo disegno di legge, perchè questo disegno di legge è completamente contro i nostri principi, non del mio partito, ma contro i principi della nostra gente, che non vuole essere trattata o dichiarata interdotta. Ho fatto il mio dovere, lo farò ancora, subirò lo smacco. Però, se subirò uno smacco, gliel'ho dico in anticipo: lei, signor assessore dottor Müller, in provincia di Trento non sarà più ben visto e ben accettato, perchè lei porta avanti

qualche cosa che sovverte una cultura, sovverte i sani principi di un popolo. S'immagini se lei lo facesse in provincia di Bolzano, cosa ne direbbero coloro che sostengono valido fino in fondo il principio del volontariato, coloro che sostengono la validità dei vigili del fuoco, la validità della banda musicale, la validità di tante altre associazioni, i donatori del sangue ecc. ecc. Lei in provincia di Trento ci tira fuori il mattone della parete della colonna portante, o lei ci butta giù una delle quattro colonne portanti dell'edificio morale e spirituale della provincia di Trento, presentandoci questo disegno di legge. Togliere queste proprietà, che sono state amministrate da secoli da povera gente, da gente onesta, per assegnare loro il compito di amministrare un bene pubblico diretto al sociale, sempre fra parentesi, significa uccidere la coscienza di un popolo.

(Assume la Presidenza il Presidente Achmüller)

PRESIDENTE: Wer meldet sich noch zu Wort im Rahmen der Generaldebatte? Abgeordneter Mitolo.

Chi desidera la parola nell'ambito della discussione generale? Consigliere Mitolo.

MITOLO (MSI-DN): Signor Presidente, io sarò estremamente breve quasi telegrafico direi. Non per fare polemica con chi mi ha preceduto di recente o anche nelle sedute precedenti, ma non credo proprio che questo disegno di legge meritasse un'accanimento tale, come mi pare si è stabilito in queste tornate di Consiglio, per cercare di sviscerarlo e poi più che altro per assumere posizioni, che io definisco esclusivamente di principio. Esse sono rispettabilissime, intendiamoci bene, ma alla luce del documento che stia-

mo esaminando, non mi pare dovessero essere tirate in ballo, ripeto, con tanto accanimento. Il Movimento Sociale Italiano — Destra Nazionale ha esaminato questo disegno di legge, innanzitutto dice con molta schiettezza che la Giunta e la Regione non erano tenute ad applicare la legge 382, perchè la legge 382, se non vado errato, riguarda esclusivamente le regioni a statuto ordinario. E' ben vero che anche altre regioni a statuto speciale hanno applicato e hanno sciolto gli ECA, ma se la Giunta regionale avesse voluto, in sostanza, esercitare fino in fondo il suo diritto di difesa dell'autonomia, avrebbe anche potuto non tenerne conto e quindi non si rendeva necessaria questa legge. Peraltro la situazione che si è andata determinando ormai da anni, sia in provincia di Trento che in provincia di Bolzano, ma soprattutto in provincia di Bolzano, a seguito della legge, che la provincia di Bolzano ha emanato per l'assistenza di base, evidentemente mette questi organismi in una posizione anomala, in una posizione quanto meno discutibile e da questo angolo o da questa visuale trova una certa giustificazione anche tecnica il provvedimento, che ci viene sottoposto.

Diciamo subito che le perplessità non mancano a noi su tutta la tematica; poichè peraltro il provvedimento in quanto tale è da un certo punto di vista esclusivamente ordinamentale, il discorso di merito va trasferito nella sede più propria, cioè all'atto della formazione della legge di carattere provinciale, che certamente seguirà a questo provvedimento. Ecco perchè io non capisco per quale motivo si debbano perdere delle ore di intervento su argomenti, che saranno sicuramente trattati e ripetuti, con tesi a sostegno o contro, nelle discussioni che certamente avverranno all'atto della presentazione delle conseguenti leggi provinciali. Da questo punto di vista

certo va rilevata la differente posizione che c'è tra Bolzano e Trento. Io non metto in dubbio che a Trento evidentemente se ci si vuol riferire al funzionamento delle Unità sanitarie locali, al funzionamento dei comprensori e di tutta la situazione che si è costruita a seguito della suddivisione delle due province, del trasferimento di certi poteri alle due province, questa situazione è quanto mai delicata e difficile e mi si dice, — io non ho prove specifiche mie dirette —, mi si dice che in effetti il funzionamento di questi comprensori o di parte di essi, così come il funzionamento delle Unità sanitarie locali è veramente precario, e attribuire ad essi altri compiti e altri incombenze quali sono certamente quelli importanti dell'assistenza e beneficenza, probabilmente e sicuramente, anzi sicuramente, significa gravare quegli organi e questi enti di altri carichi, di altri pesi, che forse non sono in grado di sostenere. Ma sarà la Provincia o saranno le forze politiche della Provincia di Bolzano a definire poi certe posizioni e certi orientamenti e indirizzi, al momento più opportuno. Per qui il discorso in questo momento va incertato certamente su un tema quasi di carattere tecnico. Gli ECA, si dice, funzionavano bene; siamo d'accordo che hanno svolto la loro funzione egregiamente, fino a un certo periodo di tempo però, perchè non ci dimentichiamo che viviamo alla soglia degli anni 2000; io non farei proprio la esaltazione in questo momento di certe organizzazioni, di certi organismi, che sono strutturati e che sono organizzati e funzionano con certi criteri, che ritengo sicuramente superati. Da questo punto di vista allora, il discorso diventa il discorso del salto di qualità e se siamo convinti che a un dato momento l'intervento delle province o dei comuni o dei consorzi dei comuni possa o può portare, anche in base a certe esperienze che

pure in provincia di Bolzano abbiamo fatto, possa portare a un miglioramento qualitativo dell'attività di questi settori e di questi enti, allora io credo che onestamente ci dobbiamo rallegrare se tale salto di qualità si rende possibile. Tutto il discorso, che poi è un discorso anche di carattere politico, indubbiamente con certi giudizi e certe valutazioni resta, ma io non credo nel modo più assoluto che in questi settori purtroppo non si incorra nella tentazione del clientelismo, nella tentazione di arroccarsi su certe posizioni anche di interesse specifico di parte. Mi auguro che ciò non avvenga, ma qui evidentemente io penso che sta a noi e sta alle forze politiche dei vari enti dove esse sono rappresentante, controllare ed esercitare obiettivamente la funzione ispettiva. Certo talune cose e taluni aspetti di questa legge non ci convincono, anche perchè sono aspetti che derivano in parte da una situazione che tuttora non è ben chiara e completamente definita, per il fatto che la riforma del settore in campo nazionale è di là da venire, è tuttora in discussione, è tuttora bloccata e ferma alla Camera, e quindi questo fatto forse ci avrebbe potuto indurre ad attendere che il problema fosse più definito, più chiaramente completato, anche sul piano della legislazione nazionale, perchè in particolare poi con gli effetti del ricorso della sentenza della Corte Costituzionale, questi indubbiamente costituiscono un ostacolo non indifferente, proprio alla possibilità di emanare un provvedimento organico, serio, completo, che rifaccia alla necessità di una visione e moderna e tecnicamente anche avanzata.

Detto questo e io concludo, mi sembra poi che talune delle osservazioni fatte dai colleghi, possano anche essere accettate. Non c'è dubbio che l'art. 2, per esempio, per la parte che attiene alla cosiddetta sanatoria, noi ci sentiamo di ac-

cettarlo, perchè non è ammissibile, non c'è ragione, egregio assessore, che non si rendano i conti di questi enti fino all'ultima lira e fino all'ultimo giorno di attività indipendente, così come è stata svolta e così come deve indubbiamente presentare, al termine delle sua attività, ogni seria azienda.

Ecco, noi del Movimento Sociale Italiano — Destra Nazionale, rileviamo quindi una situazione di poca chiarezza, una situazione di perplessità, una situazione anche di contraddizione con quelle che sono le posizioni anche in campo nazionale di tutto questo settore. E, per quanto concerne poi più specificamente il merito della legge, riteniamo che la discussione più serrata e più particolarizzata debba essere fatta nei Consigli provinciali, dove ciascuno, a seguito dell'ordinamento e dei poteri che essi hanno, ciascuno vedrà di scegliere il meglio possibile. Per cui non ci sentiamo in linea di principio di opporci alla legge perchè riconosciamo che in sostanza questi enti devono essere trasformati e dovevano essere evidentemente modificati per affrontare situazioni diverse e soprattutto compiti diversi. L'assistenza, oggi come oggi, giustamente viene rilevato non è soltanto un dono, non può essere un dono, è un diritto. E da questo punto di vista consegue che evidentemente deve essere organizzata non come elemosina, l'abbiamo detto tante volte, ma come un servizio sociale, come servizio che è dovuto al cittadino per dovere costituzionale. Per cui riteniamo di non poter dare il nostro voto favorevole e ci asterremo sulla legge.

PRESIDENTE: Wer meldet sich noch zu Wort? Niemand. Das Wort hat Regionalassessor Müller.

Chi desidera ancora intervenire? Nessuno. La parola all'assessore regionale Müller.

MÜLLER (Assessor für Kredit- und Genossenschaftswesen - S.V.P.): Herr Präsident! Werte Kollegen! Leider sehe ich, daß nicht mehr alle anwesend sind, aber ich werde doch versuchen, alle Fragen zu beantworten.

Alle, die zu dieser Gesetzesvorlage Stellung genommen haben, haben die Verdienste der Gemeindefürsorgestellen hervorgehoben. Dazu kann man nur sagen, daß sich nun eben seit dem Zeitpunkt an welchem die Gemeindefürsorgestellen gegründet wurden, die Zeiten geändert haben.

Somit möchte ich beim letzten Redner beginnen. Wenn der Kollege Mitolo sagt: Früher war die Fürsorge für die die Gemeindefürsorgestelle zuständig war, ein Almosengeben, so muß man dazu sagen, daß sich inzwischen die Zeiten geändert haben. Heute hat eben jeder Bürger, der nicht durch eigenes Verschulden in Not gerät, das verfassungsmäßige Recht auf Hilfe, was er vor 40 Jahren noch nicht hatte. Kollege Ziosi und D'Ambrosio, die in der vergangenen Generaldebatte als erste gesprochen haben, haben in erster Linie kritisiert, daß das Gesetz mit Verspätung eingebracht wurde.

Ich möchte die Kollegen erinnern, daß die erste Gesetzesvorlage bereits vor einem Jahr in die Kommission gebracht worden ist, und daß aufgrund verschiedenster Bemängelungen und Kritiken sowie objektiver Stellungnahmen die Regionalregierung jene Gesetzesvorlage zurückgezogen hat, um sie neu auszuarbeiten. Ich kann deshalb dem Kollegen Pruner, dem ich wie ich hoffe, wenn es die Zeit erlaubt, später ausführlicher antworten werde, vorläufig sagen, daß dieses Gesetz nicht aus heiterem Himmel kommt, sondern es ist ein ganzes Jahr schon in kontinuierlicher Ausarbeitung. Ich habe im Laufe dieses Jahres auch im Trentino sehr sehr

viele Kontakte gepflegt. Aber was ich heute vom Kollegen Pruner hören mußte, das wurde mir von keinem ECA – Präsidenten mitgeteilt. Ich komme später dann noch darauf zurück. Auch von den Kollegen D'Ambrosio und Ziosi ist die Verspätung bemängelt worden.

Tatsächlich sind wir, außer Sardinien, die letzten. Das Gesetz 382 mit dem D.P.R. Nr 616 kann ja von den Regionen mit Normalstatut direkt angewandt werden. Es enthält Bestimmungen, die in Regionen mit Sonderstatut nicht angewandt werden können. Dies ist ein ganz besonderer Aspekt, der auch dazu beiträgt, daß wir erst jetzt in der Lage sind, das Gesetz zu verabschieden.

Kollege Benedikter hat in seiner Stellungnahme ein Wort angewandt, den sogenannten "Tripolarismus", das heißt – und ich möchte hier den Kollegen Tomazzoni gleich einschließen – es ist nicht die Region allein, die gesetzgeberisch tätig wird, sondern auch die beiden Provinzen von Bozen und Trient. Wir haben in diesem Fall die entgegengesetzte Situation wie beim Sanitätswesen. Die beiden Provinzen haben primäre Zuständigkeit und die Region hat nur sekundäre Zuständigkeit. In langwierigen und schwierigen Verhandlungen mit den beiden Landesregierungen haben wir dieses Gesetz auf einen gemeinsamen Nenner gebracht.

Ein anderer Faktor spielt mit herein: das Fehlen des staatlichen Reformgesetzes über die Fürsorge.

Mit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes mußten aufgrund eines Formfehlers auch die Regionen mit Normalstatut den Rückzieher antreten und aus ihre Gesetzgebung für die Fürsorge, die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, die IPAP, ausklammern. Das möchte ich ganz besonders betonen. Wenn wir dieses Gesetz ver-

abschieden, dann tasten wir in keiner Weise die Kompetenzen der IPAP, die der öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen an, die IPAP führen zum Großteil unsere Altersheime.

Deshalb, glaube ich, Kollege Pruner, ist schon ein Teil deiner Sorge überwunden. Ich werde dann auch erklären, warum die Sorge mehr auf dieser Seite liegt und nicht auf der ganz gewöhnlichen armseligen Fürsorge.

Ich weiß, daß die beiden parlamentarischen Gesetzgebungskommissionen sich wiederum mit dieser Gesetzesvorlage befassen und zwar damit endlich das Reformgesetz über die Fürsorge herauskommt und wir werden uns dann bestimmt noch damit befassen. Zurück zum sogenannten "Tripolarismus". Die Region kann nicht allein gesetzgeberisch tätig werden; nachdem die beiden Provinzen von Bozen und Trient auf diesem Sachgebiet primäre Kompetenz haben, mußte die Region auch dementsprechend den beiden Provinzen Handlungsfreiheit einräumen.

Die Situation, die wir hier in der Region Trentino-Südtirol haben, gibt es im ganzen übrigen Staatsbereich nicht. Wir müssen immer wieder Gesetze, im besonderen Regionalgesetze auf diese Situation der beiden Provinzen abstimmen. Das glaube ich, ist eine der größten Schwierigkeiten der Gesetzgebung der Region, immer wieder auf die besonderen Erfordernisse der beiden Provinzen einzugehen, da oftmals die Situation, — die Einstellung in der einen Provinz, — diametral entgegengesetzt zur anderen Provinz ist. Ich könnte euch da ein Liedchen singen auf dem Sektor des Fremdenverkehrs, wo in der Provinz Bozen etwas gefordert wird, was man im Trentino total verneint. Es ist dann Aufgabe der Region, mittels Kompromissen einen Weg zu finden, beide Landesregierungen aufgrund

unserer Gesetze, oder auch mit normalen Regionalgesetzen zufrieden zu stellen.

Kollege Ziosi, und auch Kollege Tomazzoni haben heute bemängelt, wir hätten auf unsere Zuständigkeiten scheinbar verzichtet. Ich glaube, mit meiner Darlegung auch jenen gewissen notwendigen Verzicht zu erläutern, verursacht durch die bereits bestehende Gesetzgebung der beiden Landesregierungen die auch der "comprensori" bzw. Talgemeinschaften Rechnung tragen müssen.

Ich darf wohl annehmen, daß die Kollegen des Regionalrates verstehen werden, daß die Regionalregierung in dieser Situation, in einem gewisse Sinn gebundene Hände hat.

Kollege Pruner hat in seiner ersten Stellungnahme geklagt, und heute wurde dasselbe vom Abgeordneten Fedel wiederholt, und zwar über die Gebietsgemeinschaften, wo sich ihre Partei entschieden dagegenstellt.

Es wurden diesbezüglich auch Gesetzesänderungsvorschläge eingereicht. Ich muß leider wiederholen, was ich schon vorhin gesagt habe, daß die Gebietsgemeinschaften von der Provinz Trient mit Landesgesetz Nr. 33 geschaffen worden sind und als Träger der Gesundheitsfürsorge und Sitz der Sanitätseinheiten gewählt wurden. Ich glaube, daß der Grundinhalt des staatlichen Reformgesetzes der Fürsorge ist, die Fürsorge mit dem Sanitätswesen zu koppeln. Dabei will ich nicht sagen, daß die Fürsorge mit der Sanitätseinheit gekoppelt werden muß. Im Rahmen der Sanitätseinheit gibt es noch Gremien genug, in denen die Fürsorge eingereicht werden kann. Zum Beispiel: Haben wir in den Sanitätseinheiten Distrikte; warum könnte nicht der Distrikt Träger der Fürsorge sein? Hier besteht wiederum ein großer Unterschied zwischen Trient und Bozen. In Trient haben wir elf Sanitätseinheiten,

in Bozen haben wir nur drei Sanitätseinheiten. Ich glaube, daß die Sanitätseinheiten in Südtirol niemals Träger der Fürsorge sein könnten wegen deren Größenordnung, aber die Distrikte, die mit dem Sanitätsprogramm errichtet werden, glaube ich, wären dazu schon geeignet, denn territorial würden die sich fast mit den heute bestehenden Grundfürsorgekonsortien decken.

Kollegin Franzelin hat heute ihre Sorge ausgedrückt, was nach Inkrafttreten dieses Gesetzes mit der Fürsorge geschehe? Wir wissen, daß die beiden Landesregierungen aufgrund der primären Zuständigkeit verpflichtet sind, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes Sorge zu tragen, auf daß die Fürsorge wiederum ihre amtlichen Träger bekommt, wie auch Landesrat Pasqualin und Frau Franzelin besonders betont haben.

Die heute bestehenden Grundfürsorgekonsortien, die ja aus den Gemeindefürsorgeverwaltungen errichtet wurden, funktionieren zur Zufriedenheit der Bevölkerung.

Kollege Pruner! Bei uns liegt die Fürsorge praktisch nicht mehr bei den Gemeinden, sondern schon seit Jahren bei diesen Grundfürsorgekonsortien. Wir haben keinen weiß Gott wie großen Bürokratismus aufgebaut: Ein Sekretär ist in Gemeiden mit diesem Amt betraut; dieser Sekretär hat ein ehrenamtliches funktionierendes Komitee zur Seite, welches aus den Präsidenten der ECA, die dem Sekretär auch die erforderlichen Informationen darüber geben, welche Personen unterstützungswürdig sind. Denn sind wir uns einmal ehrlich, Kollege Pruner, ich war selbst einige Jahre Präsident einer Gemeindefürsorgegestelle, und zwar in den Jahren 1953, 1954, 1955; ich möchte nicht, daß die Gemeindefürsorgegestellen wiederum in dieses Stadium zurückfielen. Wir bekamen damals von der Gemeinde nur gerade so viel Geld, daß es

ausreichte den Ärmsten zu Weihnachten ein Paket zu schenken und wenn wirklich Familientragödien, vorkamen, konnten wir dem Betroffenen einige Tausender geben; mehr war nicht der. Abgesehen vom Realbesitz, der aber immer gehortet worden ist. In den ländlichen Gemeinden handelt es sich meistens um Agrarbesitz, der fast keinen Ertrag abgab. Aber das eine kann ich dem Kollegen Pruner sagen: die Präsidenten der ECA, wenn sie auch auf freiwilliger Basis operiert haben, hätten sich nicht bereichern können, weil nichts da war. Das darf ich ruhig behaupten.

Der Kollege Tomazzoni hat, wie schon eingangs erwähnt, ebenfalls gesagt, daß dieses Gesetz zu spät kommt, es sei ein im Kompetenzbereich, nicht in der Substanz mangelhaftes Gesetz. Ich glaube, daß wir bezüglich der IPAP das staatliche Reformgesetz abwarten müssen.

Nun zum Übergang des Personals. Dieses Problem wurde eingehendst mit beiden Provinzen abgesprochen, die die genaue Situation des Personals der Gemeindefürsorgestellen ihrer Territorien kennen und man hat uns eben die Form die in dieses Gesetz eingebaut wurde, empfohlen.

Nun komme ich zum Kapitel Besitz. In diesem Gesetz geht der Besitz der Gemeindefürsorgestellen an die Gemeinden über. Ich möchte den Kollegen Pruner beruhigen: der Besitz bleibt in der Hand der Gemeinden, der kann nicht an die Sanitätseinheiten weitergegeben werden. Der Abänderungsantrag von seiten der Kollegen der Sozialistischen Partei und auch des Angeordneten Matuella hat damit übereingestimmt. Der Regionalausschuß hat selbst einen Abänderungsantrag zum Antrag der Sozialisten eingebracht. Wir sind auch dafür, die Verwaltung des Besitzes nicht engstirnig auszulegen und

haben es dann so formuliert, vorwegzunehmen, daß wir Fürsorgedienste und soziale Dienste also nicht soziale Fürsorgedienste gekoppelt, sondern daß die Gemeinde die Möglichkeit hat, sowohl fürsorgemäßig, als auch auf dem sozialen Sektor mit diesem Vermögen tätig zu werden.

Ich bringe ein ganz einfaches Beispiel: Warum soll die Gemeinde mit diesen Geldern zukünftig nicht die Möglichkeit haben, eine Schulausspeisung zu errichten? Dies wäre ein eminent sozialer Dienst.

Ich habe den Kollegen Matuella indirekt schon angesprochen und teile seine Meinung. Sobald die staatliche Reform der IPAP in Kraft tritt — über die Wohlfahrtseinrichtungen —, soll die Region gesetzgeberisch tätig werden.

Ich glaube, daß der Kollege Boato in seiner Stellungnahme die Abgeordnete Franzelin nicht richtig verstanden hat. Frau Franzelin war während der Stellungnahme nicht im Saal. Ihre Sorge ist nicht so sehr die ECA als solche, sondern das was nach diesem Gesetz geschehen wird, wobei sie sich positiv zu den heute schon bestehenden Grundfürsorgekonsortien ausgesprochen hat. Nun zum Kollegen Fedel und auch nochmals zum Kollegen Pruner. Ich muß sagen: Etwas teile ich mit euch: auch ich bin nicht begeistert, daß eine Institution, die bis heute von Freiwilligkeit mit Ehrlichkeit und Idealismus getragen worden ist, durch dieses Gesetz aufgelöst wird. Ich betone: Freiwilligkeit, Idealismus, Ehrlichkeit waren tatsächlich die Fundamente unserer Gemeindefürsorgewerke. Aber die Zeiten ändern sich und dem müssen wir Rechnung tragen. Ich hoffe sehr, daß bei den zukünftigen Verwaltungen, auch wenn sie nicht mehr in dieser Freiwilligkeit operieren, gerade auf diesem Gebiet wenigstens die Ehrlichkeit noch weiter fortbestehen wird.

Kollege Pasqualin als zuständiger Landesrat der Provinz Bozen hat dargelegt, was in der Provinz Bozen mit den Grundfürsorgekonsortien alles erreicht wurde. Ich kann ihm da nur beipflichten.

Kollege Ziosi spricht in seiner zweiten Stellungnahme ganz richtig vom Qualitätssprung "salto di qualità". Es stimmt tatsächlich: Wir können einfach vom ersten Gesetz ab über die gesamten Jahre herauf nicht mehr das gleiche haben — und ich glaube, das ist gut so —, früher war der Minderbemittelte wirklich nur auf die Güte, auf das Almosen seiner Mitmenschen angewiesen. Darauf ist auch die Vermögensbildung bei diesen Gemeindefürsorgestellen zurückzuführen. Aber wenn wir die Statistiken ansehen, dann sind diese Vermögensbildungen meistens zugunsten von Altersheimen gestiftet worden, und zwar grundbücherlich gebunden. Infolgedessen kann auch zukünftig die Sanitätseinheit darüber nicht verfügen. Aber, wie gesagt, früher waren sie auf das Almosen, auf diese bescheidensten Mittel angewiesen, die die Gemeinden zur Verfügung gestellt haben; in den 50er Jahren zur Verfügung stellen konnten. Damals waren sie nicht so wohlbestallt wie heute. Ich betone noch einmal: Ich habe es persönlich miterlebt, daß man weiklich oft für die Altersheime nicht einmal genügend Medikamente kaufen konnte. Diese Zeiten sind vorbei. Heute bekommt jeder, der in Not gerät, Hilfe und ich glaube, daß auch die beiden Landesregierungen imstande sein werden, mit ihren nachfolgenden Gesetzen Gremien, Institutionen zu schaffen, die diesen Aufgaben gerecht werden.

Noch ein Punkt ist angeschnitten worden, der sogenannte Nachweis der Verwaltungsgebarung. Ich glaube, dies hat auch der Kollege Ziosi gebracht, "rendiconto". Wir haben die Formulie-

zung ganz präzise nach Wunsch der beiden Provinzen gestaltet. Ich möchte sagen, einen Sanierungsartikel. Wenn der Kollege Pruner sagt, daß Gemeinden 30 Jahre lang keine Rechnungsgebarung aufgelegt haben, dann können wir uns vorstellen, daß es bei den Gemeindefürsorgestellen als zweite Institution gemeindemäßig wahrscheinlich noch schlechter steht. Die muß in einem Jahr gemacht werden und die Vergangenheit wird damit dann gelöscht. Wir haben diese Praxis aus der bestehenden Gemeindeordnung kopiert und haben also dabei nichts Neues erfunden.

Ich komme nun zum Abschluß. Noch einmal zurück zum Kollegen Pruner: Ich kann verstehen, daß dem Kollegen Pruner, den Kollegen seiner Partei vielleicht die Gebietskörperschaften, die "comprensori", wie sie heute im Trentino existieren, es steht nicht mir zu, zu kritisieren, ob sie funktionieren oder nicht —, die so sind wie man es sich vorgestellt hat. Aber ich kann wegen dieser Überlegung nicht der Provinz Trient Gewalt antun und so handeln als ob diese "comprensori" nicht existieren würden und muß deshalb jetzt schon vorweg ankündigen, daß der Änderungsantrag leider eben aufgrund einer Situation, in der die beiden Provinzen auf dem Sektor Fürsorge primäre Gesetzgebungsgewalt haben, daß bereits die Provinz Trient gesetzgeberisch schon diese Tatsachen geschaffen hat, wie die Provinz Bozen auf anderen Gebieten. So kann ihr Vorschlag leider nicht angenommen werden. Betreffend Vermögen möchte ich noch einmal betonen: Ich glaube, der Gesetzesartikel ist klar und der Wunsch ist von allen Seiten gekommen, das Vermögen soll nicht an die "comprensori" gehen; es soll an die Gemeinde gehen, wo dieses Vermögen entweder grundbuchmäßig oder schenkungsmäßig in diesem

Gemeindebereich gemacht worden ist und die Gemeinden haben mit dieser losen Bindung sowohl fürsorgemäßig wie sozial diese Vermögen zu verwalten.

(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! Noto purtroppo che non tutti i Consiglieri sono presenti, ma cercherò ciononostante di rispondere a tutte le domande.

Tutti i Consiglieri intervenuti nella discussione sul presente progetto di legge hanno messo in risalto i meriti degli enti comunali di assistenza. Si può soltanto affermare che in ogni caso, dal momento della loro fondazione, i tempi sono cambiati.

Desidero iniziare dall'ultimo oratore. Siccome il collega Mitolo afferma che nel periodo, in cui l'assistenza spettava agli ECA, questa significava più o meno un'azione caritatevole, ma come già detto i tempi sono cambiati. Oggi qualsiasi cittadino, che si viene a trovare in gravi difficoltà senza averne colpa, ha il diritto costituzionale di essere assistito, diritto che egli non aveva 40 anni fa. I colleghi Ziosi e D'Ambrosio, che avevano preso la parola nel corso del dibattito generale hanno criticato soprattutto il ritardo con cui viene presentato il presente provvedimento.

Vorrei ricordare ai colleghi che il progetto di legge era stato presentato in commissione già un anno fa e date le critiche, le varie mancanze, nonché le prese di posizione oggettive, ha indotto la Giunta regionale a ritirare il disegno di legge, per rielaborarlo. Per questo motivo posso anticipare al collega Pruner, al quale risponderò più avanti, se il tempo, come spero, lo permetterà, che questa legge non è caduta semplicemente dal cielo, ma è frutto di continuo lavoro per un anno intero. Nel corso di quest'anno ho avuto molti contatti anche con operatori del Trentino,

ma oggi ho dovuto apprendere dal collega Pruner degli argomenti, che mi erano mai stati comunicati, neanche da un qualsiasi presidente dell'ECA, ma su questo ritornerò più tardi. Anche i colleghi D'Ambrosio e Ziosi hanno criticato il ritardo.

Effettivamente, se escludiamo la Sardegna, siamo gli ultimi a varare questo provvedimento, poichè la legge 382 può essere applicata direttamente dalle Regioni a statuto ordinario, grazie al DPR n. 616. Questa contiene norme, che non sono applicabili nelle Regioni a statuto speciale e trattasi quindi di un aspetto che ha contribuito alla presentazione ritardata del provvedimento regionale.

Il collega Benedikter nella sua presa di posizione ha parlato di tripolarismo, ciò significa, intendendo rispondere nel contempo anche al collega Tomazzoni, che la legislazione in materia non spetta soltanto alla Regione, ma anche alle Province autonome di Bolzano e Trento. Nel caso specifico ci troviamo di fronte alla situazione completamente opposta rispetto al settore della sanità. Le due Province vantano competenza primaria, mentre la Regione soltanto secondaria. Dopo lunghe e difficili trattative con le due Giunte provinciali abbiamo trovato finalmente il nominatore comune per questa legge.

Un altro fattore ha giocato a favore del ritardo e cioè la completa mancanza di una legislazione di riforma nel settore dell'assistenza.

Con la sentenza della Corte Costituzionale, anche le Regioni a statuto normale hanno dovuto ritornare sui propri passi a causa di un errore di forma, escludendo dalla propria legislazione le cosiddette istituzioni di beneficenza, cioè gli IPAP. Desidero porre l'accento soprattutto su questo fatto. Con l'approvazione della presente legge non invadiamo in nessuna maniera le com-

petenze degli IPAP, vale a dire le funzioni degli istituti di assistenza e beneficenza pubblici, dato che nel nostro caso specifico gli IPAP amministrano in gran parte le nostre case di riposo.

Con questo, collega Pruner, credo sia superata parte della Tua preoccupazione. Spiegherò inoltre per qual motivo le preoccupazioni riguardano soprattutto questa parte e non la semplice e modesta assistenza.

Sono a conoscenza che le due commissioni legislative parlamentari si stanno occupando nuovamente con questa legge, per dar corpo finalmente alla legge di riforma del settore ed allora dovremmo occuparci nuovamente di tale argomento.

Ma ritorniamo al cosiddetto tripolarismo. La Regione non può legiferare in materia da sola in modo isolato; siccome le due Province autonome di Bolzano e Trento hanno a tal proposito competenza primaria, la Regione ha dovuto tener conto di questo dato di fatto, concedendo alle due Province libertà di azione.

La situazione della Regione Trentino-Alto Adige non trova riscontro nel resto del Paese. Dobbiamo legiferare delle due Province e questa, credo, è una delle maggiori difficoltà che riscontriamo nella legislazione regionale, dover appunto tener costantemente conto delle particolari esigenze delle due Province e spesso la situazione — l'orientamento di una Provincia — è diametralmente opposta all'altra. Potrei raccontare "storielle" nel campo del turismo, dove la Provincia di Bolzano pretende cose, che nel Trentino si negano. E' quindi compito della Regione trovare equilibri per mezzo di compromessi, per soddisfare con le nostre leggi le esigenze delle due Giunte provinciali.

Il collega Ziosi ed il Consigliere Tomazzoni hanno lamentato che la Regione rinunci-erebbe al-

la propria competenza. Credo che la mia esposizione abbia illustrato in certo qual modo questa necessaria rinuncia, causata dalla legislazione già esistente nelle due Province, per cui si deve tener conto dei cosiddetti comprensori.

Posso presumere che i colleghi del Consiglio regionale comprendano ora che la Giunta in questa situazione si trova le mani legate. Il collega Pruner nella sua prima presa di posizione ha lamentato, quanto ribadito oggi dal Consigliere Fedel, la questione riguardante le comunità territoriali, alla quale il suo partito si dichiara decisamente contrario.

Per questo motivo sono stati presentati emendamenti e purtroppo devo ripetere quanto già detto, che la Provincia di Trento ha creato con la legge n. 33 le comunità territoriali, dichiarando titolari dell'assistenza di base la sede delle unità sanitarie locali. Credo che il contenuto principale della legge di riforma del settore assistenziale sia appunto l'unificazione dell'assistenza con la sanità. Non intendo pertanto dire che l'assistenza debba essere unificata con la unità sanitaria. Nell'ambito dell'USL esistono organi sufficienti per affidare pure l'assistenza. Ad esempio: le unità sanitarie locali sono strutturate in distretti e per qual motivo quindi il distretto non potrebbe assumere il ruolo di titolare dell'assistenza? A tal proposito esiste una grande differenza tra Trento e Bolzano. Il Trentino dispone di 11 unità sanitarie locali, mentre la Provincia di Bolzano soltanto di tre. Ritengo che le unità sanitarie locali in Alto Adige non potrebbero mai essere titolari dell'assistenza, data l'ampiezza, ma i distretti che saranno istituiti con il programma sanitario, sarebbero idonei, a mio avviso, poichè territorialmente coinciderebbero quasi con i già esistenti consorzi dell'assistenza di base.

La collega Franzelin ha espresso oggi la sua

preoccupazione per il futuro, cioè si dovrebbe sapere che cosa accadrà dopo l'entrata in vigore di questa legge. Sappiamo che le due Giunte provinciali, sulla base delle loro competenze primarie sono obbligate fare in modo che entro un determinato periodo di tempo l'assistenza sia affidata nuovamente ad una istituzione pubblica, la qual cosa è stata anche sottolineata dall'Assessore provinciale Pasqualin e dalla signora Franzelin.

I consorzi per l'assistenza di base attualmente esistenti, che sono sorti dalle amministrazioni dell'assistenza comunale, funzionano in modo soddisfacente a favore della popolazione.

Collega Pruner, nel nostro caso specifico l'assistenza non spetta più praticamente ai Comuni, ma già da anni a questi consorzi preposti all'assistenza di base. Non abbiamo costruito chissà quale apparato burocratico: nei vari Comuni vi è preposto a questo ufficio un segretario, che è assistito da un comitato di coordinamento, i cui componenti vi fanno parte a titolo onorario, comitato, a cui appartengono anche i presidenti dell'ECA, che forniscono al segretario le necessarie informazioni sulle persone degne di assistenza. Collega Pruner, io stesso sono stato per alcuni anni il presidente di un'ECA e precisamente negli anni 1953, 1954, 1955 e non vorrei che questi enti ricadino al livello di allora. Il Comune elargiva all'ECA denaro, appena sufficiente per regalare ai più poveri nel periodo natalizio un pacco e a quel tempo si verificavano tragedie familiari, ma agli interessati potevamo offrire soltanto alcune migliaia di lire, poichè non disponevamo di altri soldi. Esisteva sì un patrimonio reale, che non poteva essere tesORIZZATO. Nei Comuni rurali si trattava per la maggior parte dei casi di un patrimonio agrario, che rendeva pressochè nulla. Posso assicurare al

collega Pruner che i presidenti degli ECA, se anche operavano sulla base del volontariato, non potevano arricchirsi per mancanza di una qualsiasi sostanza. Posso fare questa affermazione tranquillamente.

Il collega Tomazzoni, come ho già menzionato all'inizio del mio intervento, ha lamentato il ritardo con cui è stata presentata questa legge e ha inoltre affermato, che questa legge è carente sotto il profilo delle competenze e non della sostanza e quindi devo ribadire, che per quanto concerne l'IPAP dobbiamo attendere la legge di riforma dello Stato.

Vengo ora al problema del passaggio del personale. Questo problema è stato trattato dettagliatamente con le due Province, che conoscono perfettamente la precisa situazione del personale degli ECA, che operavano sul loro territorio e ci è stata raccomandata la forma, qui prevista in questa legge.

Ora vengo al capitolo del patrimonio. Con questa legge il patrimonio immobiliare degli ECA passa ai Comuni. Vorrei tranquillizzare il collega Pruner, affermando che il patrimonio rimane alle amministrazioni comunali e non potrà essere trasferito alle unità sanitarie locali. L'emendamento presentato dai colleghi del partito socialista e dal Consigliere Matuella colima con questo proposito. La Giunta regionale stessa ha presentato un emendamento alla proposta di modifica dei socialisti. Siamo favorevoli che l'amministrazione del patrimonio in parola non è da intendere in modo restrittivo e abbiamo proposto una formulazione, che non unisce i servizi di assistenza con quelli sociali, trasformando il tutto in servizi sociali di assistenza, ma lasciamo ai Comuni la possibilità di operare con questo patrimonio nel settore sociale, se anche sotto forma assistenziale.

Un semplice esempio: per qual motivo il Comune non dovrebbe istituire con questi denari una mensa scolastica? Credo che questo sarebbe un servizio di eminenza sociale.

Ho già risposto indirettamente al collega Matuella e condivido la sua opinione e non appena entrerà in vigore la riforma dello Stato concernente gli IPAP — istituzione di beneficenza — la Regione dovrà provvedere a legiferare in merito.

Mi sembra che nella sua presa di posizione il collega Boato non abbia compreso il contenuto delle affermazioni del Consigliere Franzelin. La signora Franzelin non era presente al momento della sua presa di posizione. Lei non è preoccupata tanto per gli ECA, quanto per il dopo di questa legge e ha avuto parole positive per gli attuali consorzi di assistenza di base.

E quindi al collega Fedel e nuovamente al collega Pruner. Devo dire che condivido in parte la vostra opinione: anch'io non sono entusiasta per questa legge, cioè per lo scioglimento di una istituzione, che fino ad oggi è stata condotta da volontari con onestà ed idealismo. Ripeto volontariato, idealismo ed onestà erano appunto le basi dei nostri ECA, ma i tempi cambiano e di ciò dobbiamo tenere conto. Spero che i futuri amministratori, se anche non operano come volontari, lavorino in questo settore almeno con onestà.

Il collega Pasqualin, quale Assessore competente per la Provincia di Bolzano, ha fatto presente che in Alto Adige si è riusciti a raggiungere ogni scopo con i consorzi dell'assistenza di base ed io posso soltanto dargliene atto.

Il collega Ziosi, nella sua seconda presa di posizione, parla giustamente di "salto di qualità". E' vero: se consideriamo la prima legge emanata in questo settore, dobbiamo ammettere che non possiamo continuare sulla strada di tutti questi

anni e credo che sia un bene, poichè i meno abbienti potevano unicamente contare sulla bontà, sulla carità dei loro concittadini e quindi la consistenza patrimoniale degli ECA trova in questo le sue origini e siccome le donazioni venivano fatte soprattutto a favore delle case di riposo, il patrimonio risulta tavolarmente vincolato. Anche per questo motivo l'unità sanitaria locale non potrà disporre di questi immobili. Ma, come già detto, prima queste persone potevano essere assistite per mezzo di offerte volontarie e con i modesti mezzi posti a disposizione dai Comuni; intendo soprattutto gli anni 50. In quel periodo gli ECA non potevano vantare l'attuale consistenza patrimoniale. Desidero ribadire che io stesso ho fatto l'esperienza, che non si riusciva fornire alle case di riposo nemmeno i necessari medicinali, ma questo tempo è passato. Oggi ogni cittadino bisognoso ottiene un aiuto e credo che le due Giunte provinciali saranno in grado a creare con propria legislazione istituzioni, capaci di adempiere questi compiti.

Un altro argomento è stato qui sollevato e cioè la cosiddetta prova del rendiconto amministrativo e credo che anche il collega Ziosi abbia parlato di rendiconto. Anche a tal proposito abbiamo formulato la legge, attenendoci strettamente ai desideri delle due Province, vale a dire che abbiamo introdotto un articolo come sanatoria. Se il collega Pruner afferma che i Comuni da 30 anni non presentano un rendiconto, possiamo immaginare quale sia la situazione nel caso degli ECA a livello comunale come seconda istituzione assistenziale. Il rendiconto va fatto annualmente e cancella così il passato. Noi abbiamo copiato in tal senso dalla pratica attuale prevista dall'ordinamento dei Comuni e non abbiamo inventato nulla.

Concludendo voglio ritornare al collega Pru-

ner: posso capire che al collega Pruner ed ai colleghi del suo partito non piacciono forse i comprensori, come esistono oggi nel Trentino, non compete a me esprimere a tal proposito una critica sul loro funzionamento. Non posso comunque per questa considerazione violare la legislazione della Provincia di Trento, ignorando questi comprensori, per cui anticipo sin d'ora che l'emendamento presentato non potrà essere purtroppo accettato, data questa situazione, poichè le due Province vantano in questo settore competenza primaria e la Provincia di Trento ha già legiferato in materia, creando questo dato di fatto, cioè i comprensori, che la Provincia di Bolzano ha creato in altri settori. Per questo motivo, ripeto, la sua proposta non potrà essere accettata. Per quanto concerne il patrimonio desidero ribadire che l'articolo di legge è chiaro e che da tutte le parti è stato espresso il desiderio che il relativo patrimonio non venga trasferito ai comprensori, ma ai Comuni, dato che sotto il profilo tavolare o per mezzo di donazione questo patrimonio è stato accumulato a livello comunale ed i Comuni con questo vincolo elastico devono amministrare questo patrimonio sotto il profilo assistenziale e sociale.)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Marziani)

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa. La seduta è tolta. Il Consiglio regionale si riunisce giovedì 21 alle ore 9.30.

(ore 18.45)